Kreuzberg: Berlins erste »Favela« S.3

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro
Nr. 11 – 15. März 2014
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Ukrainer setzen voll auf den Westen: Washington soll das Land als neue Vormacht vor Russland schützen Bild: Getty

Polternde Propaganda

Ukraine: Im Kampf um die Macht wird das Recht zur strategischen Waffe

Eine erneute Spaltung Europas steht kurz bevor, und nur Berlin könnte dies verhindern, verweigert jedoch die Vermittlerrolle.

Die Diplomatie ist am Ende, wenn keine Seite mehr bereit ist, auf die Belange der anderen einzugehen. Dieser Zustand scheint zwischen Russland auf der einen und den USA sowie den Ländern der EU samt Deutschland auf der anderen Seite erreicht zu sein. Die Positionen wirken unverrückbar und die Sprache ist die der polternden Propaganda.

Beide werfen einander Bruch des Rechts vor – und sie haben beide Recht: Die westliche Seite wirft Russland vor, entgegen dem Völkerrecht den Anschluss der Krim zu betreiben. Der Vorwurf trifft zu, denn auch eine Volksabstimmung in einem Teil eines souveränen Staates vermag nicht die Rechtsgrundlage für den Wechsel der Staatszugehörigkeit zu legen. Dafür müsste der bisherige Staat, hier die Ukraine, dem zustimmen, was nicht zu erwarten ist.

Moskau kontert, dass die Ukraine von einer illegalen Regierung beherrscht werde. Auch das ist richtig, denn die Weise, in welcher der bisherige Präsident Janukowitsch gestürzt wurde, widerspricht eindeutig der ukrainischen Verfassung.

Die Verteidiger der neuen Machthaber in Kiew wenden ein, der Verfassungsbruch sei notwendig geworden als Reaktion auf eine besondere, „revolutionäre“ Situation. Genau dies aber, nämlich eine Art Ausnahmezustand, klagen Moskau und die russische Mehrheit auf der Krim auch für die Bewohner der Halbinsel ein, weshalb auch ihnen das Recht zugestanden werden müsse, das legale Recht zu dehnen, um ihr legitimes Selbstbestimmungsrecht auszuüben.

> Russland wird isoliert und an die Seite Chinas gedrängt

Ehrlich verhält sich keine der beiden Seiten. Es geht um Macht, das Recht wird nach Bedarf bemüht oder ignoriert.

Tragisch ist, dass sich Berlin in dieser verfahrenen Lage nicht aus der Deckung wagt und sich stattdessen mehr und mehr in die versteinerte Position Washingtons fügt, das seine Weltmachtinteressen vorantreibt unter dem Mantel eines Völkerrechts, das es im Irak 2003 ebenso gebrochen hat wie Deutschland im Kosovo 1999.

Diejenigen, die Deutschland allein an der Seite der USA sehen wollen, warnen davor, Berlin dürfe nicht in eine „gefährliche Schaukelpolitik“ verfallen, die „den Westen“ schwäche. Wer so redet, hat die erneute Spaltung Europas im Geiste bereits vollzogen. Denn Russland lässt diese Denkweise nur offen, sich entweder auch den USA zu unterwerfen oder sich als „Reich des Bösen“ vom Westen zu isolieren und allein China zuzuwenden.

Deutschlands Aufgabe als europäische Zentralmacht wäre es, genau dies zu verhindern, indem es eine vermittelnde Position einnimmt – nenne man es „Schaukelpolitik“ oder anders. Im Moment deutet aber leider wenig darauf hin, dass Berlin diese Aufgabe schultern will. Für Europa wird diese Verweigerung üble Folgen haben. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Steuerirrsinn

Wenn es darum geht, aus den Bürgern auch das Letzte herauszuholen, kennen der Erfindungsreichtum und die Dreistigkeit der Steuerverwaltung keine Grenzen. Nun trifft es den ADAC und seine knapp 19 Millionen Mitglieder. Bayerische Steuerprüfer sind im Rahmen einer Betriebsprüfung der Jahre 2007 bis 2009 zu dem Schluss gekommen, der Verein müsse für diesen Zeitraum eine halbe Milliarde Euro Versicherungssteuer nachzahlen. Ihre Argumentation: Da die Mitgliedschaft die Unfall- und Pannenhilfe beinhaltet, begründe sie „ein versicherungssteuerrechtlich relevantes Versicherungsverhältnis“. Die Versicherungssteuer ist eine Bundessteuer und wird in Höhe von derzeit 19 Prozent auf die Jahresprämie erhoben und automatisch von den Versicherungsunternehmen für ihre Kunden abgeführt. Auf diese Weise nimmt der Bund jährlich rund zehn Milliarden Euro ein.

Steuerbeamte gehen davon aus, dass etwa 70 Prozent der Club-Beiträge der Pannenhilfe zuzurechnen sind. Der normale Jahresbeitrag beträgt 49 Euro, wovon nach dieser Rechnung rund 34 Euro auf die Pannenhilfe entfallen. Darauf wären 6,46 Euro Versicherungssteuer fällig, die der ADAC notgedrungen auf den Jahresbeitrag aufschlagen müsste. Den Gedanken, die Pannenhilfe als Versicherungsleistung zu werten, könnte man ins Groteske steigern und auch Beiträge zu Schwimm- und Sportvereinen besteuern. Schließlich ist Schwimmen die beste Versicherung gegen das Ertrinken und Leibesübungen schützen vor Herzinfarkt. Wenn Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble nicht 19 Millionen Wähler gegen sich aufbringen will, sollte er diesen Steuerirrsinn schleunigst stoppen.

Deutschland soll zahlen

US-Stratege: EU und Berlin müssen Ukraine »wiederaufbauen«

Der ehemalige US-Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski fordert von Deutschland eine zentrale Rolle beim „Wiederaufbau“ der wirtschaftlich ruinierten Ukraine. Brzezinski war Sicherheitsberater von Präsident Jimmy Carter (1977–1981) und gilt seither als einer der einflussreichsten Köpfe unter den Globalstrategen der USA sowie als scharfer Gegner des Kreml.

Deutschland sei die Führungsmacht der EU, und wenn die EU eine ernsthafte Rolle in der Welt spielen möchte, dann könne sie jetzt in der Ukraine damit anfangen, so der Stratege mit polnischen Wurzeln im Interview mit der Internet-Plattform „The World Post“.

Brzezinski hat in seinem Buch „Die einzige Weltmacht“ aus dem Jahre 1997 jene Grundzüge der US-Weltmachtpolitik sichtbar gemacht, die sich auch in diesem

> Brzezinski offenbart das Kalkül der USA

jüngsten Vorstoß beispielhaft widerspiegeln. Danach ist es für Washington entscheidend, dass die fünf wesentlichen Mächte Eurasiens, China, Indien, Russland, Frankreich und Deutschland, keine Bündnisse unter Ausschluss der USA schließen. Da Russland sich weigert, die US-Hegemonie anzuerkennen, muss es Brzezinski folgend das Ziel der USA sein, einen Keil zwischen Berlin und Moskau zu treiben. Er räumt ein, dass die USA ihre Weltmachtposition immer weniger aus eigenen Mitteln finanzieren könnten, weshalb sie das Geld anderer Länder für sich einspannen müssten. Deutsches Geld für eine US-hörige Kiewer Führung folgt diesem Konzept.

Deutschland muss nach „Die einzige Weltmacht“ im US-Interesse überdies daran gehindert werden, eine „Mitteleuropa-Perspektive“ als eigenständiger Machtpol aufzubauen. Passend: EU und Nato, so heißt es in Politikerreden, dienen auch und vor allem der „Einbindung“ Deutschlands. *H.H.*

Unechte »Demokratisierung«

Warum weder Schulz noch Juncker EU-Kommissionspräsident wird

Der Spitzenkandidat der Sozialdemokraten für die EU-Wahl am 25. Mai, Martin Schulz, geht offenbar in seiner Rolle als Wahlkämpfer auf. Bei jeder sich bietenden Möglichkeit bringt sich der EU-Parlamentspräsident in Position, um für sich als Nachfolger von EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso zu werben. Neben dem Deutschen Schulz hofft auch der Luxemburger Jean-Claude Juncker auf diesen Posten und rechnet damit, dass die konservativen Parteien ihn als ihren Spitzenkandidaten ins Rennen schicken. Und auch in den Medien werden die beiden Politiker als potenzielle Barroso-Nachfolger dargestellt.

Doch inzwischen zeichnet sich ab, dass weder der eine noch der andere wirklich eine Chance auf den Posten hat. Zwar darf das EU-Parlament laut EU-Vertrag von Lis-

> EU-Regierungschefs haben Vorschlagsrecht

sabon in diesem Jahr erstmals ein Wörtchen bei der Wahl des EU-Kommissionspräsidenten mitreden, doch das Vorschlagsrecht haben noch immer die EU-Regierungschefs. Und von denen können gleich einige weder mit Schulz noch mit Juncker. So hat schon die deutsche Kanzlerin sich nur sehr zögerlich für Juncker ausgesprochen, der britische Premier David Cameron macht jedoch kein Geheimnis daraus, dass dieser für ihn nicht infrage kommt. Auch in Paris blickt man skeptisch auf die Spitzenkandidaten der beiden großen Parteienblöcke im EU-Parlament.

Und so sind inzwischen neue Namen im Wettkampf um Barrosos Nachfolge genannt worden. So sähe beispielsweise London gern IWF-Chefin Christine Lagarde oder den irischen Premier Enda Kenny auf dem Posten. Und so darf das EU-Parlament am Ende nur zwischen den Bewerbern wählen, die die EU-Regierungschefs im Hinterzimmer ausgekungelt haben. *Bel*

MELDUNGEN

Streit um Mindestlohn

Berlin – Gar nicht einheitlich ist die Meinung des Gewerkschaftslagers zur Höhe des Mindestlohnes. Während der Vorsitzende der stark vom öffentlichen Dienst geprägten Dienstleistungsgewerkschaft verdi, Frank Bsirske, fordert, 2015 bereits mit einem Mindestlohn von zehn Euro anzufangen, sieht sich der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), Michael Vassiliadis, offenkundig stärker dazu gezwungen, auf die Grenzen der Belastbarkeit der Wirtschaft Rücksicht zu nehmen. So plädiert er dafür, es erst einmal bei den von der Großen Koalition geplanten 8,50 Euro zu belassen und die Wirkung auf den Arbeitsmarkt zu bewerten. Später könne der Mindestlohn dann immer noch erhöht werden. *M.R.*

Endlagersuche weiter blockiert

Berlin – Eigentlich müsste es in Deutschland schon längst ein Atommüllendlager geben, doch derzeit ist noch nicht einmal die für die Endlagersuche neu zu gründende „Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe" arbeitsfähig. Nachdem die Umweltverbände sich uneins waren, ob sie sich überhaupt an der Standortsuche beteiligen wollen, ist es nun die Personalie der von der Bundesregierung vorgeschlagene Kommissionsleiterin, die für eine erneute Verschiebung der Gründung sorgte. So wehrt sich das rot-grün regierte Niedersachsen gegen die CDU-Politikerin Ursula Heinen-Esser, auf die sich die Große Koalition geeinigt hat. „Bei allem Respekt für Frau Heinen-Esser, kann sie diese Aufgabe nicht erfüllen, nachdem sie als Staatssekretärin im Bundesumweltministerium eine Politik vertreten hat, die durch die Arbeit der Kommission auf den Prüfstand gestellt wird". Mit diesen Worten blockiert der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) die Standortsuche. *Bel*

Die Schulden-Uhr: Wachsender Außenhandel

Ein höheres Steueraufkommen als erwartet und damit zusätzliches Potenzial für die Bekämpfung des staatlichen Schuldenberges lassen die neuesten Zahlen aus der Wirtschaft für den Januar vermuten. Im ersten Monat dieses Jahres hat die Bundesrepublik 2,2 Prozent mehr exportiert als im Vormonat. Das ist das größte Exportwachstum seit Mai 2012. Exportiert wurden Waren im Werte von 90,7 Milliarden Euro. Der Anstieg der Exporte in die Euro-Zone war mit 3,2 Prozent niedriger als der in die EU-Länder ohne Euro mit 9,1 Prozent, aber höher als der ins nicht zur EU gehörende Ausland mit -0,4 Prozent. Dem gestiegenen Export steht eine noch stärkere Importsteigerung um 4,1 Prozent gegenüber. *M.R.*

2.033.044.371.007 €

Vorwoche: 2.032.746.010.313 €
Verschuldung pro Kopf: 25.161 €
Vorwoche: 25.158 €

(Dienstag, 11. März 2014, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Profilierung auf Kosten Russlands

Polen nutzt die Krise in der Ukraine, um seine Position im europäischen Machtgefüge zu stärken

Eine stabile und vor allem prowestliche Ukraine hat für Polen strategische Bedeutung. Deshalb mobilisiert es die EU gegen Putin und stärkt durch Krisendiplomatie zugleich seine Position.

Das „alte Europa". Dieser im April 2003 vom damaligen US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld geprägte politische Kampfbegriff zielte auf Frankreich und Deutschland. Weil sie sich im Irakkrieg der US-geführten „Koalition der Willigen" nicht anschließen, sich mithin dem Druck der USA nicht beugen wollten, sollten sie auf subtile Weise isoliert werden. So fanden sich die beiden Länder in dem von Washington definierten Spektrum zwischen der „westlichen Staatengemeinschaft" und den „Schurkenstaaten" in einer eigenen Kategorie der Geschmähten wieder. Für das Nato-Jungmitglied Polen hingegen kam die Zuordnung zum „neuen Europa" einem Ritterschlag durch die selbst ernannte westliche Führungsmacht gleich und führte zu einer Stärkung seiner außenpolitischen Position.

Dementsprechend vor Selbstbewusstsein strotzend, tritt Warschau in der gegenwärtigen Ukraine-Krise auf. Die gemeinsame Grenze sowie historische und kulturelle Bindungen mit der Ukraine prädestinieren Polen einerseits, in dieser Sache mehr außenpolitische Verantwortung innerhalb der EU und der Nato zu übernehmen. Andererseits drängt Warschau selbst mit Macht in die neue Rolle, nicht nur aus Solidarität mit dem vermeintlich unterdrückten und von Moskau bedrohten Nachbarvolk, sondern aus handfestem politischen Kalkül. Denn eine pro-westliche Ukraine hat aus polnischer Sicht eine wichtige Funktion als Pufferstaat zur ehemaligen Sowjetmacht Russland. Der bringen die Polen ein traditionelles und bisweilen irrationales Misstrauen entgegen. Deshalb will Warschau unter allen Umständen verhindern, dass die Ukraine in der Phase des mit seiner Unterstützung herbeigeführten „demokratischen Übergangs" in die innenpolitische Instabilität oder gar ins russische Lager gerät. Nur so ist die im modernen Polen bisher einmalige Situation zu erklären, dass Regierung, Präsident und Opposition an einem Strang ziehen und ins gleiche Horn vom bösen und gefährlichen Putin stoßen. Um diese Gefahr zu unterstreichen, hat Polen in der vergangenen Woche sogar den Nato-Rat, das höchste Entscheidungsorgan des Bündnisses, zu einer Sondersitzung einberufen lassen. Dieses Mittel ist dem Fall vorbehalten, dass sich ein Mitgliedsstaat in seiner Sicherheit bedroht fühlt, und wurde bisher erst viermal angewandt. Polen entwickelt sich so zum Antreiber bei der Herbeiführung einer „dem Westen" genehmen Lösung der Krise in der Ukraine. Dabei bedient es sich, gemessen an den früher häufig aus Warschau zu hörenden Kläffereien, durchaus moderater Töne.

> Warschau profitiert von außenpolitischer Schwäche der EU

In seiner neuen Rolle profitiert Polen von der außenpolitischen Zahnlosigkeit der Europäischen Union. In Brüssel gibt man sich noch immer der irrigen Illusion hin, der Staatenverbund könne eine gemeinsame europäische Außenpolitik gestalten und werde außerhalb seiner eigenen Grenzen als ernstzunehmender Akteur auf der großen weltpolitischen Bühne gesehen. Bislang hat man dort in Sachen Ukraine nichts weiter zustande gebracht, als dass die 28 Mitgliedsstaaten mit einer Stimme sprechen – die allerdings über ein Flüstern nicht hinauskommt und daher weder in Kiew noch in Moskau gehört wird. Desweiteren kommt Polen bei der Stärkung seiner Position zugute, dass es den Platz Großbritanniens im Konzert der europäischen Führungsmächte einnehmen kann. Von London aus gesehen scheint der Atlantik mittlerweile schmaler zu sein als der Ärmelkanal. Mit seiner bedingungslosen Ergebenheit gegenüber den USA fällt Großbritannien als Vertreter kontinentaleuropäischer Interessen derzeit aus.



Redet immer häufiger auf großer Bühne mit: Polens Außenminister Radoslaw Sikorski (li.) Bild: pa

So war es folgerichtig, dass der Kompromiss zwischen dem damaligen ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch und der Opposition von dem französischen und dem deutschen Außenminister sowie von Polens Außenminister Radoslaw Sikorski ausgehandelt wurde. Ein Schulterschluss zwischen „altem" und „neuem" Europa gewissermaßen, der Rumsfelds These, dass sich die Gewichte in Europa verschoben hätten, in ihrem Kern widerlegt. Auch wenn das Abkommen von Kiew mit dem Trocknen der Tinte bereits obsolet war, hat dieser krisendiplomatische Schachzug das „Weimarer Dreieck" wiederbelebt und dessen außenpolitische Wirkmächtigkeit unter Beweis gestellt. Bei seiner Gründung 1991 eigentlich zur Stärkung der europäischen Integration gedacht, könnte sich das deutsch-französisch-polnische Regierungsforum zu einem Instrument einer trilateralen, von gesamteuropäischen Interessen geleiteten Außenpolitik entwickeln. Mit seiner diplomatischen Offensive hat Sikorski seine Position gestärkt, innerhalb des „Weimarer Dreiecks" ebenso wie im europäischen Machtgefüge. Für Warschau ist das ein wichtiger Erfolg, denn Polens „Fähigkeit, eine effektive Politik im Osten zu betreiben", hänge „von seiner Stellung innerhalb der EU ab", so Sikorski.

Das Bemühen Warschaus um eine eindeutige Positionierung in der Ukraine-Frage resultiert auch aus der Angst, wie vor dem Zweiten Weltkrieg zwischen dem Westen und dem Osten in die Zange genommen zu werden, ohne richtig zu einer der beiden Seiten zu gehören. Deshalb rückt die polnische Regierung bewusst dichter an Westeuropa heran. Das tut sie nicht nur politisch, diplomatisch und militärisch, sondern es gibt in Warschau gewichtige Stimmen, die fordern, diese Annäherung demnächst auch auf ökonomischem Gebiet zu betreiben – durch den Beitritt zur Euro-Zone *Jan Heitmann*

Auschwitz über allem

Neue KMK-Präsidentin will »Erinnerungskultur« vertiefen

Viele mögen sich fragen, warum wir die Vergangenheit nicht ruhen lassen. Doch das ist das schlimmste, was wir machen können: zu schweigen", so Nordrhein-Westfalens Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) und zeigte sich betroffen, nachdem sie ein Theaterstück von Zeitzeugen des Holocausts und Schülern des Leibniz-Gymnasiums in Dormagen gesehen hatte. Und so hat sich Löhrmann, die seit Anfang des Jahres Präsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK) ist, die Förderung der „Erinnerungskultur" auf die Fahnen für ihre Amtszeit geschrieben.

Während sie sich im heimischen Düsseldorf mit den Unbillen des Ministerdaseins herumschlagen muss – so wehrt sie derzeit Forderungen nach einer generellen Rückkehr zum Abitur nach 13 statt wie neu eingeführt nach zwölf Jahren ab –, kann sie als KMK-Präsidentin sich ihrer Leidenschaft hingeben: Die ehemalige Gesamtschullehrerin findet es immer wieder „bewegend, zusammen mit Schülerinnen und Schülern der Opfer in Auschwitz zu gedenken und erfahren zu können, wie die Jugendlichen damit umgehen". Und so führte ihre erste Reise in ihrer neuen Funktion nach Auschwitz. Für sie ist die „Erinnerungskultur" das wirksamste Mittel gegen das Vergessen und damit ein wichtiger Teil der historisch-politischen Bildung. So fördert sie zahlreiche Initiativen, die Konzepte für eine intensivere Erinnerungsarbeit an den Schulen leisten. Wobei die einstige Gleichstellungsbeauftragte vor allem historische Ereignisse bevorzugt, die überwiegend mit Tod und Verderben zusammenhängen. Daher ist das Jahr 2014 für sie die reinste Freude. Da in diesem Jahr der Ausbruch des Ersten Weltkrieges 100 Jahre her ist, der des Zweiten Weltkriegs 75 Jahre und der Fall der Berliner Mauer 25 Jahre zurückliegt, bieten sich zahlreiche historische Jubiläen, um für ihr Herzensanliegen zu trommeln.



Sylvia Löhrmann Bild: action press

Und während es an Deutschlands Schulen dringenden Handlungsbedarf gibt, so zum Beispiel die Aufgabe, Schüler wieder mehr für die Duale Ausbildung zu begeistern (siehe Seite 7), frohlockt Löhrmann: „In diesem an historischen Gedenktagen so angefüllten Jahr der Erinnerung 2014 werden sich viele Schulen im Rahmen von Projekten und Exkursionen auf Spurensuche begeben. Geschichte wird für die Jugendlichen greifbar und vorstellbar, wenn sie sich mit einzelnen Schicksalen und Biografien von Menschen befassen, Gedenkstätten aufsuchen oder sich vor der eigenen Haustür auf die Suche nach geschichtsträchtigen Orten machen."

Für die Grünen-Politikerin ist die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte aber nicht nur eine Frage von Jubiläen, sondern „eine fortwährende Aufgabe: für jede Schülergeneration, für jede Schule und für die gesamte Gesellschaft. Darum sind Schulen Orte, in denen Demokratie nicht nur gelernt und erklärt, sondern auch gelebt wird." *Bel*

Zugrunde gespart

Wien: Bundesheer verzichtet auf Material

Finanzielle Vorgaben des österreichischen Bundeskabinetts haben dazu geführt, dass die Streitkräfte des Landes immer weniger in der Lage sind, ihre Aufgaben zu erfüllen. Das ohnehin unzureichende Budget des Vorjahres wurde um 45 Millionen Euro gekürzt. Verteidigungsminister Gerald Klug (SPÖ) gibt zu: „Die derzeitige Armee ist mit dem künftigen Budget nicht mehr finanzierbar." Von Vorschlägen, die Auslandseinsätze des Bundesheeres zu reduzieren, will der Verteidigungsminister indessen nichts hören. Dabei verursachen die 800 im Ausland eingesetzten österreichischen Soldaten Kosten in Höhe von 44 Millionen Euro.

> Auslandseinsätze bleiben unangetastet

Stattdessen hat der Verteidigungsminister eine andere „Sparliste" zusammengestellt. Die Modernisierung der vor 15 Jahren beschafften Transporthubschrauber S-70 „Black Hawk" entfällt zunächst. Das reduziert den Etat um sechs Millionen Euro. Die Beschaffung von drei weiteren Hubschraubern kann nicht erfolgen. Die Renovierung der Kasernenanlagen in Klagenfurt, Salzburg, Wiener Neustadt und Zwölfaxing erfolgt erst zu einem „späteren Zeitpunkt", was mit weiteren zehn Millionen Euro zu Buche schlägt. Bei der Luftwaffe sollen der „Aufwand reduziert" und „Lagerkapazitäten umsichtig abgebaut" werden. Klug will damit aber keine Einschränkung der Luftraumüberwachung verbunden sehen. Der Minister „spart" damit weitere fünf Millionen Euro. Die Beschaffung von 36 leicht gepanzerten Fahrzeugen des Typs „Dingo", Kostenpunkt eine Million Euro pro Stück, sei ebenfalls „nicht machbar", so Klug.

Kritik an der Vernachlässigung der Landesverteidigung gab es von Seiten der größten Oppositionspartei, der FPÖ. Deren wehrpolitischer Sprecher Mario Kunasek erklärte, mit dem „Mini-Budget" lasse sich die Einsatzfähigkeit des Heeres nicht länger aufrechterhalten, „das ist im höchsten Maße unverantwortlich". Auch die Grünen sehen Klugs Kurs kritisch: „Wenn ein Minister versagt, muss das Parlament die Aufgabe übernehmen, die noch funktionierenden Teile des Heeres ... vor eben diesem Minister zu schützen". *H.L.*

Bretterbuden

Von Vera Lengsfeld

Letzte Woche überraschte Stadtentwicklungssenator Müller von der SPD die Berliner mit einem innovativen Vorschlag für die Verbesserung der Wohnungssituation in der Stadt bei gleichzeitiger Bereicherung des Stadtbildes durch ungewöhnliche Architektur.

Die Blaupause dafür lieferten die sogenannten Flüchtlinge am Kreuzberger Oranienplatz, die sich vor mehr als einem Jahr auf Einladung des Kreuzberger grünen Bürgermeisters dort niedergelassen haben und bisher in Zelten kampierten. Nun verschönern sie in fleißiger Arbeit den Oranienplatz mit Bretterbuden. Das rief anfangs Irritationen hervor, selbst im Rathaus Kreuzberg, bis die Hauptstadtmedien die frohe Botschaft verkünden konnten, dass alles seine Ordnung habe.

Senator Müller von der SPD hatte erklärt, dass Bretterbuden unter zehn Quadratmetern und einstöckig „verfahrensfrei" seien und keiner Genehmigung bedürften.

Wunderbar! Ich sehe mich schon auf meinem Lieblingsplatz im Pankower Bürgerpark eine Bretterresidenz bauen, natürlich unter zehn Quadratmetern, einstöckig. Ich darf gespannt sein auf die Reaktionen meines Bezirksamts, das weniger begeistert von meiner Idee sein wird, vor allem, wenn ihr viele Pankower folgen. Statt der großen Liegewiese hätten wir bald eine Shanty-Town an der Panke. Gleiches ist denkbar in allen großen und kleinen Parks in der Stadt.

Habe ich etwas übersehen? Ach ja, ich bin kein Flüchtling, man kennt meinen Namen und meine Adresse.

Innerhalb weniger Stunden wäre die Polizei vor Ort und würde meinem Treiben ein Ende machen. Danach sähe ich mich mit Anklagen konfrontiert, etwa wegen Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung. Wenn ich mit Verweis auf die Einlassung unseres Stadtentwicklungssenators auf meinem verfahrensfreien Recht bestünde, könnte ich mich glücklich schätzen, wenn ich nur unter staatliche Kuratel gestellt werden würde und nicht gleich in der geschlossenen Anstalt verschwände. Meine Partei würde ein Ausschlussverfahren gegen mich einleiten und die Hauptstadtmedien würden mich, je nach Tagesform des Redakteurs, entweder mit scharfen Worten verurteilen oder sich über mich lustig machen.

Es sei denn, ich finanzierte einen Flüchtling, vorzugsweise aus Lampedusa, der sich statt meiner im Bürgerpark niederließe. Dann hätte ich das vollste Verständnis der regierenden SPD und der Hauptstadtpresse. Die CDU würde ein bisschen Theaterdonner veranstalten, ich könnte aber sicher sein, dass unser Innensenator, wie am Oranienplatz, auf die Durchsetzung von Recht und Gesetz verzichten würde. Ich könnte meine Ausgaben von der Steuer absetzen und mich für den Toleranzpreis nominieren lassen.

Kreuzberg: Berlins erste »Favela«

Oranienplatz-Problem eskaliert: Rechtsstaat ausgehebelt, Politik verweigert die Verantwortung



Alle zweieinhalb Tage eine Razzia: In den ersten neun Monaten des Jahres 2013 musste die Polizei 113-mal zum Görlitzer Park ausrücken, um gegen (meist afrikanische) Drogendealer vorzugehen

Bild: pa

Nachdem die Besetzer des Berliner Oranienplatzes damit begonnen haben, neben ihren Zelten sogar noch feste Holzhütten zu errichten, ist der Streit um das illegale „Flüchtlingslager" neu entbrannt. Obwohl das Lager eigentlich aufgelöst werden soll, richten sich die Besetzer anscheinend auf ein Dauerquartier ein.

Parallel zu den Bauaktivitäten auf dem nunmehr schon seit 17 Monaten besetzten Platz ist unter den beteiligten Politikern das altbekannte Schwarzer-Peter-Spiel in Gang gekommen: Während Klaus Wowereit scheinbar über allem wie unbeteiligt schwebt, sieht Stadtentwicklungssenator Michael Müller (SPD) „in allererster Linie das Bezirksamt zuständig". Die damit angesprochene Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann (Grüne) hält die Hütten zwar für „irritierend", verweist ansonsten aber auf die Integrationssenatorin Dilek Kolat (SPD) und deren Verhandlungen mit den Besetzern.

Vor einigen Monaten, als die Lage noch nicht derart verfahren schien, waren von der Grünen allerdings ganz andere Töne zu hören gewesen. Einen „Vertretungsanspruch für die Flüchtlinge" habe sie doch schon von Amts wegen, wurde Hermann seinerzeit vom „Tagesspiegel" zitiert. „Wir sind politisch verantwortlich und wir waren lange Zeit die Einzigen, die sich überhaupt ins Gespräch begeben haben. Diese Menschen brauchen uns, um ihr Menschenrecht umzusetzen und um eine Stimme zu haben", so die Diplom-Politologin in blumiger Sprache weiter.

Fast noch mehr als dieser selektive Umgang mit dem Begriff „Verantwortung" sollte die Realitätsblindheit der Grünen-Politikerin Hermann zu denken geben. Das vollständige Scheitern der bisherigen deutschen Einwanderungspolitik ist rund um den Oranienplatz eigentlich nicht zu übersehen. Nur wenige 100 Meter entfernt liegt mit dem Moritzplatz das statistisch ärmste Quartier von ganz Berlin, wie aus dem kürzlich vorgelegten „Berliner Sozialatlas 2013" hervorgeht. Drei Viertel der meist türkischen und arabischen Familien beziehen in diesem Viertel Sozialgeld für Kinder. Die Chancen, dass jemand, der am Kreuzberger Moritzplatz heranwächst und einen sozialen Aufstieg schafft, sind denkbar gering. Kaum eines der Kinder, das hier in die Grundschule kommt, kann überhaupt Deutsch sprechen, so der Befund einer Sozialarbeiterin.

> Illegale Einwanderer stehen faktisch über dem Gesetz

Wie die Faust aufs Auge passt dazu der aktuelle Plan des Grün-SPD-geführten Kreuzberger Bezirksamtes, auch noch eine Stadtteilbibliothek am Moritzplatz wegen Geldmangels dichtzumachen. Credo der Grünen im Bezirk scheint trotzdem zu sein, die Einwanderungszahlen nochmals drastisch anschwellen zu lassen. Auf nichts anderes läuft die betriebene Obstruktionspolitik des Bezirksamts hinaus.

Längst entfalten die Kreuzberger Zustände nämlich eine beträchtliche Sogwirkung auf weitere Zuwanderer. War im Dezember noch die Rede davon, dass es bei den Verhandlungen um rund 80 Asylbewerber geht, so soll die Liste nun auf 600 Namen angewachsen sein. Mit Bretterhütten auf dem Oranienplatz, der ebenfalls besetzten und mittlerweile vollkommen verwahrlosten Gerhart-Hauptmann-Schule und dem von rund 100 schwarzafrikanischen Dealern beherrschten Drogenumschlagplatz Görlitzer Park haben in Kreuzberg nicht nur äußerlich Dritte-Welt-Verhältnisse Einzug gehalten. Die Duldung rechtsfreier Räume droht auch das Rechtsempfinden bei vielen Berlinern zu demontieren.

Zunehmend wird klar, dass illegale Einwanderer faktisch über Recht und Gesetz stehen und dass der Gleichheitsgrundsatz nichts mehr gilt. Geht es um den Bürger selbst, dann wird schon beim Falschparken das Gesetz penibel ausgelegt. Auf dem Oranienplatz lässt sich der Staat hingegen ganz offen erpressen. Stoppen die beteiligten Berliner Politiker die Entwicklung nicht, könnte eines Tages der Endpunkt eine Situation wie in den brasilianischen Favelas sein, fürchten Beobachter. Dort hat sich gezeigt, dass ein Machtvakuum, das der Staat hinterlässt, ganz schnell durch andere Kräfte gefüllt wird. Im Fall der Elendsquartiere von Rio und São Paulo hat sich der brasilianische Staat schon so weit zurückgezogen, dass die Organisierte Kriminalität inzwischen sogar eine eigene „Gerichtsbarkeit" etabliert hat – Folter und Todesstrafen für die Slumbewohner inbegriffen.

Tatsächlich sind es nicht nur Berliner Lokalpolitiker wie Monika Hermann und ihr Vorgänger Franz Schulz, die ihren Anteil an den Kreuzberger Zuständen haben. Fragen wirft auch die Asylpolitik der Bundesregierung auf. Wie aus einer Anfrage der Linksfraktion im Bundestag hervorgeht, bearbeiten deutsche Behörden einen hohen Anteil von Asylanträgen, für die sie nach geltender EU-Rechtslage überhaupt nicht zuständig sind. Demnach geht die Bundesregierung davon aus, dass im Jahr 2013 für jedes dritte hierzulande bearbeitete Asylgesuch eigentlich ein anderer EU-Staat verantwortlich gewesen wäre. Im vierten Quartal soll die Zahl sogar auf 51,9 Prozent aller Verfahren angewachsen sein.

Ursprünglich hatten die EU-Länder mit der sogenannten Dublin-II-Regelung vereinbart, dass prinzipiell der Staat zuständig ist, in dem der Asylbewerber erstmals EU-Boden betritt. Leider ging der Klärungsbedarf bei der Linksfraktion nicht so weit zu ergründen, was die Bundesregierung antreibt, zehntausende Asylverfahren, für die eigentlich andere EU-Länder zuständig sind, freiwillig zu übernehmen.

Norman Hanert

Berliner Jahrhundertschatz

Hauptstadt feiert den Erwerb der Humboldt-Tagebücher – Kauf für zwölf Millionen Euro

Berlin feiert den Erwerb der Reisetagebücher von Alexander von Humboldt euphorisch. Als „Jahrhunderterwerbung" bezeichnete der Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK), Hermann Parzinger, die neun Bände des preußischen Naturforschers, die der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit jetzt mit sichtlichem Stolz bei einem Festakt in der Staatsbibliothek Unter den Linden erstmals der Öffentlichkeit präsentierte.

Bei den mit winziger, schwer zu entziffernder Handschrift geschriebenen, großformatigen Lederbänden mit insgesamt 4000 Seiten handelt es sich strenggenommen weniger um Tagebücher als um Aufzeichnungen mit Tabellen, Zeichnungen und eingefügten Zetteln, die Humboldt während seiner Forschungsreisen in Südamerika zwischen 1799 und 1804 angefertigt hat. Bereits im Dezember hatte Berlin nach harten Verhandlungen mit dem Besitzer Ulrich von Heinz, einem Ururururgroßneffen Humboldts, den Schatz für zwölf Millionen Euro erworben.

Dabei hätte Berlin den Kauf um ein Haar verpasst. Denn die SPK hatte versäumt, die Tagebücher als national wertvolles Kulturgut eintragen zu lassen, weshalb sie ins Ausland hätten verkauft werden können. Auf dem internationalen Markt hätten die Blätter einen weit höheren Preis erzielt. Laut Parzinger gab es bereits „große Begehrlichkeiten" aus den USA, Mexiko und England.

Da Berlin nun den Zuschlag erhielt, würdigte Parzinger das Verhalten des früheren Besitzers als „patriotischen Akt". Die Familie von Heinz, die vom Erlös den Erhalt des Tegeler Schlosses finanzieren will, musste jedoch lange warten, bis das Geld aufgebracht war. Da die vom früheren Kulturstaatsminister Bernd Neumann bewilligten Gelder nicht ausreichten, musste man den Rest bei Sponsoren auftreiben. Angesichts der 600 Millionen Euro, die man für das Humboldt-Forum ausgibt, wäre es für Berlin peinlich gewesen, hätte man sich die Tagebücher durch die Lappen gehen lassen. Die neue Kulturstaatsministerin Monika Grütters erkannte die Bedeutung der Tagebücher für das kulturelle Erbe Deutschlands: „Sie sind so außerordentlich wertvoll, weil sie ein überaus sympathischer, weil weltläufiger und zutiefst menschlicher Teil unseres preußischen Erbes sind."



Alexander von Humboldt

Ein Erbe, das erst auf Umwegen nach Berlin gelangte. 1945 raubte die sowjetische Armee die Tagebücher aus dem Besitz der Humboldt-Familie und brachte sie in die Moskauer Lenin-Bibliothek. 1958 „schenkten" die Sowjets die Bände der DDR, wo sie in der Deutschen Staatsbibliothek von Ost-Berlin landeten. Nach der Vereinigung von 1989 lagen sie in diversen Archiven, ehe sie 2005 an den rechtmäßigen Eigentümer, die Familie von Heinz, gingen.

Um die Tagebücher wissenschaftlich zu erschließen, kündigte Bundesbildungsministerin Johanna Wanka an, mit drei Millionen Euro ein Forschungsprojekt der SPK und der Universität Potsdam zu fördern. Geleitet werden soll es vom Potsdamer Romanisten Ottmar Ette. *Harald Tews*

Drogen in JVA

Moabit: Handel unter der Nase der Wärter

Eine Bande hat in großem Umfang Drogen und Mobiltelefone in die Berliner Justizvollzugsanstalt (JVA) Moabit geschmuggelt. Das Gefängnis prüft jetzt alle Sicherheitsvorkehrungen. Der Staatsanwalt ermittelt gegen neun Verdächtige, darunter einen Apotheker.

Durch die regelmäßige Zellenkontrolle fanden Beamte vergangenen November ein unerlaubtes Handy. Die Ermittler werteten die Speicherkarte aus und fanden Hinweise auf organisierten Drogenschmuggel. Dabei ging die Bande nicht allzu verdeckt vor: Wärter waren bei der Verteilung der Ware zum Teil anwesend, bekamen aber nach eigenen Worten nichts mit.

> Illegales Handy führte auf die Spur

Der mutmaßliche Kopf der Bande, Anil A., wurde verhaftet. In seiner Wohnung stellte die Polizei eine scharfe Waffe und 138000 Euro sicher. Der Zuträger einer Firma, die Hygieneartikel in die JVA lieferte, schmuggelte die Substanzen in Einkaufspaketen hinein, darunter Haschisch und Tabletten wie Tilidin, das als Modedroge gilt. Die Polizei durchsuchte sechs weitere Wohnungen und eine Apotheke.

Berlins Politik diskutiert nun härtere Strafen. Stellenkürzungen beim Justizpersonal (allein 2012: Sparbeschluss über 340 Stellen) und Schlagzeilen von Drogen im Gefängnis fielen indes schon früher zusammen: 2007 brachte ein TV-Bericht Berlins damalige Justizsenatorin Gisela von der Aue (SPD, im Amt bis 2011) in Erklärungsnot. In der JVA Plötzensee warfen nachts Drogenkuriere ihre Fracht in den Anstaltshof. In der JVA Moabit wurden damals zudem Medikamente durch Teile des Personals unterschlagen und verkauft – über Jahre hinweg. *SV*

Zeitzeugen



Gregor Potemkin – Nachdem sie den Türken die Krim abgenommen hatte, beauftragte Katharina II. ihren Vertrauten mit der Schaffung einer Schwarzmeerflotte. Dieser legte eine Reihe von Städten an, darunter den Kriegshafen Sewastopol, dem er zu Ehren seiner Monarchin den Namen „Majestätsstadt“ gab — alles andere als ein Potemkinsches Dorf.

Nikita Chruschtschow – Der KPdSU-Chef trug mit der Verschenkung der Krim an die Ukraine maßgeblich zur jetzigen Krimkrise bei. Es wird wohl offen bleiben, ob den Ukrainer versteckter Nationalismus dazu bewegte, zynischer Übermut oder der Wunsch, Wasserstraßen von der Wolga zur Krim und ins Donezbecken unter dem Dach einer einzigen Sowjetrepublik planen und bauen zu können.



Pawel Nachimow – Der russische Admiral kommandierte die verteidigenden Truppen bei der Belagerung Sewastopols im Zuge des Krimkrieges bis zu seiner tödlichen Verwundung. Obwohl die Festung schließlich verloren ging, wurde er nachhaltig und systemübergreifend geehrt. In Sewastopol erinnern eine 1959 errichtete Statue sowie die Benennung eines Platzes und eines Stadtteils an ihn. Darüber hinaus trugen diverse Kriegsschiffe des Zarenreiches wie der UdSSR seinen Namen.

Fjodor Tolbuchin – Der spätere Marschall der Sowjetunion kommandierte die angreifende 4. Ukrainische Front, die der verteidigenden deutschen 17. Armee vom 8. April bis zum 12. Mai 1944 die Schlacht um die Krim lieferte. Als deren Ergebnis wechselte die Halbinsel ein weiteres Mal in ihrer Geschichte den Besitzer. Tolbuchins Asche liegt an der Kremlmauer.



Leonid Kutschma – Der profilierte Raketentechniker war zunächst Ministerpräsident und von 1994 bis 2005 skandalumwitterter Staatspräsident der Ukraine. Er bewunderte Russland zwar wegen dessen politischer Stabilität, pochte aber auf die uneingeschränkte nationalstaatliche Souveränität seines Landes. Den „Nachbarschafts- und Freundschaftsvertrag“ über die Stationierung der russischen Streitkräfte schloss der reformorientierte Politiker aus politischem Pragmatismus.

Sprungbrett ins Mittelmeer

Russlands Marinebasen auf der Krim sind für Moskau strategisch unverzichtbar

Für Russland ist die Krim alles andere als ein politischer Nebenschauplatz. Moskaus zähes Festhalten an seinen Ansprüchen auf der Halbinsel hat neben geostrategischen auch historische Gründe.

Auch wenn es der Fürst Potemkin war, der Sewastopol einst seinen Namen gab, ist der aktuelle Konflikt um die Krim alles andere als ein Streit um Potemkinsche Dörfer. Von Zarin Katharina II. im Jahre 1783 gegründet, beheimatet die „Majestätsstadt“ bis heute den größten Teil der russischen Schwarzmeerflotte. Fortan wurde die Krim in kriegerischen Auseinandersetzungen zu einem vorrangigen Angriffsziel, so 1787 der Osmanen und 1853 bis 1856 im Krimkrieg der Briten und Franzosen. Vor allem die Verteidigung und Rückeroberung der vermeintlich uneinnehmbaren Festung Sewastopol im „Großen Vaterländischen Krieg“, das sich seither „Heldenstadt“ nennen darf, sind bis heute Gegenstand einer geradezu mythischen Verklärung.

Nachdem die Ukraine ihre Unabhängigkeit erlangt hatte, war es für Russland nicht nur schmerzlich, ihr einen Teil der Schwarzmeerflotte abtreten zu müssen, sondern es verlor auch seinen Anspruch auf seine Stützpunkte auf ukrainischem Territorium. Auf eigenem Gebiet verfügt Russland nur über einen schmalen Küstenstreifen, um die Schwarzmeerflotte zu stationieren. Hier käme einzig und auch nur mit Einschränkungen der Hafen von Noworossijsk für einen Ausbau zum Marinestützpunkt in Frage. Dies würde allerdings Jahre dauern und Milliarden verschlingen. Demzufolge war und ist Moskau nicht bereit, die Krim als Flottenbasis widerstandslos aufzugeben. So blieben die russischen Schiffe ohne Rechtsgrundlage in ihren ukrainischen Stützpunkten, von der Regierung in Kiew wohl oder übel geduldet. Außerdem erklärte Moskau Sewastopol nach dem Vorbild Gibraltars einseitig zur russischen Stadt.

Halbinsel hat für Moskau auch hohen Symbolwert

Um diesen konfliktträchtigen und auf Dauer unhaltbaren Zustand zu beenden, schlossen die russische und die ukrainische Regierung 1997 für zunächst 20 Jahre ein Stationierungsabkommen, das im Jahre 2010 bis 2042 verlängert wurde. Seither liegen die Flotten beider Länder in den Stützpunkten einträchtig beieinander. Damit hat Russland nicht nur seine Marinepräsenz in Süd- und Südosteuropa für Jahrzehnte gesichert, sondern auch den Weg zu einem Beitritt der Ukraine zur Nato blockiert. Denn Mitglied der Allianz kann nur werden, wer kein fremdes Militär auf seinem Territorium hat.

Mit dem Zerfall der Sowjetunion 1991 hat Russland seine dominante Stellung im Schwarzen Meer eingebüßt, was die Nato seitdem genutzt hat, um ihre eigene Stellung in der Region auszubauen. Seit dem Beitritt der Schwarzmeeranrainer Bulgarien und Rumänien im Jahre 2004 betrachtet das Bündnis die gesamte Schwarzmeerregion als das östliche Grenzgebiet der „euroatlantischen Gemeinschaft“ zum Mittleren Osten. Auf russische Befindlichkeiten wurde bei dieser Ausdehnung der westlichen Interessensphäre keine Rücksicht genommen. Die Bedeutung der russischen Schwarzmeerflotte liegt jedoch nicht allein in der Beherrschung der Seeverbindungswege und der Küsten ihres Heimatmeeres, sondern auch an ihrem kurzen Weg ins Mittelmeer. Die russischen Stützpunkte im Nordmeer und in der Ostsee sind zu weit entfernt, um effektiv dorthin wirken zu können. Das macht die Flottenstützpunkte auf der Krim zur Ausgangsbasis für die Projektion russischer maritimer Macht in den Mittelmeerraum. Hier ist Russland seit einiger Zeit wieder zunehmend aktiv, um ein Gegengewicht zur starken US-amerikanischen Präsenz zu schaffen. Seit dem vergangenen Jahr hat die russische Marine ein ständiges Einsatzgeschwader im Mittelmeer. Dass das Mittelmeer kein Raum von lediglich regionalem Interesse ist, sondern im Fokus der internationalen Politik steht, haben beispielsweise die Konflikte in Libyen und Syrien gezeigt. *Jan Heitmann*

Investition mit strategischer Dividende

Die Anwesenheit russischer Streitkräfte auf der seit 1991 zur Ukraine gehörenden Krim ist seit 1997 durch ein Stationierungsabkommen geregelt. Damals einigten sich beide Präsidenten in einem bis 2017 befristeten Vertrag über den „Status und die Aufenthaltsbedingungen der Schwarzmeerflotte der Russischen Föderation auf dem Territorium der Ukraine“. Danach darf Russland für eine jährliche Pacht von knapp 100 Millionen US-Dollar in den Flottenstützpunkten Sewastopol, Feodosia und Jewpatorija sowie auf den Flugplätzen Gwardejsk und Katscha 388 schwimmende Einheiten, 161 Luftfahrzeuge und insgesamt 26 000 Mann stationieren.

Die Truppenstärke ist jährlich nach Kiew zu melden. Das russische Militär besitzt auch außerhalb seiner Stationierungsorte Bewegungsfreiheit. Allerdings dürfen Truppenbewegungen nur mit „deutlich gekennzeichneten dienstlichen Transportmitteln“ und „in Abstimmung mit den zuständigen Organen der Ukraine“ erfolgen. Die russischen Einheiten „haben die Souveränität der Ukraine zu achten“ und sind verpflichtet, „keine Einmischung in deren innere Angelegenheiten zuzulassen“. In Streitfällen entscheidet eine „Gemischte Kommission“.

Russisches Militär darf nicht alles

Im April 2010 verlängerte der russlandfreundliche ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch trotz erheblicher Widerstände im Parlament den Vertrag, nachdem Moskau ihn mit einem 30-Prozent-Rabatt auf russisches Erdgas gelockt hatte. Nach russischen Berechnungen verteuert sich dadurch die Stationierung der Schwarzmeerflotte auf die gesamte Vertragslaufzeit gesehen um das Vierzigfache – eine für Moskau teure Investition, allerdings eine mit einer hohen strategischen Dividende. *J.H.*



Seit 2007 per Stadtratsbeschluss in Sewastopol unerwünscht: Schiffe der Nato sollen nicht einmal zu Besuch einlaufen Bild: action press

Zweimal scheint genug

Im 19. und 20. Jahrhundert musste Russland Sewastopol räumen

Für Russlands Anspruch auf die Krim spricht neben dem russischen Bevölkerungsanteil von knapp 60 Prozent auch eine jahrhundertelange Zugehörigkeit der Halbinsel zum russischen Imperium. Allerdings war die Krim bei Weitem nicht immer russisch. Vielmehr hat sie im Laufe ihrer Geschichte diverse Besitzerwechsel erlebt. Und eine Urbevölkerung gibt es auch nicht. Beides macht es schwierig, von einem legitimen Besitzer der Krim zu sprechen, denn alle Krimbewohner haben mehr oder weniger einen „Migrationshintergrund“, stammen von Zugewanderten ab.

Vor den Russen herrschten auf der Krim die Krimtataren. Sie ernährten sich zu großen Teilen von dem, was sie „Ernte der Steppe“ nannten. Sie überfielen ihre christlichen Nachbarn, nahmen bei ihren Raubzügen Gefangene und verkauften diese dann als Sklaven.

Unter Zar Peter dem Großen schlugen die Opfer dann in Form des Zarenreiches zurück. Durch die Gräueltaten der Krimtataren gut motiviert, drängten die Russen diese immer mehr zurück, bis schließlich auch deren Kernsiedlungsgebiet, die Krim, russisch war. Am 8. April vor 231 Jahren erklärte Katharina die Große die Krim für „von nun an und für alle Zeiten“ russisch.

Neben der Vergeltung für deren Raubzüge und Sklavenhandel spielte bei der Bekämpfung der moslemischen Krimtataren und ihrer osmanischen Glaubensbrüdern auch der Kampf für das (orthodoxe) Christentum eine nicht zu unterschätzende Rolle. Lange bevor es den Panslawismus gab, war bereits der Kampf für das (orthodoxe) Christentum der ideologische Überbau für den Imperialismus des Zarenreiches. Dabei ist es wie bei vielen Ideologien schwer zu unterscheiden, was nur Ausrede zur Verschleierung niederer Motive ist und was wirkliche Antriebsfeder.

»Von nun an und für alle Zeiten« russisch (Katharina die Große)

Die Verteidigung der Interessen der Orthodoxie durch Russland gegenüber Islam und Katholizismus führte dann ja auch zum Krimkrieg (1853–1856) – zumindest vordergründig. Die tiefere Ursache bestand darin, dass die Russen schon damals ins Mittelmeer drängten und seefahrende Westmächte genau dieses schon damals nicht wollten. Für ihr Ziel brauchten die Russen schon damals die Krim und freie Durchfahrt durch die türkischen Meerengen. Auch aus diesem Grunde war die Krim der Hauptkriegsschauplatz. Der Fall Sewastopols 1855 war für den Zaren ein derart herber Verlust, dass er den Krieg verloren gab.

Wie im 19. Jahrhundert verloren die Russen auch im 20. Jahrhundert Sewastopol nach Belagerung und schweren Kämpfen an einen Kriegsgegner. In der gleichnamigen Schlacht eroberten die Deutschen 1941/42 die als stärkste Festung der Welt geltende Stadt.

Russlands Führung zeigt wenig Neigung, nun, im 21. Jahrhundert, den Flottenstützpunkt, dieses Sprungbrett ins Mittelmeer, ein drittes Mal Gegnern aus dem Westen zu lassen. Man mag das verurteilen, sollte es jedoch nicht unberücksichtigt lassen. *Manuel Ruoff*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Hans-Jürgen Mahlitz, Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@ preussische-allgemeine.de
anzeigen@ preussische-allgemeine.de
vertrieb@ preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **4488**

Der Hütchenspieler aus der Wilhelmstraße

Finanzminister saniert Bundeshaushalt über die Sozialkassen, doch kaum jemanden scheint das zu stören

Weder das Amt des Bundeskanzlers noch das des Bundespräsidenten war Wolfgang Schäuble in seiner politischen Karriere vergönnt, doch nun will der CDU-Politiker als erster Bundesfinanzminister, der einen schuldenfreien Bundeshaushalt vorlegt, in die Geschichtsbücher eingehen. Hierfür ist ihm jedes Mittel recht.

Es läuft derzeit alles gut für den Bundesfinanzminister. Als er dieser Tage dem Bundestag seinen Entwurf für den Haushalt 2014 präsentierte, nannte er bereits auch die Eckpunkte für das Budget 2015. Das ist insoweit von historischer Bedeutung, als dieses erstmals seit 1969 keine neuen Schulden vorsieht. Dass der voraussichtlich schuldenfreie Bundeshaushalt 2015 jedoch gleichzeitig wenig mit nachhaltiger Finanzplanung zu tun hat und zudem auf Kosten der Zukunft gestrickt ist, sieht man erst bei näherer Betrachtung.

Doch was zählt, ist das Endergebnis und nach diesem sieht es eben derzeit so aus, dass Schäuble gute Chancen hat, 2015 einen schuldenfreien Haushalt vorzulegen. Damit ist ihm eine Nennung in den Geschichtsbüchern sicher, auch wenn das Glück ihm in die Karten gespielt hat. Denn obwohl die Wunschliste der Großen Koalition lang ist und Schäuble bis 2017 Mehrausgaben in Höhe von 23 Milliarden Euro einkalkulieren musste, kann er vor allem dank der guten Konjunktur, der daraus resultierenden guten Beschäftigungslage und steigender Steuereinnahmen 2015 sein Ziel erreichen. Zudem sind die Zinsen für die 1,3 Billionen Euro Bundesschulden derzeit sehr niedrig, so dass nur 29 Milliarden Euro Zinsen gezahlt werden müssen. Zwar hofften Schäubles Vorgänger Hans Eichel (SPD) und Peer Steinbrück (SPD) auch stets, einen schuldenfreien Haushalt vorlegen zu können, doch dem ersten fielen die für Deutschland negativen Folgen der Euro-Einführung auf die Füße, dem zweiten durchkreuzten die Banken-Krise und die damit verbundene -Rettung die Pläne.

Auch Schäuble ist sich bewusst, dass sein Eingang in die Geschichtsbücher jederzeit hinfällig werden kann. Eine sich abschwächende Konjunktur oder gar ein Wiederaufflammen der Euro-Krise könnten Schäubles Träume zerstören, zumal diese sowieso auf recht wackeligem Fundament gebaut sind. Denn auch wenn es sich erfreulich anhört, dass der Bund in diesem Jahr nur 6,5 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen will und 2015 sogar keine, so verdankt er dies doch auch dem Umstand, dass er beispielsweise den Ländern bereits zugesagte Gelder für die Eingliederungshilfe für Behinderte vorerst nicht überweist. Auch werden Wahlversprechen wie die Mütterrente und die Rente mit 63

Rücklagen für die Zukunft werden aufgebraucht

aus der Rentenkasse beziehungsweise aus der Arbeitslosenversicherung finanziert (siehe *PAZ* 09/14). Hierbei handelt es sich um die beachtliche Summe von 160 bis 230 Milliarden Euro bis 2030, die Prognosen schwanken, zumal noch nicht vorhersehbar ist, wie viele vor allem von der Rente mit 63 Gebrauch machen werden.

Nun wurde bekannt, dass Schäuble auch den Griff in die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) nicht scheut. Doch merkwürdigerweise war dies den meisten Medien nur einen kurzen Bericht wert. „Für das laufende Jahr hat der Finanzminister die Zahlungen an den Gesundheitsfonds um 3,5 Milliarden Euro gekürzt", hieß es beispielsweise in der „Welt", worauf zugleich erwähnt wurde, dass die Krankenkassen derzeit auf Reserven in Höhe von 31 Milliarden Euro sitzen. Allerdings sind die eigentlich den Kassen von Schäuble zugesagten 14 Milliarden Euro aus Steuermitteln für von der Politik gewünschte versicherungsfremde Leistungen, die familienpolitisch motiviert und somit von gesamtgesellschaftlichem Interesse sind. Hierzu zählen die beitragsfreie Versicherung während des Erziehungsurlaubs, die beitragsfreie Mitversicherung von nicht berufstätigen Ehepartnern sowie Kindern, Leistungen rund um die Schwangerschaft, künstliche Befruchtung, Mutterschaftsgeld, Krankengeld bei der Betreuung eines kranken Kindes sowie Betriebs- und Haushaltshilfen. Diese Leistungen nun stärker den Versicherten und nicht der Gesamtgesellschaft anzulasten, das empfand auch Gesundheitsminister Hermann Gröhe als nicht korrekt und drängte darauf, dass Schäuble die 3,5 Milliarden Euro in diesem Jahr und die 2,5 Milliarden in den darauffolgenden Jahren als Kredit der GKV betrachtet und ab 2017 in Raten von 500 Millionen Euro wieder zurückzahlt. Doch es ist ungewiss, ob sich in der dann folgenden Legislaturperiode die neu gewählte Regierung an diese Zusage gebunden fühlt. Und so reagierten die Krankenkassen erzürnt auf Schäubles Pläne und sprachen von einem „Beschleunigungsprogramm für Beitragserhöhungen", denn schließlich lebten wir in einer alternden Gesellschaft, in der die Gesundheitskosten in naher Zukunft drastisch steigen würden. Auch der haushaltspolitische Sprecher der Grünen, Sven-Christian Kindler, meinte: „Zur Finanzierung der Wahlversprechen greift Schäuble mit vollen Händen in die Sozialkassen bei Rente und Gesundheit. Das ist unsolide hoch zehn und zudem ungerecht." Auffällig war das Schweigen der SPD, die sich normalerweise gern als Beschützer der Benachteiligten gibt. Doch da Schäuble das Manöver auch fährt, um die Wahlversprechen der Sozialdemokraten zu erfüllen, kommt aus deren Reihen keine Kritik.

Und so rückt Schäuble zwar seinem Ziel, 2015 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, näher, doch mit seiner Politik, aus der linken Tasche zu nehmen, um es in die rechte zu tun, ändert er nichts an den wirklichen Staatsschulden.

Rebecca Bellano



Nachhaltigkeit? Wolfgang Schäuble ist es egal, ob sein Erfolg ein echter ist Bild: action press

MELDUNGEN

EEG-Abgabe bald für Ausländer

Luxemburg – Und wieder erwartet Berlin mit Bangen ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH). Dieses Mal geht es um die Frage, ob Deutschland auch Ökostrom aus dem Ausland abnehmen und nach den Fördersätzen des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) vergüten muss. Da sich der zuständige Generalanwalt am EuGH bereits in einem ähnlichen Fall der Länder Finnland und Schweden für eine Vergütung auch für ausländischen Strom nach inländischer Gesetzgebung ausgesprochen hat, drohen weitere massive Kostensteigerungen für deutsche Stromkunden. Zudem würde das EEG, dessen Ziel es ist, in Deutschland Erneuerbare Energien zu fördern, nun dafür verwendet, die neue Technik in europäischen Nachbarländern lukrativer zu machen. *Bel*

Erst Textilbranche, jetzt Chemie?

Brüssel – In einem Brandbrief an die EU fordert der Chef des drittgrößten Chemieanbieters in Europa, Jim Ratcliffe, schnellstens die eigene Energie- und Rohstoffpolitik zu überdenken. Das von ihm geführte Unternehmen Ineos, das in Deutschland in Köln und Gladbeck produziert, sieht die Zukunftschancen für den Chemie-Standort aufgrund der steigenden Stromkosten gefährdet. Er prophezeit sogar, dass seiner Branche ein ähnliches Schicksal drohe wie der europäischen Textilindustrie, die inzwischen vor allem in Asien produziert. Derzeit hat die europäische Chemieindustrie einen Weltmarktanteil von 24 Prozent, doch schon jetzt liegen die Chinesen mit 29 Prozent vorn. Die in Deutschland beheimatete BASF reagiert schon längst auf die Entwicklung und investiert vor allem in den USA und Asien, wo Energie deutlich günstiger ist. *Bel*

Sozialstaat in der Sackgasse

Kostendruck steigt aufgrund der EU-Vorgaben offenbar doch

Befürchtungen vor einer neuen Zuwanderungswelle, die im Vorfeld der vollen Arbeitnehmer-Freizügigkeit für Rumänen und Bulgaren aufgekommen sind, lassen sich nun mit ersten Zahlen untermauern. Seit ab Jahresanfang eine uneingeschränkte EU-Niederlassungsfreiheit herrscht, ist die Zuwanderung von Bürgern aus beiden EU-Ländern nach Deutschland im Vergleich zum Vorjahr um 80 Prozent gestiegen. Allein im Januar sind demnach 10 947 Personen aus Rumänien und Bulgarien nach Deutschland eingereist. Rapide gestiegen ist ebenfalls die Zahl der Bezieher von Hartz-IV-Leistungen.

Wie die „Süddeutsche Zeitung" berichtet, haben im November 2013 fast 44 000 Rumänen und Bulgaren hierzulande entsprechende Leistungen erhalten. Der Wert entspricht einer Zunahme von 51 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Behalten Forscher der Bundesagentur für Arbeit (BA) recht, ist in diesem Jahr insgesamt mit 100 000 bis 180 000 Zuwanderern aus Bulgarien und Rumänien zu rechnen – nach rund 80 000 im Vorjahr. Die Zahl der Hartz-IV-Bezieher könnte im Laufe des Jahres sogar auf 50 000 bis 93 000 anwachsen, so ein internes Vorstandspapier der BA, aus dem die „Süddeutsche Zeitung" zitiert.

Der Bezug dieser Leistungen könnte allerdings noch eine ganz andere Dimension annehmen. Noch ist die Frage nämlich juristisch umstritten, wie weit EU-Bürger hierzulande einen Anspruch auf Hartz IV haben. Die Bundesregierung verneint, dass

Aus Rumänien und Bulgarien kamen viel mehr Zuwanderer

arbeitsuchende EU-Bürger ohne weiteres ein Anrecht hätten. Da einige Sozialgerichte inzwischen völlig abweichende Urteile gefällt haben, liegt nun beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) ein Antrag auf rechtliche Vorabprüfung vor. Sollten arbeitslose EU-Ausländer tatsächlich auf eine Stufe gestellt werden mit deutschen Arbeitnehmern, die teilweise über Jahrzehnte Sozialbeiträge eingezahlt haben, dann dürfte das massive finanzielle Folgen haben.

Da die Hartz-IV-Leistungen bei Einführung vor über zehn Jahren nicht als herkömmliche Sozialhilfe, sondern als arbeitsmarktpolitisches Instrument deklariert wurden, spricht vieles für eine derartige Entscheidung. Europarechtlich ist der Unterschied nämlich gravierend. Als Sozialleistung ließe sich der Bezug von Hartz-IV-Leistungen auf deutsche Staatsangehörige beschränken. Bei einem Arbeitsmarktinstrument ist dagegen eine Schlechterstellung von EU-Bürgern derzeit nicht erlaubt. Theoretisch könnte damit jeder EU-Bürger hierzulande Hartz-IV beantragen, wenn er nur glaubhaft macht, er bemühe sich um Arbeit.

Dass die EU-Richter immer für Überraschungen gut sind, haben sie erst vor Kurzem mit einem Urteil zum Asylrecht bewiesen. Sollte der Staat Asylbewerbern keine Unterkunft stellen, müsse er den Bewerbern ausreichend Geld für die Anmietung einer privaten Wohnung geben, so die Vorgabe des EuGH. Die finanzielle Unterstützung müsse dabei „für ein menschenwürdiges Leben ausreichen", der Staat sei auch verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die familiäre Gemeinschaft gewahrt bleibe und dem Wohl des Kindes Rechnung getragen werde. Je nachdem, wie deutsche Richter eine "menschenwürdige Unterbringung" und das Kindeswohl konkret auslegen, drohen den deutschen Kommunen damit massive Zusatzkosten. *N.H.*

Grün-rotes Durcheinander

Stuttgart: Bildungsplan wird für die Landesregierung zum Desaster

Schule ist Ländersache und daher vor allem für neu gewählte Landesregierungen immer ein beliebtes Betätigungsfeld, um Profil zu zeigen. Für die baden-württembergische CDU unter Führung von Thomas Stroble, dem Schwiegersohn von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, ist es derzeit die reine Freude, von der Oppositionsbank, auf die sie 2011 nach verlorener Wahl wechseln musste, der grün-roten Landesregierung unter Winfried Kretschmann (Grüne) bei ihrer Selbstzerfleischung zuzusehen.

Da hatte Grün-Rot voller Enthusiasmus den Bildungsplan 2015 avisiert, mit dem man die Schulen im Ländle in eine bessere, gerechtere Zukunft führen wolle, und jetzt ist ungewiss, was von den darin angestrebten Zielen überhaupt Bestand haben wird. Vor allem das Thema „Akzeptanz sexueller Vielfalt" hatte für massive Aufregung gesorgt. Demonstrationen und Petitionen aufgebrachter Bürger sorgten dafür, dass selbst die linke Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) eine Verschiebung des Bildungsplans auf das Schuljahr 2016/2017 fordert. Und auch der Lehrerverband VBW meinte, das Thema sexuelle Vielfalt sei in dem Bildungsplan „absolut überhöht" worden.

Vor allem sind sich die Grünen inzwischen selbst nicht sicher, was aus ihrem Lieblingsprojekt wird. SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel kritisierte bereits seinen Koalitionspartner für dessen widersprüchliche Aussagen. So wolle Kretschmann Korrekturen am Bildungsplan, seine Wissenschaftsministerin Theresia Bauer

Selbst linke GEW dringt auf Verschiebung

stelle sich hingegen hinter den jetzigen Entwurf, während die Grünen-Bildungsexpertin Sandra Boser für eine Verschiebung plädiere.

Und obwohl das Thema „Akzeptanz sexueller Vielfalt" bereits für genügend Aufregung gesorgt hat, legte Kultusminister Andreas Stoch (SPD) noch nach und verkündete, dass er für eine höhere Durchlässigkeit zwischen den Schularten in den Klassen 5 und 6 die Fächer Biologie, Physik, Chemie und Technik in einem Fächerverbund namens „Naturphänomene" unterrichten lassen wolle. Dieser Vorschlag sorgte dann ausgerechnet bei Ministerpräsident Kretschmann für Bauchweh. Der ehemalige Biologie- und Chemielehrer bat sich aus, die Idee doch noch einmal gründlich zu überdenken. Damit traf er direkt ins Schwarze, denn durchdacht hatte Stoch seine Idee noch nicht bis ins Detail.

Wie genau ein Lehrplan aussehen sollte, der die Fächer zusammenführt, aber zugleich dafür sorgt, dass die bundesweit verabredeten Lerninhalte auch ausdrücklich getrennt werden, hatte sich der Kultusminister noch nicht überlegt. Auch wie so eine Unterrichtsstunde gestaltet werden sollte, die anhand von Naturphänomenen Inhalte aus der Biologie, Chemie und Physik behandelt, konnte er nicht erklären. Allerdings verwies Stoch darauf, dass das Fach Biologie im Umfang eher ausgebaut als gekürzt werden solle. Die Frage, inwieweit sich die Unterrichtsumstrukturierung auf die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte auswirken sollte, hatte man sich im Kultusministerium hingegen noch nicht einmal gestellt.

Angesichts des Durcheinanders konnte Strobl aus dem Vollen schöpfen: „Der Ministerpräsident muss verantwortlich sein für das, was seine Regierung macht, er ist der Regierungschef." *Bel*

MELDUNGEN

Riad straft Katar ab

Riad – Nachdem Saudi-Arabien, Bahrain und die Vereinigten Arabischen Emirate bereits Anfang März ihre Botschafter aus Katar zurückgezogen hatten, will Riad nun weiter gegen Doha vorgehen. So soll laut Medienberichten die saudische Niederlassung des dem Emirat Katar gehörenden Nachrichtensenders Al-Dschasira geschlossen werden. Auch soll saudischen Journalisten untersagt werden, für Medien in Katar zu arbeiten. Grund für Riads scharfes Vorgehen ist Katars Weigerung, seine Unterstützung der Muslimbrüder einzustellen. Zwar gerät Saudi-Arabien selbst immer wieder weltweit in die Kritik, weil es verschiedene islamistische Gruppierungen finanziell fördert, doch die Muslimbruderschaft ist Saudi-Arabien ein Dorn im Auge. Auch hilft Doha aus Sicht Riads den falschen islamistischen Gruppierungen im Syrien-Krieg und kooperiert zu sehr mit dem Iran. *Bel*

EU überprüft Ankara

Brüssel – Die EU lässt derzeit die Verwendung von EU-Geldern in der Türkei auf Hinweise von Unregelmäßigkeiten prüfen. Zu den vier türkischen Ministern, die im Rahmen eines Korruptions-Skandals im Dezember zurücktreten mussten, gehörte auch der EU-Minister Egemen Bagis. Dieser hatte ab 2009 im Auftrag des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan die Beitrittsverhandlungen der Türkei mit der EU geführt und auch die von Brüssel überwiesenen Gelder verwaltet. Im Förderzeitraum 2007 bis 2013 hat Ankara laut Auswärtigem Amt insgesamt rund 4,9 Milliarden Euro aus der Heranführungshilfe IPA, die für Beitrittskandidaten vorgesehen ist, erhalten. *Bel*

China gegen den Rest der Welt

Spannungen in Ostasien nehmen zu – Südkorea reagiert bereits auf die neuen Machtverhältnisse

Pünktlich zum Beginn des 12. Nationalen Volkskongresses, dem kommunistischen Scheinparlament, gab die chinesische Parteiführung die Erhöhung des Verteidigungshaushaltes um zwölf Prozent auf umgerechnet 134 Milliarden US-Dollar bekannt. In 15 Jahren hat er sich damit verzehnfacht.

Zwar wird die chinesische Aufrüstung noch immer vom US-Verteidigungsbudget mit 526 Milliarden US-Dollar in den Schatten gestellt, doch gehen die Rüstungszahlen des müde gewordenen Weltpolizisten nach unten und jene des fernöstlichen Herausforderers steil nach oben. Doch was will die Atommacht China, die mit dem größten Landheer der Welt von 2,3 Millionen Mann und dem größten Devisenschatz von 1200 Milliarden Dollar von niemandem wirtschaftlich oder militärisch bedroht werden kann?

Die Kontinentalmacht China fühlt sich offenbar zunehmend eingekreist. Auf den russischen Verbündeten ist dauerhaft kein Verlass mehr. Die einzig verbliebenen Klientelstaaten Nordkorea und Pakistan werden zunehmend peinlich. Burma ist bereits auf dem Weg in den Westen aus dem chinesischen Orbit ausgebrochen. So bleiben die Erzfeinde Indien, Vietnam, die Philippinen und Japan, mit denen sich das Reich der Mitte in Dutzenden von kleinlichen Grenzkonflikten zerstritten hat. Mit insgesamt zehn der 21 Nachbarn liegt China im Streit. Nicht dass jene unwirtlichen Himalaya-Provinzen oder Felsriffe im Süd- oder Ostchinesischen Meer irgendwelche wirklichen Reichtümer aufwiesen, nein, es ist die Unbotmäßigkeit seiner kleineren, verachteten Nachbarn, die die Machthaber in Peking reizt. Zudem hilft nationalistische Propaganda, um die eigene Herrschaft und kommunistische Ideologie zu legitimieren.

Nach Ansicht der US-Pazifikflotte rüstet die Volksbefreiungsarmee, die früher hauptsächlich die Invasion Taiwans übte, jetzt vorrangig für einen kurzen, harten Krieg mit Japan auf. Die USA haben den Chinesen mitgeteilt, dass sie deren massive Seegrenzansprüche im Süd- und Ostchinesischen Meer für ungerechtfertigt halten. Den Philippinen, die sich nicht wehren können, nahm die chinesische Marine bereits 2013 das Scarborough-Riff, eine Reihe fischreicher Sandbänke und Felsriffe, ab. Zuerst wurden Fischer und Forschungsschiffe geschickt, dann Fregatten.

Am brisantesten ist die Lage bei den Senkaku Inseln, den unbewohnten Südausläufern der Ryûkyû-Inselkette nördlich von Taiwan. 1895 als Niemandsland von Japan in Besitz genommen, wird es von China seit den 70er Jahren, als Erdgasvorkommen auf dem Meeresgrund vermutet wurden, als vermeintliche Kriegsbeute des Zweiten Weltkriegs beansprucht. Im Dezember erklärte Peking einseitig den Luftraum zu seiner Luftverteidigungszone. Regelmäßig kommt es hier zu Konfrontationen zwischen den Schiffen beider Küstenwachen. Jederzeit kann es zu Kollisionen mit Toten und einer entsprechenden, auf japanischer Seite sicher unbeabsichtigten Eskalation kommen, zumal Peking den Draht der Notfalltelefone nach Tokio im Zorn gekappt hat.

Vor Ort kommt es auf die Lufthoheit an. China hat 180 moderne Jagdflieger an der Küste von Fukien stationiert, Japan nur 20 auf Okinawa, der größten Insel der Ryûkyû. Japan bräuchte also im Notfall sofort die Hilfe des US-Bündnispartners. Mancher Falke in Tokio oder Washington mag hoffen, die USA

Tokio kann sich nicht auf USA verlassen

könnten die chinesischen Luft-, Raketen- und Seestreitkräfte zerschlagen, bevor es in einigen Jahren zu spät sein wird. Doch zeigt die Reaktion auf die russischen Ansprüche auf die Krim – mit ihren 2,3 Millionen Einwohnern von weitaus höherem strategischem Wert – auch den Japanern, dass die USA unter Präsident Barack Obama nur zu Sanktionen bereit sind. Für die menschenleeren Felseninseln der Senkaku würden der Präsident und der US-Kongress mutmaßlich keinen GI opfern und gleichzeitig eine Weltwirtschaftskrise riskieren. Die Einschätzung, die Amerikaner würden es im Notfall bei verbalen Protesten belassen, ist in Peking weit verbreitet und macht die Situation wegen der fehlenden Abschreckung so gefährlich. China könnte allen unbotmäßigen Nachbarn am Exempel der stolzen und einst mächtigen Japaner vorführen, dass auf die USA kein Verlass mehr ist und man sich mit der neuen Hegemonialmacht in der Region besser gut stellt. Der Westpazifik, seit 1945 „mare nostrum“ der USA, würde dann von China kontrolliert.

Die Südkoreaner bereiten den Seitenwechsel bereits vor. Ihr Handel mit China übertrifft den mit Japan und den USA zusammengenommen schon lange. Obwohl ebenfalls mit den USA formell verbündet und mit 28 000 GIs im Lande, sieht die Regierung von Präsidentin Park Geun-hye den Schlüssel zur Wiedervereinigung in Peking. Im Gegensatz zum neuen nordkoreanischen Diktator Kim Junior, der den Chinafreund in seiner Familie, Onkel Jang, im Dezember erschießen ließ, war sie wiederholt in Peking, wo sie ihren Charme spielen ließ. Dagegen tut Seoul alles, um Japan zu reizen. Es spielt den Konflikt um die von beiden beanspruchte, ebenfalls unbewohnte Felseninsel Takeshima (Koreanisch: Dokdo) im Ostjapanischen Meer sowie jede Menge historischer Symbolpolitik hoch. So werden erneute Entschuldigungen für Zwangsarbeiter in japanischen Rüstungsbetrieben verlangt, gleichzeitig Denkmäler für koreanische Freiheitshelden – aus japanischer Sicht: mörderische Terroristen – öffentlichkeitswirksam errichtet. Doch auch Japan reizt Südkorea, das von 1910 bis 1945 von Tokio annektiert war.

An einem vertieften Zerwürfnis seiner beiden ostasiatischen Schützlinge kann Washington in jener prekären Sicherheitslage in Ostasien jedoch nicht gelegen sein. So wird Obama bei seinem Kurzbesuch Ende April nicht nur wie vorgesehen Tokio, sondern auch Seoul besuchen, um die beiderseitigen Wogen zu glätten. Der lachende Dritte säße sonst in Peking. *Albrecht Rothacher*



Zu allem bereit: Peking zeigt im Staatsfernsehen gern Bilder, die verdeutlichen, dass Chinas Soldaten kampfwillig sind Bild: action press

Naive Vorgaben

EU: Bürgerkriege nicht indirekt finanzieren

Um sicherzugehen, nicht indirekt Bürgerkriege in Afrika zu finanzieren, hat EU-Handelskommissar Karel De Gucht am 5. März vorgeschlagen, sollten Unternehmen künftig nachweisen, dass die von ihnen verwendeten Rohstoffe nicht aus Minen in Konfliktregionen stammen, deren Inhaber das Geld zur Anheizung der Krise verwenden. Firmen, die vor allem für den Bau von Computern und Handys benötigtes Zinn, Tantal, Wolfram oder Gold nach Europa einführen, sollen nach seinen Plänen dazu verpflichtet werden zu belegen, dass mit dem über den Rohstoffverkauf erlangten Geld keine Waffen oder Soldaten finanziert werden.

Nicht nur der Bundesverband der Deutschen Industrie wehrt sich gegen diesen Vorschlag. Abgesehen von den Kosten, die mit derartigen Nachweisen verbunden sind, sei es, so Kritiker, angesichts der vielen Zwischenhändler in dem Bereich fast unmöglich nachzuweisen, dass niemand in der langen Handelskette Missbrauch mit den Einnahmen betreibt. Zudem hätten die USA, bei denen die Nachweispflicht bereits seit 2010 gilt und auf die sich de Gucht mit seinem Vorschlag beruft, nachweisbar das Gegenteil von dem erreicht, was sie erreichen wollten. So schreibt der „Spiegel“, dass viele US-Firmen, denen der Nachweis zu kompliziert gewesen sei, den Handel mit den entsprechenden Ländern eingestellt hätten, was beispielsweise im Kongo tausende Arbeitsplätze gekostet und teilweise sogar die Arbeitslosen in die Arme von bewaffneten Gruppen getrieben habe.

Rohstoffkäufe nur von »sauberen« Händlern

Als Beispiel dafür, dass der Westen mit seiner Hilfe manchmal das Gegenteil des Gewünschten bewirkt, wird gern der Fall Sharon Stone angeführt. Die US-Schauspielerin hatte 2005 beim Weltwirtschaftsforum in Davos erfahren, dass in Afrika viele Kinder an Malaria sterben. Und so rief sie zu einer Spendenaktion für Moskitonetze auf. Das Kinderhilfswerk Unicef stockte den durch Spenden erlangten Betrag auf eine Million US-Dollar auf. Und so wurden in China 100 000 Moskitonetze erworben und kostenlos in Tansania verteilt. Dies trieb jedoch die heimischen Hersteller in die Pleite. Zudem waren die chinesischen Netze nach rund einem Jahr verschliessen, da es aber kaum noch Hersteller im Land selbst gab, verbreitete sich die Malaria wieder stärker. *Bel*

Traumhafter Frühling mit Todesfolge

Dürre zeigt Kalifornien Grenzen auf: Tiere verenden und Menschen werden arbeitslos

Es ist Winter in Kalifornien. Die Zitronenbäume ragen in gelber Pracht in den tiefblauen Himmel. Junge Männer joggen mit freiem Oberkörper bei 25 Grad schweißgebadet vorbei an Vorgärten, in denen Rosen blühen und die roten Bougainvillea sich an weiße Wände schmiegen. Die Straßencafés sind voll wie auch die Strände am Pazifik. Und sollten mal ein paar Wolken erwartet werden, warnen die Fernseh-Wetterfrösche entschuldigend: „Sie könnten eine Jacke brauchen.“

Was für ein Leben, während die meisten anderen US-Staaten in ungewohnten Massen von Eis und Schnee versinken. Doch die Realität hinter den Kulissen des schönen Wetters, für das die Touristen in den Sonnenstaat strömen, sieht anders aus. Der Winter, der ein strahlender Frühling ist, hat bedrohliche Schattenseiten. 2013 war bereits das trockenste Jahr in der kalifornischen Geschichte. Vor Kurzem hat Gouverneur Jerry Brown den Notstand erklärt und die Bürger angehalten, 20 Prozent Wasser zu sparen. Seen und Flüsse trocknen aus und locken, wie einst, Goldwäscher an. Im ausgetrockneten Folson Lake tauchten plötzlich die Reste einer versunkenen Mormonen-Stadt wieder auf. Und der Schnee in der Sierra Nevada, sonst verantwortlich für die Deckung eines Drittels des Wasserbedarfs im Staat, fiel so minimal, dass die Skiläufer auf künstlichen Pisten ins Tal wedeln.

Doch am meisten betroffen ist die Landwirtschaft, Kaliforniens wichtigster Wirtschaftszweig mit einem Jahresumsatz von 50 Milliarden US-Dollar. Auf die riesigen Ranches fallen 75 Prozent des jährlichen Wasserverbrauchs im Sonnenstaat. Fast die Hälfte der Obst-, Gemüse- und Nuss-Ernte der USA stammt aus Kalifornien, das auch führender Milch- und Wein-Produzent ist. Doch jetzt sind wegen Wassermangels endlose Äcker unbepflanzt. Bei dem letzten Trockenheits-Notstand 2009 verlor allein das San Joaquin Valley, eines der Hauptanbaugebiete, 10 000 Arbeitsplätze, 340 Millionen an Steuern und Zehntausende Hektar fruchtbares Land. Diesmal soll es noch schlimmer kommen.

Landwirtschaft ist wichtigster Wirtschaftszweig

Erschütternde Bilder tauchen in den Medien auf. Wie die von Ryan Indart, der auf einer weiten Öde seiner Ranch in Clovis auf eines seiner verendeten Schafe blickt. Der Rancher in vierter Generation und Nachfahre von Einwanderern aus der Normandie hat normalerweise um diese Zeit seine 4000 Schafe auf Gras weiden, das dank des üblichen Winterregens üppig sprießt. Doch nun musste er zehn Prozent seiner Herde ins Schlachthaus bringen, weil er das teure, als Gras-Ersatz anzuschaffende Heu nicht mehr bezahlen konnte. Zudem produzieren mit Heu gefütterte Schafe und Kühe weit weniger Milch.

Rob Frost, ein 71-jähriger Farmer mit einer Ranch bei Ventura, hat 40 Prozent seines Viehbestands verkauft. In seiner Kirche, wie in vielen anderen des Landes, betet die Gemeinde ständig um Regen. Einmal wurden sie erhört. Wolken zogen auf. Der Himmel öffnete sich. „Es dauerte Sekunden“, sagt seine Frau Margaret, „ein paar Tropfen fielen, und dann war es vorbei.“

Präsident Barack Obama besuchte vor Kurzem die Region und wanderte mit den Ranchern über ihr verdorrtes Land. Betroffen sagte er 160 Millionen US-Dollar sofortige Hilfe zu. Dazu kommt ein Hilfspaket von 687,4 Millionen US-Dollar, das die Regierung in Sacramento beschlossen hat. Vor allem sollen neue Wasserquellen erschlossen, alte besser genutzt und die Bewässerung der Farmen gesichert werden. Nicht enthalten in dem Paket sind Mittel für die Wassergewinnung aus dem Meer. Das Verfahren, das im wenig umweltbewussten Texas bereits öfter angewendet wird, birgt durch die notwendige Entsalzung Umweltprobleme und verursacht Gesundheitsschäden. Ebenso wie die Ölförderung via Fracking (die *PAZ* 9/14 berichtete), das vor allem Unmengen an Wasser verbraucht. Überraschend hat Kalifornien soeben ein Verbot von Fracking angekündigt. Vor allem im Sommer drohen durch die Dürre wieder gewaltige Feuer in den Berg-Gemeinden. Oft werden sie ausgelöst von einem weggeworfenen Streichholz oder einem verbotenen Lagerfeuer, wofür den Verursachern hohe Gefängnisstrafen drohen. Leider ist Kalifornien nicht allein. Derzeit leiden 87 Prozent der Staaten im Westen der USA unter extremer Dürre.

Doch regnet es endlich, bahnt sich eine neue Katastrophe an: Denn hier stürzen jedesmal Wassermassen vom Himmel. Sie bilden auf der staubig-trockenen Erde und abgebranntem Boden gewaltige Schlammlawinen, die zu Tal stürzen und Privathäuser wie halbe Dörfer verschlucken. *Liselotte Millauer*

Abstimmung mit den Füßen

Neben Auswanderung reduziert der von der Politik betriebene Akademisierungswahn Zahl der Fachkräfte

Von den Gewerkschaften bis zum Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) reicht die Allianz derjenigen, die für mehr Zuwanderung nach Deutschland trommeln. Als Argument herhalten muss dabei das Horrorszenario eines drohenden Fachkräftemangels.

Viel zu selten wird dabei hinterfragt, was es mit dem angeblich drohenden Fachkräftemangels wirklich auf sich hat. Schaut man etwa, was das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) zum Thema zu sagen hat, dann klingt das kaum alarmierend. Momentan wird nämlich keineswegs ein genereller Mangel an Fachkräften in Deutschland gesehen, auch bis zum Jahr 2030 werden nur kleine Verschiebungen hin zu einem Mangel prognostiziert. Tatsächlich müssen sich Wirtschaft und Politik den Vorwurf gefallen lassen, das Arbeitskräftepotenzial, dass in Deutschland selbst vorhanden ist, ungenutzt zu lassen, um stattdessen die Leier von der vorgeblich notwendigen Massenzuwanderung ausländischer Fachkräften umso ausgiebiger zu strapazieren. Tatsächlich hat das, was momentan hierzulande an Zuwanderung stattfindet, kaum etwas mit dem zu tun, was klassische Einwanderungsländer wie Kanada an effektiver Zuwanderung praktizieren.

Weitgehendes Versagen und Schweigen der Politik herrscht bisher auch bei einem anderen Phänomen: Deutschland verliert selbst viele qualifizierte Arbeitskräfte, und zwar durch Auswanderung. Allein im Jahr 2012 sind 712 000 Menschen ausgewandert. Unter ihnen die „Crème de la Crème“, so die Diagnose des Unternehmensberaters Martin Gaedt, der sich mit dieser Abwanderung in seinem Buch „Mythos Fachkräftemangel“ intensiv beschäftigt hat.

Im Durchschnitt haben 15 Prozent aller Deutschen einen akademischen Abschluss. Von den Deutschen, die ihr Glück im Ausland suchen, verfügen aber 86 Prozent über einen akademischen Abschluss, so die Rechnung die Gaedt aufmacht. Deutschland verliert damit nicht nur gut ausgebildete und motivierte Arbeitskräfte. Eine Schätzung geht davon aus, dass allein 2008 mit den deutschen Auswanderern auch 34 Milliarden Euro an Steuergeldern verloren gegangen sind, die in den Jahrzehnten davor für ihre Bildung aufgewendet worden sind. Der Rekrutierungsexperte Gaedt führt an, dass die besseren Verdienstaussichten nur ein Grund seien, der so viele Deutsche ins Ausland treibe. Die Kernmotivation lieferten viele Unternehmen durch eine mangelnde Wertschätzung, die selbst kompetenten Fachkräften bei Bewerbungen entgegenschlägt. Noch aus Zeiten eines Überangebots von Arbeitskräften ist in so mancher Personalabteilung noch eine Form von Gutsherrenmentalität vorhanden, so Gaedt. Bewerber werden mit unpersönlichen Antwortschreiben abgefertigt, denen wochenlange Wartezeiten bis zum Bewerbungsgespräch folgen. Haben die potenziellen Kandidaten zwischenzeitlich nicht das Weite gesucht – sprich ein Angebot aus dem Ausland angenommen –, dann wird hierzulande oft nur berufliche Unsicherheit bei geringen Gehältern und befristeten Verträgen geboten.

Wirtschaft nutzt Potenzial zu wenig

Zweifel, ob es denn mit dem Fachkräftemangel so akut ist, wecken auch die Pläne von Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD), die Arbeitnehmern die Möglichkeit einräumen will, ohne Abschläge mit 63 Jahren in den Ruhestand zu gehen. Zwar haben Nahles Pläne bereits Warnungen vor einem „unverantwortbaren Raubbau am Erfahrungsschatz der Unternehmen“ ausgelöst, ein Blick auf Daten der Deutschen Rentenversicherung entzieht dem alarmistischen Geschrei aber schnell den Boden. Im Jahr 2012 befanden sich lediglich 22,5 Prozent der neu in die Altersrente Gegangenen im Jahr vor ihrer Verrentung überhaupt noch in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis. Mit anderen Worten: Der Abschied vom Arbeitsleben beginnt im Normalfall für viel Deutsche längst vor dem offiziellen Rentenbeginn. Und zwar häufig dadurch, dass Arbeitnehmer jenseits der 50 für Personalchefs nur als Risiko und Kostenfaktor gesehen werden – dem Gerede vom Erfahrungsschatz der Älteren zum Trotz. In der Realität läuft vor allem bei großen Konzernen eine ganz einfache Kalkulation: Frühverrentungen und Entlassungen ermöglichen es, ältere Arbeitnehmer loszuwerden, die mit alten Verträgen und langer Firmenzugehörigkeit noch zu guten Konditionen bezahlt werden. Auf Kosten der Rentenkasse wird Platz geschaffen für junge, vor allem kostengünstigere Arbeitskräfte – für Praktikanten, Zeitarbeitskräfte und Angestellte mit befristeten Arbeitsverträgen.

Der Verdacht, dass ein künftiger genereller Fachkräftemangel nicht vom Himmel fällt, sondern zum guten Teil selbst verschuldet sein wird, kommt auch mit Blick auf eine Fehlentwicklung bei der Berufsausbildung. Die Mehrzahl der aktuell 119 sogenannten Engpassberufe, bei denen die Zahl der Stellenangebote die gemeldete Zahl der Arbeitslosen übersteigt, basiert auf der dualen Ausbildung. Im Klartext: Es besteht kein Bedarf an studierten Theaterwissenschaftlern und Sinologen, sondern an gelernten Kellnern oder Installateuren. Untermalt durch immer neue Studien der OECD, die Deutschland einen Nachholbedarf an Akademikern bescheinigt, ist ein regelrechter Akademisierungswahn entstanden, während klassische Lehrberufe zunehmend unter einem schlechten Ruf leiden – trotz guter Berufsaussichten.

Norman Hanert



Duale Ausbildung vernachlässigt: Es herrscht Mangel an Installateuren Bild: Caro

MELDUNGEN

Duale Ausbildung aufwerten

Berlin – Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) will Studienabbrecher für das Handwerk gewinnen und startet jetzt eine entsprechende Initiative. Sie reagiert damit auf den inzwischen auch von der Politik mit Sorge betrachteten Trend zum Studium. So studierten im Wintersemester 2013/2014 mit 2,6 Millionen Studenten so viele junge Leute wie nie zuvor. Gleichzeitig erreichte die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge 2013 den niedrigsten Wert. Der „Spiegel“ kommentiert die Initiative der Bundesregierung als längst überfällig, habe sie doch mit ihrer Förderung des Studiums mit dafür gesorgt, dass eine Ausbildung heute so attraktiv erscheint „wie Urlaub in Eisenhüttenstadt“. Wanka will nun ihr Glück bei den Studienabbrechern versuchen. Da 35 Prozent der Bachelor-Studenten vor Erreichen eines Abschlusses die Universität verlassen, sollen diese Personen gezielt auf eine Ausbildung angesprochen werden. Auch sollen zum künftigen Beruf passende Studienleistungen angerechnet werden. *Bel*

Wien: Milliarden im Feuer

Wien – Österreichs Banken drohen durch die Krise in der Ukraine empfindliche Verluste. Nach Angaben der Zentralbank in Wien waren die Kreditinstitute der Alpenrepublik im Juni 2013 mit 209,7 Milliarden Euro in der Ukraine engagiert. Als Problem könnte sich erweisen, dass mehr als 70 Prozent aller Kreditverträge in der Ukraine auf Euro, Dollar oder Franken lauten, die in der immer schwächer werdenden Landeswährung bedient werden müssen. Laut Ratingagentur Moody's haben die Bank Austria und die Raiffeisen-Bank neben insgesamt acht Milliarden Euro an Krediten auch noch 720 Millionen Euro an ukrainische Staatsanleihen in den Bilanzen. *N.H.*

Kein Licht in Sicht

Kroatien profitiert nicht von EU-Beitritt

Ein „Super-Griechenland“ hatten Skeptiker prophezeit, sollte Kroatien in die EU aufgenommen werden. Zwar steht ein Offenbarungseid in Form eines Rettungspakts noch aus, die pessimistischen Vorbehalte gegen das 28. EU-Mitglied scheinen sich aber immer mehr zu bestätigen. Noch nicht einmal ganz ein Jahr ist Kroatien nun EU-Mitglied, schon ist es auf dem besten Wege, dass Brüssel erstmals ein Defizitverfahren eröffnet. Beim aktuellen Staatshaushalt reißt das Land mit einem Defizit von 5,5 Prozent ganz klar die Maastricht-Hürde von drei Prozent. Auch bei der Gesamtverschuldungsgrenze wird Kroatien mit Sicherheit dieses Jahr die erlaubte Obergrenze von 60 Prozent durchbrechen.

Obsolet sind allerdings nicht nur die Versprechungen zur finanziellen Konsolidierung, die noch im Vorfeld des EU-Beitritts aus Zagreb zu hören waren, auch die Hoffnungen auf einen wirtschaftliche Aufschwung durch einen EU-Beitritt haben sich in Luft aufgelöst. Seit 2009 ist das Bruttoinlandsprodukt Kroatiens um zwölf Prozent geschrumpft. Während die Regierung für 2014 noch die Hoffnung auf ein Miniwachstum verbreitet, sehen die meisten Wirtschaftsforscher das Land auch im sechsten Jahr in einer Rezession stecken bleiben.

Ohnehin ist die Ausgangslage Kroatiens in der EU nicht sonderlich günstig. Die Industrie steuert gerade mal 15 Prozent zur Wirtschaftsleistung bei. Zu viele der knapp 4,5 Kroaten leben von der Landwirtschaft oder dem Tourismus, der nur für vier Monate im Jahr Beschäftigung verschafft. Dazu kommen eine weitverbreitete Korruption und eine wuchernde Bürokratie, die jede Geschäftstätigkeit behindern. Im Global Competitiveness Report des World Economic Forum, der die Wettbewerbsfähigkeit von Ländern vergleicht, landete Kroatien lediglich auf Platz 81 – sogar noch hinter Botswana. In einer Rangliste von 174 Ländern von Transparency International, bei der die Korruption untersucht wurde, rangiert das Land auf Position 62. Als Folge liegt die Arbeitslosigkeit unter den Kroaten offiziell bei 20 Prozent. *N.H.*

Investitionsumfeld ist äußerst feindlich

In die Abhängigkeit getrieben

Studie des US-Landwirtschaftsministeriums lässt Gen-Mais wirtschaftlich schlecht abschneiden

Vor wenigen Wochen hat die EU den Weg für die Zulassung des umstrittenen Gen-Maises 1507 freigemacht. In den USA ist der Anbau von genveränderte Getreide (Mais, Soja, Raps) längst alltäglich. Nach über 15 Jahren des Anbaus in den USA hat das US-Landwirtschaftsministerium eine Studie über die bisherigen Erfahrungen und Erkenntnisse hierzu veröffentlicht. Nicht darin behandelt werden mögliche gesundheitliche Risiken durch genveränderte pflanzliche Organismen (GVO) für den Menschen. Aber auch ohne Berücksichtigung dieser Thematik ist nun erwiesen, dass der Anbau von GVO seine Schattenseiten hat.

Mit mehr als 50 Prozent seit 2001 fiel die Verteuerung des GVO-Saatguts unerwartet hoch aus. Im Gegensatz zu der anfänglich aufgestellten Behauptung der Gentechnik-Konzerne, es würden beim Anbau von GVO keine oder zumindest deutlich weniger Agrochemikalien benötigt, wird nun offiziell attestiert, dass davon sogar größere Mengen als im konventionellen Getreideanbau eingesetzt werden müssen, um des Unkrauts Herr zu werden, nämlich elf Prozent mehr. Bestätigt wurde die Beobachtung der Farmer, dass genverändertes Getreide generell eher geringere Ernteerträge erbringt als solches aus herkömmlichem Anbau. Auf längere Sicht wird sich dies bislang aber aufgrund der vorwiegenden Verwendung glyphosathaltiger Unkrautvernichtungsmittel auf Feldern mit GVO-Pflanzen ausgeglichen. Glyphosat wirkt als Breitbandherbizid gegen alle Pflanzen außer gegen Nutzpflanzen, die mittels Gentechnik verändert sind und eine Resistenz gegen Glyphosat aufweisen. Das blieb allerdings nicht ohne Folgen. Durch den großflächigen, intensiven Einsatz des Alleskillers Glyphosat, der auch im weltweit angewandten Pflanzenschutzmittel Roundup enthalten ist, sind bisher schon 14 Unkrautpflanzen gegen sämtliche Herbizide resistent geworden, wie die Studie mitteilt. Diese Unkräuter reagieren auf gar nichts mehr. Das gibt Anlass zur Sorge.



Kein Wundermittel: Gen-Mais bietet zahlreiche Nachteile

Bild: action press

Hinzu kommt die Abhängigkeit der Farmer von den Gentechnik-Konzernen, die ihnen sowohl das Saatgut als auch die dafür benötigten Herbizide und Pestizide verkaufen. Einige Drittwelt- und Schwellenländer haben schon reagiert. Sie streben einen Ausstieg aus dem Anbau von GVO an, wie unlängst der Fernsehsender BBC World vermeldete. Genannt werden Mexiko und tendenziell ganz Lateinamerika, Indien und China. Den US-Farmern wird zurzeit lediglich empfohlen, auch andere Unkrautmittel anzuwenden und auf eine abwechslungsreiche Fruchtfolge zu achten. Wenn das unter dem Strich alles ist, was man aus der bisherigen Entwicklung gelernt hat, dann liegt die Vermutung nahe, dass dieser Hilflosigkeit signalisierende Ratschlag auf einem Kompromiss mit dem größten und einflussreichsten US-Konzern für Agrar-Gentechnik, Monsanto, beruht.

Die große Mehrheit der Europäer lehnt Anbau und Verkauf von Gen-Getreide strikt ab. Umso mehr steht die EU-Kommission in der Pflicht, die US-Studie gründlich prüfen zu lassen. Gen-Mais 1507 ist hochgradig immunisiert, er ist nicht nur resistent gegen bestimmte Pflanzenschutzmittel, sondern enthält auch Pestizide gegen mehrere Fressfeinde. Sein Verkauf als Lebens- und Futtermittel in der EU wurde bereits genehmigt. 1507 wäre die zweite in Europa zugelassene Gen-Maissorte. Der Anbau würde vermutlich zunächst nur in Spanien erfolgen. Wie aus einer Drucksache des Bundestags hervorgeht, dürften nach der Zulassung von 1507 auch Anbau-Zulassungen für mindestens fünf weitere gentechnisch veränderte Maislinien anstehen, deren Zulassungsverfahren ähnlich weit fortgeschritten ist.

Am Ende entscheiden jedoch die Bauern, was sie anbauen und für sie zählen Kosten und Ertrag, beides scheint, wie die aktuelle Studie zeigt, bei Gen-Mais keineswegs optimal zu sein.

Dagmar Jestrzemski

Hauptsache negativ

Von Rebecca Bellano

Es ist doch wieder einmal typisch: Da will die neue Präsidentin der Kultusministerkonferenz die Erinnerungskultur der Schüler in Deutschland intensivieren, und das, was Sylvia Löhrmann zuerst einfällt, ist der Holocaust. Vor 50 Jahren mag es ja sinnvoll gewesen sein, die Schüler für das Thema Judenvernichtung zu sensibilisieren und die damals herrschende Spirale des Schweigens zu durchbrechen, heute jedoch werden die Schüler inzwischen von so vielen Seiten mit dem Thema konfrontiert und die Gefahr besteht, dass sie sich genervt abwenden.

Wer zudem Menschen für ein Thema begeistern will, der sollte auch mit positiven Beispielen arbeiten. Wie wäre es, darauf hinzuweisen, dass Deutschland, genauer Preußen, Vorreiter in Sachen Sozialversicherung und bei der Abschaffung von Folter und Kinderarbeit war? Auch für den Gedanken der Toleranz gegenüber anderen findet man in der deutschen Geschichte zahlreiche Beispiele. Ähnliches gilt für den Drang nach Freiheit, den Wunsch nach Wissen und die Entdeckung der Welt durch Naturwissenschaft, Literatur und Philosophie.

Doch man könnte die Liste der positiven Beispiele noch ewig weiterführen und bei Menschen wie der Grünen-Politikerin Löhrmann doch nichts bewirken. Gerade die Grünen sind groß darin, wenn es darum geht, die Leistungen der Deutschen kleinzureden oder gar zu verschweigen und nur ihre Verfehlungen ins Rampenlicht zu schieben.

Äpfel und Birnen

Von Manuel Ruoff

Kollegenschelte ist nicht unsere Aufgabe, aber wenn vom öffentlich-rechtlichen Deutschlandfunk eine Mischung aus Milchmädchenrechnung und Hetze über den Äther geht, kann das nicht unwidersprochen bleiben. Unter der Zwischenüberschrift „Ist Steuerhinterziehung weniger kriminell als Bestechlichkeit?“ kommentiert Michael Watzke, immerhin Landeskorrespondent Bayern, zum Hoeneß-Prozess: „Zum Vergleich: Als sich Gerhard Gribkowsky, der ehemalige Risikochef der bayerischen Landesbank, von Formel-1-Unternehmer Bernie Ecclestone schmieren ließ, ging es um rund 36 Millionen Euro. Also in etwa um die doppelte Summe wie jetzt bei Uli Hoeneß. Gribkowsky wurde zu achteinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Wegen Bestechlichkeit. Aber ist Steuerhinterziehung weniger kriminell als Bestechlichkeit? Beides ist scheinbar leicht verdientes Geld. Beides fügt dem Staat immensen Schaden zu. Denn das Geld, das sich Hoeneß ähnlich wie Gribkowsky erschlichen hat, fehlt am Ende für wichtige Aufgaben.“

Folgen wir dieser Logik, müsste ein Auftragskiller, der für seinen Mord nur ein Bruchteil dessen erhalten hat, was Hoeneß hinterzogen haben soll, auch nur einen Bruchteil von dessen Strafe erhalten. Und eine weitere rhetorische Frage würde lauten: „Ist Steuerhinterziehung weniger kriminell als Mord?“

Entscheidend für die Beurteilung einer Straftat muss doch weniger sein, welchen Vorteil sie dem Täter einbrachte als welchen Schaden sie dem Opfer zufügte. Und der entspricht bei Bestechung eben leider nicht nur der Höhe des Bestechungsgeldes, wie Watzke behauptet, sondern besteht in dem Nachteil, der einem Dritten, in der Regel dem Arbeitgeber des Bestochenen, daraus erwächst, dass dieser tut, was der Bestechende will. Ist das dem Deutschlandfunk beziehungsweise seinem Korrespondenten nicht klar oder heiligt hier der Zweck die Mittel?

Wie es gerade passt

Von Hans Heckel

Der Brandstifter: Wer stoppt Putin?“, fragt der „Spiegel“ mit einem Kreml-Chef auf der Titelseite, der mit zynischer Mine auf US-Präsident Barack Obama, Briten-Premier David Cameron und Kanzlerin Angela Merkel herabblickt, wobei Merkel ein weißes Fähnchen in der Hand hält. Nachdem die frühere US-Außenministerin Hillary Clinton den russischen Präsidenten sogar mit Hitler verglichen hat, ist Wladimir Putin zum neuen Inbegriff des Bösen geworden. Dem Gescholtenen sei das völlig gleich, heißt es. Aber vielleicht ist diese Zuschreibung auch nur ein weiteres Detail in dem Schreckbild, das in Politik und Medien von Putin gezeichnet wird.

Mittlerweile könnte der russische Staatschef aber auch tun und lassen, was er will, der Böse dürfte er bis auf Weiteres bleiben. Einer, dem man keine berechtigten Motive mehr zugesteht, einer, der sich „gegen die Weltgemeinschaft gestellt hat“. Daher ist es vielleicht sinnvoll, einen anderen Russen zu Wort kommen zu lassen, um Moskaus Motive zu erkennen. Einen, den die Deutschen so tief in ihr Herz geschlossen haben wie noch keinen aus dem östlichen Riesenreich: Michail Gorbatschow.

2009 gab jener Gorbatschow der „Bild“-Zeitung ein Interview, das einige Erklärungen bietet für die harte Haltung Moskaus hinsichtlich einer West-Anbindung der Ukraine. Darin erinnert der letzte Sowjet-Chef an die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen über die deutsche Einheit und die Zusagen, die der UdSSR (deren Rechtsnachfolger Russland ist) damals gemacht worden seien. Gorbatschow: „Kohl, US-Außenminister James Baker und andere sicherten mir zu, dass die Nato sich keinen Zentimeter nach Osten bewegen würde. Daran haben sich die Amerikaner nicht gehalten, und den Deutschen war es gleichgültig. Vielleicht haben sie sich sogar die Hände gerieben, wie toll man die Russen über den Tisch gezogen hat. Was hat es gebracht? Nur, dass die Russen westlichen Versprechungen nicht mehr trauen.“

> Gorbatschow verwies bereits vor Jahren auf gemachte Versprechen

Die mögliche Strategie des Westens formuliert Gorbatschow voll Bitterkeit: „Je länger man Russland nicht auf die Beine kommen lasse, desto leichter könne man sich ein paar weitere fette Brocken schnappen“, so der bewunderte Reformer, der laut „Bild“ dann mit lauter Stimme warnt: „Aber damit kommt man nicht durch! Schreiben Sie das in großen Buchstaben!“

Westliche Quellen behaupten, diese Zusage sei ein Mythos, den Gorbatschow erfunden habe. Tatsächlich? Unbestritten steht im Zwei-plus-Vier-Vertrag die Bestimmung, dass niemals westalliierte Soldaten auf dem Gebiet der ehemaligen DDR stationiert werden dürfen. Diese Klausel ist vollkommen sinnlos, seit westalliierte Soldaten östlich der damaligen DDR in Polen oder Rumänien frei schalten und walten können. Ergo ist Gorbatschows Interpretation weitaus glaubwürdiger als die westliche Entgegnung.

Es sei das Recht der ukrainischen Regierung, jedes Bündnis ihrer Wahl einzugehen, heißt es schließlich, US-Versprechen hin oder her. Formell stimmt das. Aber wie reagierten wohl die USA, wenn ihre unmittelbare Nachbarschaft, ehemaliges US-Gebiet gar, Militärbündnisse mit Russland und China einginge? 1983 besetzten die USA handstreichartig den kleinen Karibikstaat Grenada, weil dort eine mutmaßlich Kuba-freundliche Regierung an die Macht gekommen war. Proteste der UN und selbst der US-Verbündeten Kanada und Großbritannien störten Washington dabei nicht im Geringsten.

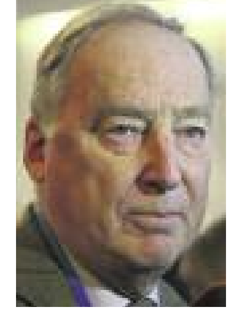


US-Invasion auf der Karibikinsel Grenada 1983: Die damals neu gebildete Regierung war Washington zu Kuba-freundlich, und so marschierte man ein

Bild: action press

Gastbeitrag





EU: Den Zug der Lemminge stoppen

Von Alexander Gauland

Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) ist eine junge Partei, sie ist gerade einmal ein Jahr alt, und wir sind noch nicht im EU-Parlament angekommen. Da geziemt sich eine gewisse Bescheidenheit. Wir wissen sehr wohl, dass wir mit möglicherweise fünf, acht oder zehn Abgeordneten die Weltgeschichte nicht verändern können. Aber wir können zusammen mit anderen dafür sorgen, dass sich das Brüsseler Europa nicht weiter zu einem föderalen Staat entwickelt, einem Staat, den niemand wollte, als Konrad Adenauer und Charles de Gaulle das Europa der Vaterländer ausriefen.

Europa geht in eine Richtung, die unumkehrbar scheint und die den Menschen keine Wahl lassen soll. Der frühere Euro-Gruppenchef Jean-Claude Juncker hat das ebenso klar wie zynisch ausgedrückt: „Wir beschließen etwas“, so erklärte er vor einigen Jahren, „stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“

Unsere Schweizer Freunde haben die Methode offensichtlich sehr schnell durchschaut und in der Volksabstimmung zur Einwanderungspolitik entsprechend reagiert. Es wird also darauf ankommen, in Brüssel mit jenen Kräften zusammenzuarbeiten, die sich nicht zynisch über den Volkswillen hinwegsetzen, sondern für Volksabstimmungen in allen grundsätzlichen Angelegenheiten wie neue Beitritte eintreten und unsere Euro-kritische Positionen teilen.

Europa ist endlich. Es hat geografische, kulturelle und historische Grenzen, die von der EU nicht missachtet werden dürfen. Aus diesen Gründen lehnen wir die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union ab und treten für eine Beendigung der Aufnahmeverhandlungen ein. Es ist eine Heuchelei, immer neue Kapitel zu öffnen und dabei zu wissen, dass der Weg ins Nirgendwo führt. Aber auch die europäische Erweiterungspolitik gehört auf den Prüfstand. Entgegen allen Beschwörungen hat die Aufnahme von Bulgarien und Rumänien nicht zu Fortschritten bei der Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit in diesen Ländern geführt. Im Gegenteil: Mit dem Geld der EU wurden alte Seilschaften an der Macht gehalten, die den Reformprozess blockieren und die Probleme nicht-integrierter Roma-Familien nach Frankreich und Deutschland exportieren. Wir haben wieder einmal naive Gutgläubigkeit an die Stelle pragmatischer Realpolitik gesetzt.

> Europa ist endlich: Es hat geografische, kulturelle und historische Grenzen

Schwieriger noch, als aktuelle Entscheidungen zu beeinflussen, ist der Umbau der EU im Ganzen. Dazu gehört eine Stärkung des Einflusses Deutschlands aufgrund seiner Bevölkerungszahl, der Wirtschaftskraft und der finanziellen Beiträge zum Erhalt der EU. Das gilt nicht nur für Kommission und Parlament, sondern ebenso für den Europäischen Gerichtshof, der sich längst von einem echten Gericht zu einer bürokratischen Institution zur Durchsetzung des Vorranges der EU vor den Nationalstaaten entwickelt hat. Und mithilfe dieser Institution greift die EU immer stärker nach Kompetenzen, die in keinem Vertrag stehen und die mit der Umsetzung des Binnenmarktes nichts zu tun haben. Der bewährte Grundsatz der Subsidiarität wurde über Bord geworfen zu Gunsten des Prinzips: je mehr Europa desto besser. Und so findet von den neuen Glühlampen über die Sepa-IBAN-Zahlenungetüme bis zu dem immer wieder versuchten Eingriff in das nationale Strafrecht eine schleichende Kompetenzerweiterung statt, die am Ende den europäischen Superstaat auch ohne neue Verfassung und die entsprechende Volksabstimmung hervorbringt.

> Wir von der AfD sind gegen einen europäischen Superstaat

Wir sind deshalb sowohl gegen eine europäische Wirtschaftsregierung wie gegen den Versuch, über die Einbeziehung deutscher Soldaten in afrikanische Abenteuer eine gemeinsame Verteidigungspolitik außerhalb der Nato zur entwickeln. Denn beides sind Versuche, die EU über das in den Maastrichter Verträgen festgelegte ursprüngliche Ziel eines geregelten Marktes hinaus zu einem Staat zu erheben. Diesem Ziel dienen auch andere gesellschaftsverändernde Projekte, die in keinem der ursprünglichen Verträge auftauchen. Denn was hat – um nur ein Beispiel zu nennen – die Gender-Politik der EU mit uneingeschränktem Wettbewerb zu tun?

Es wird die Aufgabe der AfD im Verbund mit anderen Euro-kritischen Parteien sein, diesen Zug der Lemminge zu stoppen und die Europäische Union den Menschen zurückzugeben. Es kann nicht sein, dass die Eliten darüber befinden, was gut für die Bürger ist; diese sollten selbst ein schlankeres Europa bauen. Da es weder eine europäische Identität noch ein europäisches Staatsvolk oder eine europäische Nation gibt, ist die Idee der Vereinigten Staaten von Europa wirklichkeitsfremd. Sie widerspricht Kultur und Tradition von 2000 Jahren europäischer Entwicklung. Europa ist uns zu wichtig, um es den nicht gewählten Bürokraten in Brüssel zu überlassen. Wenn es als Union souveräner Staaten überleben soll, kann es deshalb nur mit den Menschen und nicht gegen sie geschehen.

Der Autor ist Publizist, Vorstandsmitglied der AfD und Spitzenkandidat der Partei für die Landtagswahl in Brandenburg.

Zu Asche gemacht

Kunsträuber haben oft leichtes Spiel, sie fliegen selten auf – Um Spuren zu verwischen, landet ein Meisterwerk auch mal im Ofen

Einfach hereinspazieren, die Bilder von der Wand hängen und damit unerkannt verschwinden funktioniert natürlich nicht. Die millionenteuren Kunstwerke sind in den Museen vor Diebstahl streng gesichert. Trotzdem gelingen den Kunsträubern immer wieder spektakuläre Coups.

Die Geschichte lässt jedem das Herz bluten: Im Oktober 2012 hatten Bilderdiebe aus der Rotterdamer Kunsthalle Werke von Picasso, Gaugin, Monet und Matisse geraubt. Was diesen Kunstraub so abstoßend macht, ist weder der Umstand, dass das Museum kaum richtig gesichert war, noch die Raff- und Geldgier der beiden rumänischen Täter, denen es letztlich egal ist, ob sie Gemälde oder Kupferrohre klauen. Die Widerwärtigkeit lag darin, dass die Mutter eines Täters die sieben Beutestücke, alles unwiederbringliche Kulturschätze von immensem Wert, im Badeofen ihrer rumänischen Behausung verbrannt hat, um ihren Sohn zu schützen. Als sie merkte, dass ihr dafür ebenfalls eine hohe Strafe blühte, stritt sie es wiederum ab.

Auch die Mutter des krankhaften Dauerdiebs Stéphane Breitwieser zerstörte zwischen 1995 und 2001 immense Kunstwerte und versenkte die Reste hernach im Rhein-Rhône-Kanal sowie in einem See bei Sélestat, wo sie erst wieder mühsam herausgefischt werden mussten. Es ist sehr verwunderlich, wenn die Täter in ihren Prozessen behaupten, sie seien eigentlich durch die Liebe zur Kunst zu ihren Taten angetrieben worden. Kunstliebhaber lassen die Dinge nicht nur an ihrem Platz, sondern achten auch konservatorische Mindeststandards. Ein Zerschneiden wäre ihnen nicht möglich.

Einerseits sind viele Museen und Sammlungen nicht gut genug gegen Diebstahl geschützt, wie etliche spektakuläre Fälle belegen, andererseits tun sie hinterher alles, um die kostbaren Stücke wiederzuerlangen – inklusive Rückkauf direkt von den Tätern. Das hat den Kunstraub zu einem relativ leicht durchführbaren und überaus einträglichen Geschäft gemacht, bei dem die Verhältnisse schon deshalb asymmetrisch sind, weil dem Verbrecher das Schicksal seiner Beute herzlich egal ist, während die Kuratoren schon Höllenqualen durchstehen, wenn nur die Luftfeuchtigkeit nicht stimmt. Ganz besonders übel ist es deshalb auch immer, Gemälde vor dem Entwenden aus ihren Rahmen zu schneiden. Selbst wenn sie zurückkehren, sind sie dadurch schwer beschädigt.

Zu den größten Coups auf dem Gebiet des Kunstraubs gehört natürlich der Fall Mona Lisa. Allerdings erlangte dieses Gemälde erst durch diesen Diebstahl seine Berühmtheit, zuvor war es eines von zahllosen Porträts, die nur in Fachkreisen bekannt waren. Der Dekorationsmaler Vincenzo Peruggia nahm es 1911 aus seinem Rahmen heraus, versteckte es zwei Jahre lang und brachte es einem Antiquitätenhändler.

Ebenso leichtes Spiel hatten die Täter, die im Mai 2010 das Museum für Moderne Kunst in Paris besuchten. Sie stiegen durch ein schlecht gesichertes Fenster an der Gebäuderückseite ein und stahlen fünf Bilder. Die Wachleute bemerkten nichts, die Alarmanlage war defekt, und die Bilder waren nicht einmal versichert.



Unter Polizeischutz: Drei aus einem Mailänder Museum gestohlene Bilder, die in Paris unversehrt aufgefunden wurden Bild: action press

Wenn aus Wachleuten Schlafleute werden

Etwas schwieriger hatten es die Räuber, die sich 1994 in die Frankfurter Kunsthalle Schirn einschließen ließen und dort zunächst einen Wachmann überwältigten. Sie nahmen ein für eine Sonderausstellung ausgeliehenes Bild von Caspar David Friedrich aus der Hamburger Kunsthalle und zwei von William Turner aus der Tate Gallery mit. Die Eigentümer kauften ihre Bilder zurück und bekamen über die Versicherung mehr Geld zurück, als für den Rückkauf nötig war. Die Täter setzten sich nach Übersee ab, wo sie sich mit dem Erlös ein schönes Leben machen.

Wachpersonal mit sprichwörtlicher Wiener Gemütlichkeit hat es zu verantworten, dass 2003 aus dem Kunsthistorischen Museum der Walzerstadt ein prunkvolles Salzgefäß, eine sogenannte Saliera, gestohlen werden konnte. Denn die Sicherheitseinrichtung funktionierte, die Anlage schlug zuverlässig Alarm. Nur ging niemand der Sache nach. Die Wachleute schalteten den Alarm aus und legten sich wieder schlafen. Erst am folgenden Morgen bemerkte jemand den Diebstahl des 460 Jahre alten Kunstwerks. Als es später wieder zurückkam, waren Teile davon verbogen.

In einem anderen großen Kunstraub ging es um ein wichtiges Tizian-Gemälde aus dem Besitz des Marquis von Bath. In diesem Fall nahm sich ein Experte von Scotland Yard der Sache an. Sieben Jahre sollte es dauern, bis das Gemälde wieder auftauchen sollte: 2002 fand es sich in London in einem Plastikbeutel. Auch in diesem Fall war den Tätern der Schutz der überaus wertvollen Substanz des Kunstwerks völlig egal. Und ein richtig dickes Ding erlebten die Mitarbeiter der Kunstsammlung Bührle in Zürich 2008: Zur normalen Öffnungszeit stürmten vier Maskenmänner schwerbewaffnet in das Haus und rissen sich vier Top-Gemälde unter den Nagel: Cézanne, Monet, Degas und van Gogh.

Da ist es für Delinquenten einfacher, wenn man direkt an der Quelle sitzt. So war es vor zehn Jahren im Auktionshaus Drouot in Paris: Dessen Mitarbeiter ließen ab und zu ein schönes Stück verschwinden. Auch das Bild „Die Welle“ von Gustave Courbet, Schätzwert 900 000 Euro, verschwand auf diese Weise. 2009 flog die Sache bei einer Razzia auf, bei den Mitarbeitern fanden sich einige Gemälde. Angeblich ist es unter den Mitarbeitern mancher Auktionshäuser üblich, sich an den Einlieferungen gütlich zu tun.

Zu den spektakulärsten Kunstraubfällen gehört auch „Der Schrei“ des norwegischen Malers Edvard Munch. Es gibt von diesem Bild vier Versionen in unterschiedlichen Techniken, desweiteren existieren auch Lithografien. Von den Originalen wurde eines 1994 gestohlen, ein anderes 2004. Beide kamen wieder zurück, aber gerade das zweite wurde durch die Kriminellen derart schlimm behandelt, dass es nun kaum mehr zu restaurieren ist. In einer Ecke trägt es einen großen Wasserschaden, außerdem gibt es größere Farbabplatzungen sowohl am Bildrand als auch im Bild selbst. Der Täter David Toska hatte die Chuzpe, der Polizei dieses und noch ein weiteres Munch-Bild im Tausch gegen Straferlass anzubieten.

Gelegentlich ist man fasziniert von der Raffinesse oder der Kühnheit, mit denen die Täter vorgehen. Wenn es um unwiederbringliche Werte geht, die sich auch durch viel Geld nicht ersetzen lassen, oder um Menschenleben, die für die Beutesucht der Täter aufs Spiel gesetzt werden, sind auch die letzten Grenzen überschritten. Wir brauchen die Bedeutung von Kunst nicht überbewerten, um zu wissen, dass sie ein wesentlicher Teil unseres kulturellen Erbes ist. Jeder muss sie schützen, und die Museen und Sammlungen sollten für diesen Schutz nicht an Sicherheitsmaßnahmen sparen. *Alexander Glück*

CD-Tipp

Ein Quartett für Preußens König

Der Komponist Joseph Haydn schuf 1787 einen Zyklus von sechs Streichquartetten, die er Preußens König Friedrich Wilhelm II. gewidmet hat. Ob Haydn mit der nachträglich auf die Notenblätter eingefügten Widmung das musikalische Talent des königlichen Amateur-Cellisten würdigte, ist unklar. Jedenfalls werden die Quartette Opus 50 seitdem auch „Preußische Quartette“ genannt. Sie zeichnen sich – ganz „preußisch“ – durch musikalische Knappheit, Klarheit und Logik aus und gehören mit zu den großen klassischen Werken des insgesamt 83 Werke umfassenden Streichquartett-Oeuvres Haydns.

Aus diesem gewaltigen kammermusikalischen Werk hat das vor zehn Jahren gegründete Modigliani-Quartett jetzt drei Haydn-Schöpfungen auf einer CD (Mirare, MIR 231) neu eingespielt, darunter auch das „Preußische Quartett“ Nr. 1. Die Interpretation zeichnet eine solche geistige Frische aus, die zeigt, dass Haydn in punkto Stil und Motivtechnik seiner Zeit weit voraus war. Das gilt auch für das „Erdödy-Quartett“ op. 76 Nr. 1 und das „Lobkowitz-Quartett“ op. 77 Nr. 1, welche die Aufnahme vervollständigen. *tws*

100 Jahre und kein bisschen weise

Bestseller-Verfilmung von »Der Hundertjährige, der aus dem Fenster stieg und verschwand«

Nicht erst seit Astrid Lindgrens „Pippi Langstrumpf“ wird schwedische Kultur auch hierzulande massenhaft konsumiert. Statt Kinderbücher sind es nun fesselnde Schwedenkrimis, die den deutschen Buchmarkt überfluten und deren Verfilmungen im Fernsehen bis zum Umfallen wiederholt werden. Mit dem Autorenpaar Sjöwall und Wahlöö fing es schon Mitte der 1960er Jahre an. Jetzt lassen Henning Mankell, Liza Marklund, Håkan Nesser oder Stieg Larsson ganze Blutbäder anrichten.

Schaut man in den Buchhandlungen auf die Bestseller-Listen, steht aktuell wieder ein schwedischer Autor ganz weit oben. Jonas Jonassons Roman mit dem merkwürdigen Titel „Die Analphabetin, die rechnen konnte“ hält sich seit November letzten Jahres auf den ersten Plätzen. Das Buch trat die Nachfolge von Jonassons Welterfolg „Der Hundertjährige, der aus dem Fenster stieg und verschwand“ an, der sich allein in Deutschland über zwei Millionen Mal verkauft hat und der sich von Januar 2012 bis April 2013 ununterbrochen auf Platz 1 der Bestsellerlisten hielt.

Da nimmt es nicht Wunder, dass das Buch verfilmt wird, solange der Trubel um darum anhält und man damit zusätzlich Kasse machen kann. Am Donnerstag startet nun eine schwedische Verfilmung des Buches, die aber durchaus kein uninspirierter Schnellschuss ist, wie man hätte befürchten können. Erste Überraschung: Es ist kein düsterer Schwedenkrimi, der die Leinwand in nordische Melancholie färbt. Klar, es gibt ein paar Leichen, und ein phlegmatischer Kommissar geht ein paar seltsamen Fällen nach, die in der schwedischen Provinz passieren.

Aber der Film zeigt Schweden von seiner heiteren, sommerlichen Seite, bei der auch ein Zirkuselefant sein Wohlgefallen findet. Gemeinsam mit dem Dickhäuter, einigen zufälligen Weggefährten und einem Koffer voller Geld, der dem unternehmungslustigen 100-jährigen Allan Karlsson nach seiner Flucht durch ein Fenster aus einem Altersheim unterwegs in die Hände fällt, geht es quer durch die Lande. Immer verfolgt vom Pflegepersonal des Altersheims, der Polizei und einer Diebesbande, die den Geldkoffer zurückhaben will, entwickelt sich ein Slapstick-geladener Roadmovie, der an Charlie Chaplins beste Filme als glückssuchender Tramp erinnert.



Hammerstark: Der 100-Jährige Karlsson nimmt Maß Bild: Concorde

Zweite Überraschung: Hollywood wird mutig persifliert. Der Film nimmt sich wie das europäische Pendant zur US-Produktion „Forrest Gump“ von 1994 aus, bei der der nicht gerade geistig helle Titelheld die Weltgeschichte dadurch beeinflusst, indem er John F. Kennedy in Vietnam oder Richard Nixon in die Watergate-Affäre verwickelt. In Rückblenden wird ein ähnlich bewegtes Leben des 100-jährigen Karlsson erzählt. Er rettet General Franco das Leben und bewirkt so die Fortsetzung des spanischen Bürgerkriegs, er gibt Truman den entscheidenden Tipp zum Bau der Atombombe, trifft sich mit Stalin zum Wodka und gibt Reagan wie Gorbatschow die maßgeblichen Stichwörter, die zum Fall der Berliner Mauer führen werden.

Dieser 100-Jährige ist wie ein naives Kind: Er nimmt das schicksalhafte 20. Jahrhunderts mit einem gelassenen Schulterzucken hin. In der Ruhe liegt die Kraft, und diese Nonchalance macht den Film zu einem solchen cineastischen Spaß, dass viele Kinogänger wohl nachträglich zur Buchvorlage greifen dürften, was die Auflage zusätzlich in die Höhe treiben wird. *Harald Tews*

MELDUNG

Finnischer Dichter-Frühling

Leipzig – Bei der Frankfurter Buchmesse im Oktober wird Finnland der diesjährige Ehrengast sein. Quasi als Appetithäppchen präsentiert sich die Literatur Finnlands schon jetzt vorab beim Lesefestival „Leipzig liest“. Im Rahmen der Leipziger Buchmesse werden noch bis zum 16. März finnische Autoren in der ganzen Stadt verteilt aus ihren Werken lesen. Vielversprechende Vertreter der jüngeren Autoren-Generation wie beispielsweise Aki Ollikainen („Das Hungerjahr“), Tuomas Kyrö („Der Bettler und der Hase“) oder Hanna Hauru werden das finnische Programm in Leipzig gestalten. Eingeladen sind unter anderem bekannte Autoren wie Timo Parvela („Ella und der Millionendieb“), Juhani Seppovaara („Mit dem Moped durch Finnland“) und Niina Lehtonen Braun („Mother Said“). Buchvorstellungen, Lesungen und Diskussionen über Finnland stehen auf dem Messegelände gleich auf zwei großen Bühnen auf dem Plan: auf der Bühne der Frankfurter Buchmesse (Halle 4, B501) und traditionell am Messestand Nordisches Forum (Halle 4, C403). Weitere Infos zum finnischen Programm in Leipzig unter www.leipzig-liest.de. *tws*

Das vergiftete Erbe der Roten Armee

Vor 20 Jahren endete der Rückzug der sowjetischen Truppen aus Mitteldeutschland

Der Abzug der Sowjetarmee aus Mitteldeutschland ist im September 2014 seit 20 Jahren Geschichte. Mit 546 000 Armeeangehörigen und drei Millionen Tonnen Material wurde der knapp vier Jahre dauernde Rückzug zur größten Truppenverschiebung in Friedenszeiten.

Spätestens, als im Februar 1990 die Sowjetunion als letzte der vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs den Weg zu Gesprächen über die deutsche Wiedervereinigung frei machte, wurde klar, dass der Abzug der Roten Armee aus der DDR nur eine Frage der Zeit und vor allem des Geldes sein würde. Mit sechs Armeen, vorwiegend Elitetruppen, stellte die ab Juni 1989 unter der Bezeichnung „Westgruppe der Truppen“ (WGT) firmierende sowjetische Streitmacht das größte Truppenkontingent außerhalb der Sowjetunion. Für ihre Soldaten kam eine Stationierung in der DDR wegen der guten Versorgungslage über Jahrzehnte einem Privileg gleich.

Ausstellung zu dem Thema in Wismar und Peenemünde

Als am 11. Oktober 1990 die Tinte unter dem Vertrag über den Abzug der Roten Armee trocknete, blickten die meisten Soldaten der WGT in eine ungewisse Zukunft. Ihre Väter und Großväter hatten sich von den Ufern der Wolga, den Festungen Leningrads und den Gräben vor Moskau bis nach Berlin gekämpft. Schätzungsweise über 27 Millionen Sowjetbürger haben ihr Leben im „Großen Vaterländischen Krieg“ gelassen.

Anders als für die mit gemischten Gefühlen abrückenden Rotarmisten war für viele Bürger der neuen Bundesländer der Abzug nach fast 50 Jahren eine Erleichterung. Truppenbewegungen, Tiefflüge, Panzergefechte und Bombenabwürfe der WGT unterlagen bis zum Ende der DDR keinerlei Beschränkungen. Kontakte zwischen russischen Armeeangehörigen, ihren Familien und den Deutschen beschränkten sich auf ein Mindestmaß. „Freundschaftsbesuche“ von Schulen und Parteikadern wurden vor allem aus ideologischen Motiven vollzogen. Dieser planmäßige kulturelle Austausch konnte zu keiner Zeit darüber hinwegtäuschen, dass Russen und Deutsche sich fremd blieben. Sich anbahnende binationale Freundschaften wurden aus Angst vor Spionage oftmals im Keim erstickt, verdächtige Soldaten und ihre Familien im Verdachtsfall schnell versetzt.

So war der Abschied der Sowjetarmee aus Mitteldeutschland weniger eine menschliche als eine logistische Herausforderung. Die Bundesrepublik zahlte für diesen Abschied an die Sowjetunion rund 15 Milliarden D-Mark. Unbeirrt durch die sich rasch verändernden politischen Vorzeichen und den erfolglosen Putsch gegen die Reformregierung Michael Gorbatschows wurde der Abzug der WGT am 14. August 1994 früher als vereinbart zu Ende geführt. Der Abschied für die Truppen Moskaus fand auf deutschen Wunsch separat im Berliner Treptower Park sozusagen unter den Augen der Westalliierten statt, die am 8. September 1994 Mitteldeutschland erhobenen Hauptes und mit klingendem Spiel verließen.

Für die Russen gab es solche Gesten nicht. Ihre Truppen in Deutschland hatten den Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953 blutig niedergewalzt. Sowjetische Truppen sicherten später zusammen mit der Nationalen Volksarmee der DDR den Mauerbau am 13. August 1961 militärisch ab und ertränkten 1968 den „Prager Frühling“ im Blut.

Viele der heimkehrenden Armeeangehörigen erwartete ein hartes Leben in der unvorbereiteten Heimat mit Unterkünften in Zelten und Massenquartieren. Die in Zeiten sozialistischer Mangelwirtschaft entstandene Tausch- und Schattenwirtschaft erreichte in den Jahren des Abzugs der WGT einen Höhepunkt. Waffen und andere militärische Ausrüstungen wechselten nicht selten an den Kasernenmauern gegen harte D-Mark den Besitzer. Die Soldaten der WGT hatten beim Abzug in vielen Kasernen sogar Fenster, Heizkörper und Bodenplatten mitgenommen. Panzerwracks und andere Militärfahrzeuge nebst Munition waren in Ölseen versenkt oder einfach zurückgelassen worden. Andernorts, etwa im Hauptquartier Wünsdorf oder der Lazarettstadt Beelitz-Heilstätten, hätte man nach dem Abzug der Sowjettruppen vermuten können, sie kämen zurück. Krankenhäuser, Schlafsäle, Werkstätten und Truppenküchen waren teilweise noch eingerichtet. Die Nato zielte Anfang der 90er Jahre auf einen möglichst schnellen Abzug der WGT aus Mitteldeutschland ab. Das erschwerte eine ökonomisch und ökologisch sinnvoll abgestimmte Konversion, in der die ehemaligen Nutzer hätten in Verantwortung genommen werden können. Hinzu kam, dass die deutsche und die sowjetische Seite ein vollkommen unterschiedliches Konversionsverständnis hatten, denn die materielle Konversion setzt stets die mentale Konversion, die Überwindung des Freund-Feind-Denkens voraus. So beschränkten sich die sowjetischen Konversionsbemühungen oftmals auf Leugnen, taktisches Verhandeln und Verschwindenlassen des belastenden Materials durch Pioniere.

Ein Beispiel für viele: Hinterlassenschaft der Roten Armee in Neustrelitz Bild: Gehrke

Der WGT-Oberkommandierende Generaloberst Matwej Burlakow stellte der deutschen Seite für die von der WGT errichteten Zweckbauten und für „unbewegliche Güter“ 10,5 Milliarden D-Mark in Rechnung. Diese Forderung wurde später mit den Umweltschäden, welche die WGT hinterlassen hatte, verrechnet. Die WGT-Liegenschaften umfassten eine Fläche fast so groß wie das Saarland. Vor allem in Brandenburg, wo sich das Gros der Truppen konzentrierte, kommt es in heißen Sommern bei Jüterbog bis heute immer wieder zu Waldbränden durch sich selbst entzündende, vergrabene Munition der Roten Armee.

Ein Glücksfall wurden die alten Anlagen nur selten, etwa wenn die Filmscouts von Studio Babelsberg Hollywood-Kriegsfilme in den Kasernenstädten von Krampnitz und Jüterbog drehen. Baufällig und überdimensioniert, vielfach mit Munition sowie durch sorglosen Umgang mit Kampfstoffen und Treibstoff kontaminiert, eignen sich die von der der Roten Armee übernommenen Wehrmachtsliegenschaften oftmals bis heute nicht, um Investoren anzulocken. Durch die strikte Geheimhaltung der sowjetischen Militärs fehlen zudem oft Lagepläne, an Wohnraum herrscht in den wirtschaftlich gebeutelten und entlegenen Gegenden der neuen Bundesländer wenig Bedarf. Für Deutschland sind die Hinterlassenschaften der sowjetischen Streitkräfte oftmals eine unbezwingbare finanzielle, ökologische und technische Herausforderung geblieben und jedoch vor allem eines: das vergiftete Erbe der Roten Armee. *Thilo Gehrke*

Der Verfasser ist Autor des Werkes „Das Erbe der Sowjetarmee in Deutschland. Eine Bild- und Textdokumentation“, Verlag Dr. Köster, Berlin 2008. Eine Ausstellung zum Buch ist ab dem 27. März im Technischen Landesmuseum Mecklenburg-Vorpommern in Wismar und danach ab Juli im Historisch-Technischen Museum Peenemünde zu sehen.

Mehr als nur der Vater des »Märchenkönigs«

Unter keinem anderen bayerischen Monarchen war der Rang von Kunst und Wissenschaft so hoch angesetzt wie unter Maximilian II.

Bayerns berühmteste Könige, ja Herrscher überhaupt, sind sicherlich die beiden ersten Ludwigs. Da ist zum einen der „Märchenkönig“ Ludwig II., dessen Märchenschlösser Legende sind und dessen früher Tod im Starnberger See bis heute geheimnisumwittert ist. Und dann ist da dessen Großvater Ludwig I., der glühende deutsche Patriot und große Bauherr, dem die Deutschen Nationaldenkmale wie die Walhalla oder die Befreiungshalle verdanken, der aber auch mit der Affäre Lola Montez durch die Gazetten gegangen ist. Die 16 Jahre zwischen dem Jahr der 48er Revolution, in dem die Regierungszeit des Großvaters endete, und dem Jahr des Deutsch-Dänischen Krieges, in dem jene des Enkels begann, bilden die Ära des vergleichsweise unspektakulären Sohnes beziehungsweise Vaters, Maximilian II.


Vor 150 Jahren gestorben: Maximilian II. von Bayern Bild: Archiv

Wie sein Vater und sein Sohn war auch der am 28. November 1811 in München geborene Maximilian an Baukunst interessiert. Er versuchte sogar, einen eigenen Baustil zu kreieren. Die Grundidee dieses sogenannten Maximilianstils war die Kombination der Gotik im Allgemeinen und des Tudorstils im Besonderen mit dem Besten der anderen Baustile. Anders als bei den beiden Ludwigs besaß für Maximilian unter den Künsten die Architektur jedoch nicht die Priorität. So förderte er beispielsweise großzügig die schöne Literatur mit der Aussetzung von Pensionen für Dichter.

Im Gegensatz zu Vorgänger und Nachfolger galt jedoch noch mehr als den Künsten, den Wissenschaften Maximilians Wertschätzung und Zuwendung. Aus ganz Deutschland wurden Größen ihrer Fächer als Professoren an die Ludwig-Maximilians-Universität seiner Hauptstadt berufen. Daneben wurde als weitere wissenschaftliche Einrichtung die Technische Hochschule München gegründet. Für die Hochbegabtenförderung gründete Maximilian mit Mitteln aus seinem Privatvermögen das Maximilianeum, für das er das repräsentative Gebäude errichten ließ, in dem heute der Landtag sitzt. Und für die Ehrung der Geistesgrößen stiftete er den Maximiliansorden für Wissenschaft und Kunst, der nach einer jahrzehntelangen Unterbrechung mittlerweile wieder besteht. Ab 1854 versammelte er jede Woche die Künstler und Wissenschaftler in München zu sogenannten Symposien um sich. Maximilian galt geradezu als wissenschaftsgläubig, versuchte, auch seine politischen Entscheidungen auf wissenschaftlichen Gutachten zu begründen, was das Tempo seiner Reaktionen auf Herausforderungen allerdings nicht unbedingt erhöhte. Der Historiker Andreas Kraus geht so weit zu sagen, dass niemals der Rang von Kunst und Wissenschaft in Bayern so hoch angesetzt war wie unter Maximilian.

Insbesondere der Geschichtswissenschaft galt sein Interesse. Als Prinz hatte er unter anderem an der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin neben Staatsrecht eben auch Geschichte studiert. Heinrich von Sybel, der das Historische Seminar gründete und die „Historische Zeitschrift“ ins Leben rief, holte er ebenso in seine Residenzstadt wie Wilhelm von Giesebrecht. Die beiden Historiker, die wie der Bayernkönig Schüler Leopols von Ranke waren, begründeten in München die historisch-kritische Schule. Auch die Konstituierung der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften fällt in Maximilians Regierungszeit.

So modern der Bayernkönig in seiner Wertschätzung und Förderung der Wissenschaften war, so rückständig – zumindest im Vergleich zu seinem Vater – war er in seinem Verhältnis zur deutschen Nationalbewegung. Ludwigs I. Größe bestand ja nicht zuletzt darin, dass er für ein einiges Deutschland eintrat, ohne die Hoffnung haben zu können, dass es bayrisch dominiert werden könnte. Maximilian hingegen verfolgte eher bayerische Sonderinteressen.

Hierfür instrumentalisierte er auch seine Kulturpolitik. So förderte er das bayerische Brauchtum samt Musik, Sitten und Trachten in der Hoffnung, so eine bayerische Identität und einen entsprechenden Patriotismus zu befördern. Auch die Gründung des Bayerischen Nationalmuseums ist vor diesem Hintergrund zu sehen. Heute würde man von „nation building“ sprechen.

Maximilian verfolgte stärker als sein Vater, Ludwig I., bayerische Partikularinteressen

In der Außenpolitik spiegelte sich die Fokussierung auf bayerische Partikularinteressen in der sogenannten Triaspolitik. Dahinter steht die Idee, den Dualismus beziehungsweise das Kondominium der beiden deutschen Großmächte im Deutschen Bund durch Bayern als gleichberechtigte dritte Kraft zu ergänzen. Da Bayern aber nun einmal im Gegensatz zu Österreich und Preußen keine Großmacht war, versuchte es in Maximilians Ära, die anderen deutschen Mittel- und Kleinstaaten des Deutschen Bundes hinter sich zu scharen, um dann als Vertreter des sogenannten dritten oder reinen Deutschland mit den beiden Großmächten gleichzuziehen sowie auf Augenhöhe verhandeln und mitentscheiden zu können.

Für dieses Politikmodell war der Verlauf des Deutsch-Dänischen Krieges von 1864 ein signifikanter Rückschritt, entwickelte sich der Kampf gegen Dänemark um Schleswig-Holstein doch schon bald zu einer primär preußisch-österreichischen Angelegenheit unter Ausschluss aller anderen deutschen Staaten. Der Beginn des Deutsch-Dänischen Krieges gehörte zu den letzten großen historischen Ereignissen, deren Zeitzeuge Maximilian wurde. Dessen Beendigung im selben Jahr erlebte er schon nicht mehr. König Maximilian II. von Bayern starb am 10. März 1864 in München.

Spätestens sieben Jahre später war die Triasidee obsolet. Die Könige von Bayern verloren durch die Gründung des Deutschen Reiches die Souveränität, ein Umstand, über den Maximilians Sohn und Nachfolger, der sich in der Tradition des Sonnenkönigs Ludwig XIV. sah, nie hinwegkam. *Manuel Ruoff*

Ein Notizbuch kostete ihn drei Jahre Haft

Vor 100 Jahren diente sich der Preuße Kasimir Sliwinski dem Zarenreich als Spion an

Vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurden vom russischen und deutschen militärischen Geheimdienst gleich dutzendweise „kleine“ Spione, die an der Grenze der beiden Kaiserreiche spionierten, verschlissen. Dabei ging Masse oft genug vor Klasse und die Spione arbeiteten so gut wie nie aus ideellen Motiven, sondern nur des Geldes wegen. Einer von ihnen war Kasimir Sliwinski.

Vor 100 Jahren diente sich der damals 25-jährige Preuße dem Zarenreich als Spion an. Er entstammte dem verschlafenenen 2500-Einwohner-Städtchen Kurnik in der Provinz Posen und war polnischer Nationalität. Seinen zweijährigen Wehrdienst leistete er von 1909 bis 1911 im preußischen Fußartillerie-Regiment Nr. 5 in Posen ab. Anschließend begab er sich in den polnischen Teil des Zarenreiches, da er dort in seinem Beruf als Mechaniker eine gut bezahlte Tätigkeit zu finden hoffte. Jedoch wurde er schnell aus dem Zarenreich ausgewiesen, weil er einerseits keine Arbeit fand und andererseits sich bei der russischen Geheimpolizei Ochrana durch sein ständiges Herumlungern in Warschau verdächtig machte. Nach seiner Rückkehr aus dem Zarenreich im Februar 1912 nahm Sliwinski eine Stelle als Mechaniker in der Posener Kreisstadt Wongrowitz an.

Wie Sliwinski wurden Dutzende an der Grenze verschlissen

Merkwürdigerweise wandte er sich anschließend schriftlich an den Großen Generalstab in Berlin mit der Bitte, „ihn im Spionagedienst gegen Russland zu verwenden“. Daraufhin setzte sich der Posener Nachrichtenoffizier der Sektion III b, Hauptmann Wentzel, mit Sliwinski in Verbindung. Von Wentzel erhielt Sliwinski einen falschen deutschen Pass und 300 Mark. Er sollte in Warschau verschiedene Nachrichten über die russischen Truppen einholen und insbesondere die Frage beantworten, ob im Sommer/Herbst 1912 Reservisteneinberufungen vorgesehen waren. Dem von seinen Bekannten als leichtsinnig geschilderten Sliwinski kam aber angeblich schon auf der Hinreise in Thorn sein ganzes Geld abhanden, so dass er stillschweigend nach Wongrowitz zurückkehrte und sich auf die nicht ungefährliche Reise ins Zarenreich verzichtete. Hauptmann Wentzel war daraufhin so enttäuscht, dass er mit Sliwinski nichts mehr zu tun haben wollte. Außerdem ließ er sich von Sliwinski eine schriftliche Verpflichtung ausstellen, die in Thorn angeblich verlorenen 300 Mark wieder zurückzuzahlen, was natürlich nicht geschah.

Da sich Kasimir Sliwinski nicht im deutschen Nachrichtendienst etablieren konnte, wandte er sich nun im ersten Quartal des Jahres 1914 mit einem Einschreibebrief an die russische Botschaft in Berlin und bot sich den Russen für Spionagezwecke an. Zugute kam ihm dabei eine oberflächliche Bekanntschaft mit dem deutschen militärischen Flugwesen. Sliwinski war nämlich im Vorjahr zu einer Reserveübung in die Flugstation Metz einberufen worden. Obwohl er bereits nach zehn Tagen wegen Dienstunfähigkeit entlassen wurde, hatte er immerhin ein Informationsdokument für Reservisten über das militärische Flugwesen an sich gebracht und zusätzlich ein Dokument über ein angeblich von ihm bestandenes Pilotenexamen gefälscht.

Zu Pfingsten 1914 erhielt Sliwinski aus Russland eine Einladung nach Sankt Petersburg und 24 Mark Reisegeld. In Sankt Petersburg angekommen, verständigte er telefonisch über eine ihm mitgeteilte Telefonnummer eine Kontaktperson über sein Eintreffen. Ein unbekannter Russe traf sich daraufhin mit ihm, fragte ihn über seine Militärverhältnisse aus und rügte die Unvorsichtigkeit, sich postalisch unter Angabe seiner richtigen Adresse an die russische Botschaft zu wenden. Zukünftig solle Sliwinski nur noch über eine Deckadresse („Bluhm – Petersburg – Hauptpostlagernd“) an den russischen Nachrichtendienst schreiben und seine Meldungen in Geheimschrift mit einer unsichtbaren Tinte machen. Danach übergab der Russe Sliwinski 75 Rubel Vorschuss. Weitere Zahlungen sollten je nach der Qualität der von ihm eingesandten Berichte erfolgen. Die erhaltenen Spionageaufträge betrafen vor allem die preußische Festung Posen. Dort sollte Sliwinski unter anderem die Anzahl der Geschütze in den neuen Artilleriestellungen erkunden und auch die Kapazitäten der Kühlkammern für Lebensmittel in der Festung. Wenn man die Kühlkapazitäten nämlich genau kannte und auch die tägliche Fleischration eines preußischen Soldaten in Gramm, konnte man unschwer ausrechnen, wie viele tausend Soldaten im Belagerungsfalle auf welche Zeit versorgt werden konnten. Diese und ähnliche Aufträge führte Sliwinski bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges aus.



Tummelfeld der Spione: Deutsch-russische Grenze in der wilhelminischen Ära Bild: Ullstein

Nach dem Kriegsausbruch wurde der Gefreite Sliwinski zur Fliegertruppe in die preußische Feldfliegerabteilung 14 einberufen, aber bereits im August 1914 wegen des Verdachts auf Landesverrat verhaftet und sogleich aus dem Heer entlassen. Ein russischer Nachrichtenoffizier hatte in Stockholm sein Notizbuch verloren, das „rein zufällig“ gleich danach von einem Beamten des deutschen Spionageabwehrdienstes gefunden wurde. In dem Notizbuch fanden sich unter anderem der Name und die Anschrift von Sliwinski. Dieser saß bis Anfang 1917 in Königsberg in Untersuchungshaft. Am 6. April 1917 wurde sein Spionagefall vor dem Landgericht in Gnesen verhandelt. Er erhielt auf Grund der ziemlich schwachen Beweislage mit eineinhalb Jahren Gefängnis im Vergleich zu anderen Spionagefällen ein sehr mildes Urteil. Die bis zum Urteilsspruch verbüßte zweieinhalbjährige Untersuchungshaft wurde allerdings nur mit einem Jahr Gefängnis angerechnet.

Jürgen W. Schmidt

Er folgte Theodor Körner

Der Turner und Lützowsche Jäger Friedrich Friesen

Friedrich Friesen gehört ähnlich wie Theodor Körner, der in seinen Armen starb, zu jener Gruppe junger, patriotischer Idealisten bürgerlicher Herkunft, die während der Befreiungskriege vor 200 Jahren ihr Leben ließen. Der Sohn eines Buchhalters und einer Beamtentochter besuchte in seiner Geburtsstadt Magdeburg die Altstädter Bürgerschule. Nach dem Schulbesuch lernte er an der Bauakademie unter anderem Landvermessung. Von 1806 bis 1811 diente der am 25. September 1784 geborene Preuße seinem berühmten Zeitgenossen und Landsmann Alexander von Humboldt als Zeichner für dessen mexikanischen Atlas.

Letztlich wandte sich Friesen dann allerdings lieber der Philosophie und Pädagogik zu. Bereits in der Schulzeit hatte er sich für Immanuel Kant und dessen Ethik interessiert. Eindruck machten auf ihn auch die 1808 erstmals erschienenen „Reden an die deutsche Nation“. Noch im selben Jahr vermittelte ihm deren Autor Johann Gottlieb Fichte eine Stelle als Lehrkraft an die ihm nahestehende Plamannsche Erziehungsanstalt in Berlin, die außer von Fichtes auch von den Ideen Johann Heinrich Pestalozzis geprägt war. Dort hatte Friesen Vertreter der jungen Nationalbewegung wie Friedrich Ludwig Jahn oder Ernst Wilhelm Bernhard Eiselen zu Kollegen und wurde wie dieser ein wichtiger Exponent der patriotischen Turnbewegung.

Noch im Jahre 1808 gründete er eine Fechtbodengesellschaft, drei Jahre später eine der ersten deutschen Schwimmanstalten. Am Turnbetrieb auf der Hasenheide beteiligte er sich ebenfalls. Diverse Turnübungen gehen auf ihn zurück, darunter auch das Schwingen am Pferd. Sinn und Zweck des Ganzen werden in Sätzen deutlich wie: „Die Erziehung sollte nicht wie bisher Wisser, sondern Menschen bilden. Der volle Menschenbegriff sollte in jedem Einzelnen so zur Wahrheit werden, daß endlich im ganzen Vaterlande eine einzige Mannesseele schlüge, seinen Feinden zu ewigem Trotz und Verderben.“



Friedrich Friesen Bild: Archiv

Vor diesem Hintergrund kann es nicht verwundern, dass Friesen sich auch am Kampf gegen die napoleonische Fremdherrschaft beteiligte. Wieder 1808 diente er Ferdinand Schill und dessen Freikorps als Kundschafter in seiner Geburtsstadt. Auf dem Turnplatz auf der Hasenheide gründete er mit Jahn und anderen Turnern den „Deutschen Bund“, der als Keimzelle der Lützowschen Jäger gilt. Schon frühzeitig drängten Friesen und Jahn den preußischen Reformer und Minister Karl August von Hardenberg zur Aufstellung einer Freischar. Sie erhielten grünes Licht und beteiligten sich maßgeblich an der konspirativen Vorbereitung und der Aufstellung des Lützowschen Freikorps.

In diesem diente Friesen dann auch während der Befreiungskriege. Wie sein vor ihm, am 26. August 1813, gefallener Kamerad Körner diente auch Friesen Lützow in der herausgehobenen Stellung des Adjutanten. Am 15. März 1814 wurden zwei Schwadronen des Freikorps im Raum Rethel, Département Ardennes von überlegenen gegnerischen Kräften überfallen und zersprengt. Friesen, der sein ermüdetes Pferd am Zügel führte, wurde ohne Chance der Gegenwehr von lothringischen Hilfstruppen – von Bauern und einzelnen Nationalgarden ist auch die Rede – gefangengenommen und dann im unweit von Rethel gelegenen Dorf La Lobbe zu Tode gebracht, mal heißt es erschossen, mal erschlagen.

Manuel Ruoff

Zweimal DDR und zurück

Vor 90 Jahren kam der Schauspieler Wolfgang Kieling zur Welt

Wolfgang Kieling entstammte nicht einer Schauspielerfamilie. Sein leiblicher Vater war Handelsvertreter und sein Stiefvater, bei dem er aufwuchs, Schneidermeister. Seine Eltern gehörten allerdings einem Theaterverein an und so kam er mit diesem Metier schon frühzeitig in Kontakt. Bemerkenswerterweise war es seine unverkennbare, auch von vielen Synchronisationen ausländischer Filme her bekannte Stimme, die dem Schauspieler seine ersten Erfolge in der Kindheit bescherte. Die „schönste Knabenstimme Europas“ wurde ihm bescheinigt. Nach einem Gesangsauftritt als Ehrenpimpf bei einer NS-Feierstunde übernahm er im Kinderfunk als Wölfchen in der Sendung „Kunterbut“. Als Knabensopran gehörten Lieder von Wolfgang Amadeus Mozart, Johann Sebastian Bach, Franz Schubert und Max Reger zu seinem Repertoire. Doch auch als Mime war Kieling bereits als Kind auf kleineren Bühnen aktiv, mit zwölf Jahren dann auch als Filmschauspieler. In „Kreuzersonate“ spielte er den Sohn von Lil Dagover und in „Maria, die Magd“ unter der Regie von Veit Harlan. Es folgten noch in der NS-Zeit über ein Dutzend weitere Spielfilme, darunter 1939 „Die Reise nach Tilsit“ nach der gleichnamigen Vorlage des Ostpreußen Hermann Sudermann. Daneben stand er auf der Bühne, zunächst in der Provinz, ab 1941 in Luckenwalde und ein Jahr später dann schließlich in Potsdam.

1942 wurde er eingezogen. Er wurde mehrmals verwundet, erkrankte an Bauchtyphus wie Fleckfieber und geriet in russische Gefangenschaft. Nach der Entlassung war er zunächst auf Westberliner Bühnen zu sehen. 1953 heiratete er jedoch Gisela Uhlen. Letztere fürchtete um das Sorgerecht für die gemeinsame Tochter mit ihrem früheren Mann Hans Bertram und so wich das Ehepaar über die Zwischenstation Schweiz 1954 in die DDR aus. Dort arbeiteten beide für die DEFA.



Wolfgang Kieling Bild: Archiv

1957 endete die Beziehung, aus der 1955 die Schauspielerin Susanne Uhlen hervorgegangen war, und Kieling ging nach Westdeutschland. Der Wechsel in die DDR mitten im Kalten Krieg war zwar auf Kritik gestoßen, doch konnte Kieling seine Karriere fortsetzen. 1965 erhielt er den Bundesfilmpreis für „Polizeirevier Davidswache“ und ein Jahr später die Goldene Kamera für „Geschlossene Gesellschaft“. Internationale Beachtung fand er durch seinen skurrilen Kampf um Leben und Tod mit dem Hauptdarsteller Paul Newman in „Der zerrissene Vorhang“.

Der Hitchcock-Klassiker von 1966 ist eindeutig proamerikanisch. Nichtsdestotrotz ging Kieling vor dem Hintergrund von Vietnamkrieg und Studentenprotesten nun auf Distanz zum Westen. Den Bundesfilmpreis versteigerte er zugunsten des Vietcong und die Goldene Kamera gab er aus Protest gegen den Axel-Springer-Verlag zurück. 1968 wechselte er abermals in die DDR. Wenn auch das Motiv diesmal ein anderes gewesen sein mag, so endete doch auch dieses Intermezzo nach nur zwei Jahren. „Ich bin selbst zu sehr manipuliert, um noch völlig von vorn anzufangen und mich in eine völlig neue Gemeinschaft einreihen zu können“, lautete seine Begründung.

Die nun folgende letzte Phase von Kielings beruflichem Schaffen ist geprägt durch das zunehmend an Bedeutung gewinnende Medium Fernsehen. Viel Zeit war ihm jedoch nicht mehr vergönnt. Keine 62 Jahre alt, erlag der gebürtige Berliner in Hamburg einem Krebsleiden.

M.R.

Auf »Papa« Hindenburgs Schoß

Zu: Wird Hindenburg zu Recht getilgt? (Nr. 7)

Endlich mal ein Beitrag, der die Person und die Rolle Paul von Hindenburgs bei der Machtergreifung Hitlers 1933 objektiv beschreibt. Die Rolle des Retters Ostpreußens von 1914 vor einer möglichen russischen Besetzung ist eben nicht nur auf die des Steigbügelhalters Hitlers zu reduzieren, wie manche Historiker und Politiker heute meinen, wissen zu müssen. Deshalb ist der Gastkommentar von Professor Ingo von Münch sehr hilfreich, die Ursachen, die zum Zweiten Weltkrieg führten, besser verstehen zu können. Im heutigen Zeitgeist ist der Name Hindenburgs zu negativ besetzt, deshalb kann es nicht verwundern, dass zunehmend Straßen, Schulen und – wie jüngst – das „Hindenburgufer“ in Kiel in „Kiellinie“ umbenannt werden.

Wünschenswert wäre es allerdings, wenn der aufklärende Beitrag über die Straßenumbenennung auch in der heutigen – meist linken – bürgerlichen Presse erscheinen würde, um die damaligen historischen Geschehnisse besser verstehen zu können. Daran dürfte die mehrheitlich nach der politischen Korrektheit ausgerichtete Presse aber wohl kein so großes Interesse haben.

In unserer Familie wird der Name Hindenburgs in Ehren gehalten, nicht nur deshalb, weil das hindenburgische Gut „Neudeck“ das Nachbargut meines Großvaters Stelter in Klein-Stärkenau [Starzykowo] im Osten war.

Die Familienchronik weiß darüber hinaus zu berichten, dass meine Mutter bei dem in Ost- und Westpreußen sonntäglich üblichen nachbarschaftlichen Kaffeetrinken häufig als Kleinkind auf dem Schoß „Papa“ Hindenburgs saß.

Joachim Moeller, Berlin

Potsdam als gutes Beispiel

Zu: Potsdams Stadtschloss steht wieder (Nr. 5)

Der Bericht über die Wiedererrichtung des Potsdamer Stadtschlosses spannt einen zu kurzen Bogen. Denn die eigentliche Meisterleistung besteht darin, dass man Geschichte als Herausforderung sieht und einem Ort dank starken Bürgersinns nicht nur in architektonischer Hinsicht seine ursprüngliche Mitte zurückgibt.

Dieses Beispiel stellt eine sehr positive Alternative gegenüber anderen Metropolen dar. In der „Freien- und Abrissstadt“ Hamburg bringt man seit jeher den Zeugnissen der Vergangenheit kaum Respekt entgegen und zieht lieber futuristische Glaspaläste bis hin zu neureichen Leuchttürmen wie die Elbphilharmonie in die Höhe. Deswegen können andere Regionen von der Brandenburger Landeshauptstadt viel lernen, wo man jetzt die nächsten Projekte wie die neue Garnisonkirche in Angriff nehmen sollte. Dort wurde ein wissenschaftliches Dokumentationszentrum über die deutsch-preußische Geschichte etabliert, das gerade bei den schwierigen Kapiteln seinesgleichen sucht.

Rasmus Ph. Helt, Hamburg

Alles nichts Neues

Zu: Tief verunsichert (Nr. 8)

Zum Thema Alleinschuld ist zu sagen: Ich besitze ein Gemeinschaftskundebuch von 1962 (67. Auflage, über 600 000 Exemplare, das seit 1951 erschienen war), in dem Folgendes steht: „Der ... Versailler Vertrag erlegte dem Deutschen Reich ... unerfüllbare wirtschaftliche Bedingungen auf. Außerdem mußte Deutschland die Alleinschuld am Kriege anerkennen, obwohl dies der geschichtlichen Wahrheit widerspricht. ... Damit war der Keim für den 2. Weltkrieg gelegt!“

Also, alles nichts Neues. Diese Behauptung wurde nur seit 1968 – wohl bewusst – in den Hintergrund gerückt.

Michael Thum, Koblenz

Zwielichtig

Zu: Wird Hindenburg zu Recht getilgt? (Nr. 7)

Zu Beginn des Ersten Weltkriegs war Paul von Hindenburg schon über 65 Jahre alt und als Generalfeldmarschall bereits pensioniert. Reaktiviert konnte er an der damaligen Ostfront einen entscheidenden militärischen Sieg gegen die russische Armee herbeiführen. Als Chef der Obersten Heeresleitung war Hindenburg – nach dem Scheitern des Schlieffen-Planes – im technisierten Stellungskrieg überfordert.

Seine 1918 eingebrachte ultimative Forderung nach einem Waffenstillstand kam um zwei Jahre zu spät. Mit seiner „Dolchstoß-Legende“ hat er mit Ludendorff persönlich die Politik in der Weimarer Republik extrem belastet. Mag er die Republik als „Ersatzkaiser“ mit Sekundärtugenden korrekt präsidiert haben: Mit dem Ermächtigungsgesetz und der Goutierung der Morde anlässlich des „Röhm-Putsches“ hat er sich diskreditiert.

Günther Pagel, Achim

Hindenburg auf Kiel gelegt: Dürfen Straßen und öffentliche Plätze nicht mehr den Namen des Retters Ostpreußens tragen? In Kiel wird das „Hindenburgufer“ jetzt zur „Kiellinie“. Bild: pa

Ungleiches Recht

Zu: Wem gehört der Welfenschatz? (Nr. 5)

Wenn man es wirklich ehrlich meint mit der Restitution, würde man auch die ehemalige US-Außenministerin Madeleine Albright auffordern, die von ihrer Familie in Prag von einem deutschen Industriellen geraubten millionenteuren Kunstschätze zurückzugeben.

Bis heute leugnet Albright den Raub nicht, weigert sich aber den Geldwert zu erstatten oder die Kunstschätze zu restituieren. Nur weil der Kauf des Welfenschatzes in die Zeit von 1933 bis 1945 fällt, ist er nicht per se „Raubkunst“.

Was soll das? Hat man noch nichts vom Londoner Abkommen gehört (oder gilt das nicht mehr), in dem bis zu einem Zeitpunkt in den 1960er Jahren die Ansprüche angemeldet werden müssen, widrigenfalls sie verfallen und nicht mehr einforderbar sind? Ist Recht nur Recht für die Mehrheit aber nicht für eine Minderheit der Weltbevölkerung?

W. Scholz, München

Nichts riskieren

Zu: Zu Tode gespart (Nr. 6)

Im Grunde hat das sinnlose Festhalten Englands und Frankreichs an ihren Kolonien nur zu gewaltigen ökonomischen Verlusten und tiefer Entindustrialisierung geführt. Deutschland hingegen ist wirtschaftlich das stärkste Land der Welt geworden.

In Zukunft sollte Deutschland sich vor allen um sichere Transportwege hinsichtlich der russischen Bodenschätze kümmern. Der Ausbau Königsbergs als Drehscheibe sollte dabei massiv vorangetrieben werden. Ansonsten sollte sich Deutschland aus allen internationalen Konflikten heraushalten.

Jörn Gebert, Frankfurt am Main

Oma verkauft

Zu: Rentabilität spielt keine Rolle (Nr. 5)

Es geht bei den Erneuerbaren Energien nur ums Geld! Die Grünen sind zum Großteil Miteigentümer oder verdienen an den Monsterwindrädern. Die Bauern verkaufen deswegen lieber ihre eigene Großmutter. Keinen interessiert die Natur oder die eigene Gesundheit.

Dirk Peter Harling, Barterode

Auswahlkriterien bleiben ein Mysterium

Zu: Wird Hindenburg zu Recht getilgt? (Nr. 7)

Bei der Diskussion um die Umbenennung des Hindenburgufers in Kiel irritiert uns bei vielen Befürwortern dieser Initiative die Unfähigkeit, sich in die politische Situation der Jahre 1932/33 hineinversetzen zu können. Viele Fakten werden dabei ausgeblendet. Denn: Hindenburg wurde 1925 und 1932 in direkter Wahl vom deutschen Volk mit einer Mehrheit von über 50 Prozent gewählt. Er war also als Repräsentant der Republik gewollt und galt als stabiler Faktor der zum Teil wirren politischen Szenerie.

1932 rief auch die SPD dazu auf, Hindenburg zu wählen. Warum? In der Zeit von 1920 bis 1932 fanden in nur zwölf Jahren sieben Reichstagwahlen statt, und es scheiterten zwölf Reichskanzler – sozialdemokratische, liberale, nationale und solche des katholischen Zentrums. Die Folge davon war, dass die Wähler nicht mehr die Alternative im politischen System und ihren demokratischen Parteien sahen, sondern in der Alternative zum System, also den Parteien NSDAP und KPD, die ab 1932 eine Mehrheit im Reichstag errangen.

Als bei den Wahlen im November 1932 die NSDAP eine herbe Wahlniederlage mit dem Verlust von 41 Reichstagsmandaten erlitt und bei den Landtagswahlen in Thüringen bis zu 40 Prozent ihrer Wähler verlor, glaubten Analysten und politische Ratgeber des Präsidenten, dass „der Gefreite“ des Ersten Weltkriegs schon allein an der Aktenlage scheitern würde, wenn man ihm nach seiner Ernennung zum Reichskanzler ein Kabinett geben würde, indem alle wichtigen Ressorts – Außen-, Wehr-, Finanz- und Wirtschaftsministerium sowie Vizekanzlerschaft – mit ausgewiesenen Nicht-Nationalsozialisten besetzt würden. Vizekanzler von Papen triumphierte damals: „Wir haben uns den Herrn Hitler engagiert!“

Welch fataler Irrtum mit verheerenden Folgen! Aber niemand sah im Januar 1933 den Reichstagsbrand und das Ermächtigungsgesetz voraus.

Wenn man nun 80 Jahre später dazu übergeht, Straßennamen von Politikern der damaligen Zeit auf ihren demokratischen Vorbildcharakter zu bewerten, sollte man konsequent sein. In Hamburg gibt es einen Ernst-Thälmann-Platz, benannt nach dem KPD-Vorsitzenden, der die SPD als Sozialfaschisten diffamierte und zum Hauptgegner erklärte und der auch einen Streik des öffentlichen Nahverkehrs mit der NSDAP durchführte.

In Ostdeutschland gibt es in fast jeder größeren Stadt Wilhelm-Pieck-Straßen, benannt nach dem Weggefährten Ernst Thälmanns und ersten Präsidenten der DDR. Auch ein anerkannter, demokratischer Politiker wie Bundespräsident Theodor Heuss bekannte später, dass er als Reichstagsabgeordneter der liberalen Deutschen Staatspartei (vorher DDP) im März 1933 für das Ermächtigungsgesetz gestimmt habe.

Vor Kurzem wurde in Kiel eine Straße nach Ernst Busch benannt. Busch begrüßte die Ausbürgerung von Wolf Biermann und schrieb Stalin-Gedichte. Frage: Nach welchen Kriterien werden Straßen benannt und nach welchen Kriterien umbenannt?

Prof. Jürgen Spickhoff, Kiel

Merkels Freunde

Zu: Willkür mit Kalkül (Nr. 1)

Jede Geschichte oder jedes Ereignis hat nicht nur ein auslösendes Moment, sondern eine meist in Jahren gewachsene Ursache.

Im Falle der Straßenumbenennungen vor allem in Berlin liegt diese Ursache in der Deutungshoheit der Grünen und der Neokommunisten. Man kann von Kanzlerin Angela Merkel halten, was man will: Aber ich muss konstatieren, dass diese Deutungshoheit im Verlauf der Merkel-Jahre größer geworden ist.

Ich denke, das hat mit dem Geschichtsbild der Kanzlerin zu tun. Im Grunde genommen findet sie mit der Linken-Politikerin Wagenknecht eher eine Deutungsbasis, als mit dem Historiker Arnulf Baring oder der Parteifreundin Erika Steinbach.

Jürgen Kunz, Buchen

Keinen Erfolg

Zu: In der „Betreuungsfalle“ (Nr. 3)

Es geht erst ein Aufschrei durch die Bevölkerung, wenn es mal einen erledigten „Betreuer“ gibt. Es ist unfassbar, dass nichts geschieht, obwohl viele Fernsehanstalten und Zeitungen über diese Betreuungskriminalität und den Fall Gurlitt berichten. Ich habe jahrelang – leider erfolglos – für die Opfer gekämpft.

Antje Trigo, Buchholz

Glanzlicht in trüber Zeit

Zu: Politisch entsorgt (Nr. 5)

Dass Personen der Parteispitze der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) enttäuscht sind, ist teilweise nachvollziehbar, aber es ist auch ungerecht. Außerdem sind Austritte irrational. Soll jetzt etwa die x-te Splitterpartei gegründet oder sogar die nationale Revolution auf der Straße ausgerufen werden?

Andererseits ist, wer die Demokratie an sich ablehnt, nicht politikfähig und gehört in keine ernst zu nehmende Partei. Es ist gut, dass die AfD überwiegend aus einstigen Mitgliedern und sogar Führungskräften der Bundestagsparteien besteht sowie Personen, die kaum von rechten Splitterparteien stammen. Deren idealistisch überhitzte oder verbitterte Anhänger können nichts anderes, als ihre Gesinnung propagieren und andere an dieser messen.

Wer meint, er könne dies alles durch forsche Auftritte ohne Abstriche wettmachen und auf das geduldige Durchbohren dicker Bretter verzichten, dem ist nicht zu helfen. Doch allein schon das Motto „Mut zu Deutschland“ ist ein Glanzlicht in trüber Zeit, setzt die richtige Priorität und ist Ausdruck echter Zivilcourage.

Kaum mehr als 300 Delegierte auf dem Europawahl-Bundesparteitag sind zwar sehr dürftig. Bescheiden sind auch die derzeit prognostizierten sieben Prozent. Aber es ist doch ungleich besser, als es vor Erscheinen der AfD war. Wer das nicht wahrhaben will, der hat umgekehrt sich selber politisch entsorgt, statt unserem Land zu helfen.

Rudolf Kraffzick, Hainau

Euro-Kritiker ante portas

Zu: Heiße Kartoffel (Nr. 3)

Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlamentes, möchte gern EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso beerben. Am 17. Januar hielt er bei einer Konferenz der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik eine Rede zum Thema: „1914–2014 Wendepunkte europäischer Politik?“ Neben den üblichen Floskeln stellte er fest, dass Europa es Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg ermöglicht habe, seine Wirtschaftskraft wiederzuerlangen.

Dabei verlor Schulz kein Wort zu den Leistungen des deutschen Volkes und der 14 Millionen Vertriebenen, die dieses Wunder vollbracht haben. Im Gegenteil: Er beklagte, dass Deutschland erneut zur Schlüsselmacht in Europa geworden und dass die Mehrheit in Europa über den zu großen Einfluss besorgt sei. Kennen wir solche Töne nicht aus früheren Zeiten?

Mit Sorge betrachtet Schulz gewisse Auflösungserscheinungen in der EU. Nicht nur an den rechten und linken Rändern wird diese Ablehnung immer lauter kundgetan. Bis tief in das bürgerliche Lager hat sich ein Europaskeptizismus breitgemacht.

Ich finde, das ist kein Wunder, wenn trotz Marathonverhandlungen in Brüssel keine Ergebnisse und keine Lösungsvorschläge für die Probleme der Menschen unseres Kontinentes erbracht werden können. Egal ob Barroso, Juncker, Schulz – ihre Zeit als Eurofürsten ist abgelaufen, und die Euro-Kritiker stehen ante portas in Brüssel.

Hans-Joachim Nehring, Neubrandenburg

Das Gesundheitswesen krankt

Zu: Soziale Schieflage (Nr. 4)

Auch der Zehlendorfer Orthopäde hat genauso wie jeder andere Orthopäde mit einer Kassenzulassung ein Budget, aber das ist nicht der Kardinalfehler. Es ist das Nebeneinander von zwei verschiedenen Krankenversicherungssystemen, der gesetzlichen und privaten, was dazu führt, dass wir Hunderttausende Nicht-Krankenversicherte haben. Das ist das Resultat der sozialen Misswirtschaft im Gesundheitswesen.

Früher war jeder Preuße, jeder Ostpreuße, jeder Berlin-Marzahner in der DDR krankenversichert. Heute haben wir leider neben dem Zehlendorfer Orthopäden auch noch Praxen für Nicht-Krankenversicherte mit einem Notprogramm. Das ist ein großer Unfug.

Bei einer einheitlichen Krankenversicherung, gleich, ob man nun die Bezeichnung Bürgerversicherung oder eine andere nimmt, gäbe es derartige Missstände für Hunderttausende Bürger, gleich woher, aus Marzahn oder Zehlendorf, Küste oder Alpen, nicht. Es gäbe keine „soziale Schieflage“. Diese ist systembedingt und muss unverzüglich beseitigt werden. Aber dieses Thema haben die Politiker der „GroKo“ als zu schwierig lösbar und damit als erledigt angesehen.

Achim Brehme, Jena

Das Ostpreußenblatt



Nr. 11 – 15. März 2014

Drei Teile für acht Türme

Ausstellung in Allenstein erinnert an das Tannenbergdenkmal und den »Kult der Erinnerung«

In der Kunstgalerie BWA beim Planetarium in Allenstein ist noch bis zum 23. März eine von Dorota Nieznalska gestaltete unkonventionelle Ausstellung mit dem Titel „Kult pamieci! Tannenberg-Denkmal“ (Kult der Erinnerung! Tannenberg-Denkmal) zu sehen. Passend zum 100. Jahrestag der Schlacht bei Tannenberg, der das heute nicht mehr existierende Monument bei Hohenstein gewidmet war, unternimmt die Künstlerin den Versuch, sich der Erinnerung an das Tannenbergdenkmal, seiner Geschichte, seines Endes und damit im weitesten Sinn des Erinnerns an das gemeinsame Kulturerbe Ostpreußens anzunehmen.

Der große Saal der Galerie ist für die multimediale Ausstellung dreigeteilt. Den vorderen Teil nimmt eine Installation von acht hängenden Leinwänden ein, die in einem offenen Achteck angeordnet sind. Auf sie werden Bilder der Reste des Tannenbergdenkmals projiziert, die verblassen und wieder deutlicher werden. „Diese Leinwände symbolisieren die Türme, die Majestät der Architektur und gleichzeitig ihre Vergänglichkeit“, erläutert Dorota Nieznalska, „und die Änderung der Bildschärfe die periodische Bewegung von Erinnern und Vergessen.“ Ein Beweis für dieses Phänomen sei, so die junge Künstlerin, dass sie trotz einer gewissen Ortskenntnis von dem Denkmal lange nichts wusste. Auf das Bauwerk sei sie erst bei ihrer Beschäftigung mit Architektur der Gewalt gestoßen, die sie während eines Stipendiums in Helsinki vor zwei Jahren begonnen habe.

Vom Tannenbergdenkmal ist nach dem regen Leben vor und noch im Zweiten Weltkrieg an seinem überwachsenen Standort so gut wie nichts mehr zu finden, wie die in der Installation verwendeten Fotos von Klaus Otto Skibowski vom Beginn der 50er Jahre deutlich machen. Um dem endgültigen Vergessen entgegenzuwirken, hat Dorota Nieznalska als zweiten Teil des Projekts einen achtminütigen Film gestaltet, der die Entwicklung von der Schlacht bei Tannenberg über das Begräbnis Paul von Hindenburgs bis hin zum traurigen Ende des Bauwerks nachzeichnet.

An der Wand gegenüber dem Bildschirm, auf dem diese Dokumentation in ständiger Wiederholung zu sehen ist, befindet sich der dritte, traditionellste Abschnitt der Ausstellung mit Postkarten und historischen Fotografien aus der Blütezeit des Tannenbergdenkmals. Flankiert von den Schautafeln lädt ein Monitor dazu ein, sich mit der ebenfalls zur Ausstellung gehörenden Internetseite www.tannenberg-denkmal.com bekannt zu machen, die – leider bislang nur in polnischer Sprache – in drei großen Themenblöcken die Geschichte des Denkmals, die Erinnerung daran und sein Vergessen beleuchtet. Als kleines Souvenir liegen vor dem Monitor auf einem Tischchen nachgedruckte historische Eintrittskarten aus, auf deren Rückseite die Internetadresse steht.

Der konventionellste Teil der ambitionierten Ausstellung: Postkarten und historischen Fotografien Bild: Hahnkamp

Resümierend lässt sich feststellen, dass die Ausstellung souverän und vielschichtig gestaltet sowie für Besucher, die sich bis dahin noch nicht mit dem Tannenbergdenkmal und seiner Vorgeschichte auseinandergesetzt haben, informativ und beeindruckend ist. Doch der Funke springt letzten Endes nicht über. Positiver sind hingegen die mit ihr verbundenen Signale eines geänderten Umgangs mit der regionalen Geschichte. Trotz des kontroversen Themas eines antislawischen Mythos entstand Dorota Nieznalskas Werk „Kult pami ci! Tannenberg-Denkmal“ im Rahmen eines Stipendiums des polnischen Ministeriums für Kultur und nationales Erbe. Und zur Vernissage der Ausstellung waren immerhin 120 Personen gekommen, darunter Vertreter der Stadt Allenstein und eine große Gruppe von Einwohnern der Stadt Hohenstein mit dem Vorsitzenden des Stadtrats an der Spitze. Bis zum Ende der Ausstellung werden sicherlich noch viele Besucher hinzukommen.

Uwe Hahnkamp

Die Tannenbergschlacht(en), das Tannenbergdenkmal und der »Kult der Erinnerung« (Mythos)

Der Erste Weltkrieg fand größtenteils außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches statt. Eine Ausnahme bildete Ostpreußen. Das war eine Folge des nach dem Chef des Großen Generalstabs von 1891 bis 1906 benannten Schlieffenplans. Entsprechend diesem Plan begann die deutsche Seite den Krieg mit einer Offensive im Westen unter weitgehender Entblößung des Ostens. Schlesien war durch den Verbündeten Österreich-Ungarn gedeckt, aber Ostpreußen stand den feindlichen Russen nur durch die 8. Armee verteidigt weitgehend schutzlos gegenüber. Das Ergebnis war der sogenannte Russeneinfall. Dieser war in seiner Grausamkeit nicht vergleichbar mit jenem der Roten Armee am Ende des Zweiten Weltkrieges, doch war er schlimm genug. Ein großer Unterschied zwischen den beiden besteht darin, dass der erste gestoppt werden konnte, und zwar in der Tannenbergschlacht.

Der deutsche Sieg bei drückender zahlenmäßiger Überlegenheit des russische Gegners leitete eine Wende ein, zwar nicht des Krieges, aber doch immerhin an der Ostfront. Insofern ist die Tannenbergschlacht mit dem französischen „Wunder an der Marne“ desselben Jahres an der Westfront oder mit dem polnischen „Wunder an der Weichsel“ im Polnisch-Sowjetischen Krieg von 1920 vergleichbar. Wenn ein Land Opfer einer Invasion wird, diese Invasion üble Folgen für die Zivilbevölkerung hat und es dann gelingt, die Invasoren nicht nur zu stoppen, sondern auch anschließend wieder aus dem Land herauszudrängen, ja zu besiegen, wird das wohl jede Nation groß feiern. Man denke nur an den Brand von Moskau 1812 oder die Schlacht von Stalingrad 1942/43. Die Tannenbergschlacht von 1914 stellte da keine Ausnahme dar. Zudem bot der Erste Weltkrieg kaum andere Siege, in denen die Deutschen in ihrer miserablen Lage alternativ hätten Trost und Selbstbestätigung finden können.

Durch ihre Benennung wurde der Schlacht eine zusätzliche Bedeutung beigemessen. Sie fand zwar tatsächlich bei Tannenberg statt, doch bildete der bei Hohenstein gelegene Ort keinesfalls ihr Zentrum. Dass die deutschen Sieger ihr trotzdem den Namen „Tannenbergschlacht“ gaben, hat eindeutig psychologisch-propagandistische Gründe. Manche Völker haben traumatische verlorene Schlachten in ihrem kollektiven Gedächtnis. Bei den Serben ist es die Schlacht auf dem Amselfeld von 1389, bei den Schotten die Schlacht bei Culloden von 1746. Bei den Deutschen war es die Schlacht bei Tannenberg von 1410 zwischen dem Deutschen Orden und der polnisch-litauischen Union. Durch die Benennung der Schlacht von 1914 nach Tannenberg sollte dem Sieg in der Öffentlichkeit nun eine Bedeutung beigemessen werden, die er objektiv nicht besaß: Die Schlacht von 1914 wurde propagandistisch als gelungene Revanche der Schlacht von 1410 präsentiert. Die Scharte von 1410 schien endlich ausgewetzt. Nun hatten, so die Botschaft, die Deutschen endlich die damalige Niederlage gegen die Slawen kompensiert.

Monument trotz verlorenen Krieges

Gegen die historische Richtigkeit dieser suggerierten Interpretation sprach nicht nur, dass es gelinde gesagt grenzwertig war, die Deutschordensritter von 1410 mit dem Deutschen Reich von 1914 und die polnisch-litauische Union von 1410 mit dem russischen Zarenreich von 1914 gleichzusetzen. Vielmehr war die Schlacht von 1410 auch auf lange Sicht betrachtet ungleich bedeutungsvoller als jene von 1914. Letztere war nicht kriegsentscheidend. Schließlich verlor der Schlachtensieger von 1914 den Krieg. Die Tannenbergschlacht von 1410 hingegen entschied nicht nur den damaligen Krieg, sie stand für die Schicksalswende eines ganzen Staates. An ihr lässt sich der Anfang vom Ende des Deutschordensstaates festmachen – und das, nachdem dieser Staat erst wenige Jahre zuvor seine maximale territoriale Ausdehnung erreicht hatte. Anders als die Tannenbergschlacht von 1914 offenbarte die Schlacht von 1410 nämlich erstmals ein neues grundsätzliches Problem ihres Verlierers: die strukturelle Unterlegenheit gegenüber dem Zusammenschluss seiner gegnerischen Nachbarn, und das unter einem Herrscher, der getauft war, so dass bei dessen Bekämpfung nicht auf Solidarität seitens der Kirche beziehungsweise der Christenheit zu hoffen war.

Die Bedeutung, die der Sieg von 1914 für die (ost)preußische Zivilbevölkerung und den weiteren Verlauf des Ersten Weltkrieges an der Ostfront hatte, die Dankbarkeit und der Stolz ob des Sieges des deutschen Davids über den russischen Goliath sowie die genannten volkspsychologischen Momente machen nachvollziehbar, dass sich ungeachtet der schweren Belastungen durch Krieg, Niederlage und anschließende wirtschaftliche Zerrüttung in der Weimarer Republik die Mittel für ein imposantes Tannenberg-Nationaldenkmal fanden.

Da Paul von Hindenburg zu Zeiten der Tannenbergschlacht Oberbefehlshaber der siegreichen 8. Armee und zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Tannenbergdenkmals Reichspräsident war, sind die Geschichte des Mannes und des Bauwerks verwoben. Am 18. September 1927 weihte der Reichspräsident und Generalfeldmarschall das durch acht Türme geprägte Bauwerk ein. Nach dem Tode Hindenburgs am 2. August 1934 wurde aus dem Tannenberg-Nationaldenkmal das Reichsehrenmal Tannenberg. Das ursprünglich streng symmetrisch aufgebaute Denkmal wurde zur letzten Ruhestätte des Staatsoberhauptes und Feldherren umgebaut. Am 2. Oktober 1935, anlässlich seines 88. Geburtstags, wurde Paul von Hindenburg zusammen mit seiner bereits 1921 gestorbenen Ehefrau Gertrud in der im sogenannten Hindenburgturm für diesen Zwecke errichteten Gruft beigesetzt.

Wegen der großen Bedeutung, die das Tannenbergdenkmal als Nationalsymbol besaß, war es der deutschen Staatsführung bei Ende des Zweiten Weltkrieges wichtig, dieses der vorrückenden Roten Armee nicht in die Hände fallen zu lassen und damit der Entweihung durch den Gegner preiszugeben. Da eine Verteidigung unmöglich war, entschied sich Adolf Hitler für die Zerstörung. Ein entsprechender Befehl erreichte den Kommandeur der 229. Infanteriedivision am 21. Januar 1945. Die Särge mit den sterblichen Überresten des Hindenburgehepaares wurden vor dem Zerstörungswerk entnommen und Richtung Westen abtransportiert.

Was die Deutschen von ihrem Denkmal übrigließen, nutzten die Sieger als Steinbruch. Die Ziegel gebrauchten sie für den Häuserbau in der Umgebung, den Granit für den Bau eigener Denkmäler in Allenstein. Durch diese geradezu tragikkomische Züge tragende Zusammenarbeit zwischen Verlierern und Siegern steht von dem erst im letzten Jahrhundert errichteten Monument so gut wie nichts mehr.

Manuel Ruoff



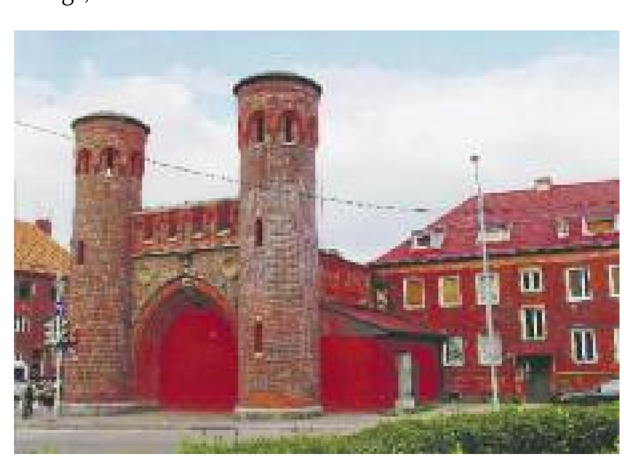
Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es sind die vielen kleinen Fragen, Wünsche und Erfolgsmeldungen, die das Mosaik unserer Ostpreußischen Familie so wunderbar bunt machen. So wollen wir es auch heute zusammensetzen, und von jedem etwas bringen. Fangen wir gleich mit einer Zuschrift an, die beweist, was die Ostpreußische Familie bewirken kann, wenn sie als Informationsquelle gefordert wird. Da hatte sich vor zwei Jahren Herr **Michael Paul** gemeldet, der einen Roman über ein Thema schreiben wollte, über das weitgehendes Stillschweigen herrscht. Es handelt sich um die so genannte „Baltenauslieferung“, bei der Ende 1945, also lange nach Kriegsende, die etwa 3000 deutschen Soldaten, die überwiegend aus Kurland nach Schweden geflohen waren, nach Russland ausgeliefert wurden. Der Autor bat uns, in unserer Kolumne nach Zeitzeugen aus Königsberg und Pillau zu suchen, hegte aber keine allzu großen Hoffnungen auf Zuschriften. Da hatte er sich aber geirrt! Denn er war von der Resonanz überwältigt, wie er uns jetzt mitteilt:

„Von überall aus Deutschland riefen Menschen an und erzählten ihre Geschichte. Eine sehr nette Dame vom Niederrhein schickte mir drei Büchlein, in denen sie ihre sehr erschütternden Erlebnisse zusammen mit ihrer Zwillingsschwester niedergeschrieben hatte, und sogar per Luftpost erreichte mich ein vierseitiger handgeschriebener Brief aus dem kanadischen Vancouver. Wirklich unfassbar! Motive, die mir hier geliefert wurden, geben mir Stoff für mindestens einen weiteren Roman, der sich mehr als mein erster mit Königsberg beschäftigen wird. Wann hat man zuletzt einen handgeschriebenen Brief bekommen? Das war wirklich überwältigend, da möchte ich mich bei Ihnen für diese unverhoffte Unterstützung sehr herzlich bedanken!“

So weit ein erstes Dankeschön des Schriftstellers aus Lahr, dessen Roman demnächst erscheinen wird.

Auch der nächste Dank an unsere Leser bezieht sich auf die Internierung in einem skandinavischen Land, in Dänemark. Vor einiger Zeit hatten wir die Bitte von Frau **Margot Spitzeder**, ihr bei der Suche nach ehemaligen Internierten im Lager Rom in Lemvig/Nordjütland zu helfen, an unsere Leser weiter gegeben. Das dortige Museum wollte über das damalige Lager eine Ausstellung veranstalten und suchte nun Zeitzeugen. Die Königsbergerin Margot Spitzecker geborene **Scharffenberg** bot sich als Mittlerin an und hatte auch aufgrund der Veröffentlichung Erfolg, denn es meldete sich eine ehemalige Lagerinsassin von Rom bei ihr. Die Anfang Februar eröffnete Ausstellung konnte bereits einen unerwarteten Erfolg verbuchen, wie Frau Spitzecker berichtet:



Das Sackheimer Tor in Königsberg – heute Bild: Archiv

„Die Leiterin hatte bei der Eröffnung einen Vortrag gehalten, der aufgrund der hohen Besucherzahlen noch einmal wiederholt werden musste. Dies empfinde ich nach so langer Zeit für uns Vertriebene doch als eine große Genugtuung, nach allem, was wir erlebt hatten. Mit meinem Bruder zusammen hatten wir noch vorhandene Unterlagen über die Lagerzeit, vor allen Dingen von unseren Eltern, die dort eine Lagerapotheke eröffnet und Kräuter gesammelt hatten, um diese zu verschiedenen Teesorten zu verarbeiten. Ich hatte unseren Flucht- und Internierungsaufenthalt schon länger beschrieben und konnte ihn weiterleiten.“

Das in Folge 9 veröffentlichte Foto von dem Gedenkstein, der auf dem „Mittelpunkt des deutschen Reiches“ in Spremberg steht, hat bei manchen Lesern großes Interesse geweckt. So auch bei dem Redakteur des „Grafschafter Boten“, Herrn **Peter Großpietsch** aus Lüdenscheid. Er ist von dem Gedenkstein fasziniert und möchte dieses Stück deutscher Geschichte auch einmal in seiner Zeitung herausstellen. Da werden er und andere interessierte Leser für die Auskunft dankbar sein, die wir von Herrn Prof. Dr. **Bernhard Oltersdorf** aus Köln erhielten. Einen kompetenteren Informanten hätten wir uns nicht wünschen können, denn der geborene Königsberger fühlte sich direkt von der Frage nach dem Geographen **Heinrich Matzat** angesprochen, weil er an der Universität das gleiche Fach vertreten hat: Didaktik der Geographie und Methodik des geographischen Unterrichts. Prof. Oltersdorf übersandte uns dazu eine Kopie aus dem Westermann-Lexikon der Geographie, aus dem leider nicht hervorgeht, wie Matzat zu der Feststellung kommt, dass Spremberg der Mittelpunkt des Deutschen Reiches sei. „Wie wir ja auch wissen, sind solche Festlegungen zeitlich immer nur begrenzt und keineswegs für die Ewigkeit“, schreibt Herr Prof. Oltersdorf. Aber uns geht es ja in erster Linie um die Person des Geographen Matzat, weil auf Grund seines Namens die Vermutung nahe liegt, dass er aus dem deutschen Osten stammen könnte. Zwar gibt es hierzu noch keine Erklärung, aber der Geograph tritt mit den im Wörterbuch verzeichneten Angaben zu seiner Person aus dem Dunkel der Geschichte und nimmt somit Gestalt an.

Der Eintrag, der sich auf eine Eintragung im „Geogr. Anzeiger“ aus dem Jahr 1909 stützt, lautet: „Matzat, Heinrich (1846–1908), Direktor der Landwirtschaftsschule in Weilburg an der Lahn und bekannter Didaktiker. Er schrieb eine ‚zeichnende Erdkunde‘ (1885), die später unter dem Titel ‚Erdkunde, ein Hilfsbuch für den geographischen Unterricht‘ erschien, eine ‚Methodik des geogr. Unterrichts‘ (1885). Er forderte in seiner ‚zeichnenden Methode‘, dass die Schüler den Atlas nicht kopieren, sondern gleichsam exzerpieren sollten. Die ‚Methodik‘ fasst den Stand der Didaktik gegen Ende des 19. Jh., die Diskussion über das Lehrverfahren und die Unterrichtshilfen des Erdkundeunterrichts, ferner den Stand des geogr. Schulunterrichts zusammen, so dass sie auch heute bei der Begründung und histor. Ableitung der Didaktik der Geographie und der Methodik des geogr. Unterrichts notwendig herausgezogen werden sollte. Seine Gedanken wirkten auch auf die Schulgeographie sehr anregend.“

So hat der auf dem Gedenkstein Verzeichnete nun einen vollen Namen, seine Lebensdaten sind bekannt, und auch der Vermerk „ber.“ erhält seine Berechtigung durch die detaillierten Angaben über das Lebenswerk des Heinrich Matzat. Vielleicht ist es ihm und seiner Methodik zu verdanken, dass wir als Schulkinder im Erdkundeunterricht eifrig mit dem Finger auf dem Atlas die Welt erforschten und uns Kenntnisse erwarben, die noch im späten Alter abgefragt werden können. Heute erfolgt bei jedem Tele-Quiz ein lautes „Buh“ der Kandidaten, wenn es um Geographie geht, und selbst ein als Berater fungierender Volksschullehrer verlegt die Mündung der Oder in die Nordsee!

An seine Schulzeit an der Sackheimer Mittelschule in Königsberg denkt unser Leser **Gerhard Minuth** aus Frankfurt gerne zurück, und er hat auch nach der Vertreibung für einen Zusammenhalt der Ehemaligen gesorgt: Zwölf Jahre lang war Herr Minuth Vorsitzender der Sackheimer Mittelschüler und noch immer ist er um die Klärung von Schicksalen seiner Schulkameraden bemüht. Als Herr Minuth kürzlich das Buch „Ostpreußen, Biographie einer Provinz, Verfasser Hermann Pölking“ erwarb, fand er darin einige Angaben, die ihn aufhorchen ließen. Sie betrafen den Königsberger Pfarrer **Hugo Linck**, der für die Gemeinde Löbenicht/Liep zuständig war und am Sackheimer Tor wohnte. Pfarrer Linck war auch der Konfirmationspfarrer von Gerhard Minuth. Sein Buch „Königsberg 1945–1948“ gehört zu den eindrucksvollsten Zeitzeugenberichten. Nun wird in der Ostpreußen-Biographie berichtet, dass Pfarrer Linck damals für seine Gemeinde eine Liste erstellt hatte mit den Namen der von 1945 bis 1947 verstorbenen und unter seiner Verantwortung beerdigten Gemeindemitglieder. Herr Minuth interessiert sich sehr für diese Liste, weil er glaubt, dass sie auch die Namen einiger verstorbener Mitschüler enthalten könnte. Wer weiß etwas über die Liste und kann weiterhelfen? (Gerhard Minuth, Friedrich-Stampfer-Straße 18 in 60437 Frankfurt/Main.)

Jeder noch so kleine Hinweis ist für eine Suche wichtig, auch wenn sie von vorneherein wenig erfolgreich erscheinen vermag. Und manchmal kommt solch ein Fingerzeig unverhofft und erst nach längerer Zeit – wir haben da schon Erstaunliches erlebt. Vielleicht trifft das auch für einen Fall zu, den wir im Februar vergangenen Jahres veröffentlichten. **Ulrich Drescher**, *15. März 1944 in Insterburg, hat nie erfahren, wer seine leiblichen Eltern sind. Die einzige Angabe über seine Mutter ist deren Vorname: **Susanne** oder **Suse**. Sie soll bei einem Bombenangriff ums Leben gekommen sein. Über seinen Vater wurde dem Kind, das schon früh in Pflege gegeben wurde, nie etwas erzählt. Ulrich ging mit seinen ersten Pflegeeltern, **Emma** und **August Didzus** aus Schlaugen, Kreis Goldap, auf die Flucht. Das Ehepaar war bereits über 70 Jahre alt, die Pflegemutter überstand die Strapazen der Flucht und der dauernd wechselnden Unterkünfte nicht und verstarb 1951 in dem Auffanglager in Stadtilm/Thüringen. August Didzus zog zu seinem leiblichen Sohn, und der kleine Ulrich kam in weitere, oft wechselnde Pflegestellen bis zu seiner Volljährigkeit. Er suchte nun nach Nachkommen von August Didzus, um eventuell etwas über seine Herkunft erfahren zu können, leider ohne Erfolg bisher. Aber jetzt meldete sich eine Leserin, die vermutet, dass – falls August Didzus auch Töchter hatte – eine von ihnen im vergangenen Jahr in einem niedersächsischen Ort verstorben sei, die andere aber noch leben könnte. Sie nannte auch deren Wohnort, aber keine Adresse. Vielleicht ist es der erwähnte kleine Fingerzeig, der Herrn Drescher vielleicht weiterhelfen könnte.

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Auch Herr **Frank-Lothar Krawolitzki** aus Erlangen konnte einen Hinweis geben, für den Herr **Gerd Fischer** aus Bischofswerda sicher dankbar ist. Er sucht für eine 84-jährige Ostpreußin nach dem Verbleib ihres Bruders **Bruno Kettukat**, der sich im Januar 1945 als Heimkind in dem Provinzial-Erziehungsheim in Rastenburg befand. „Wo blieben die Kinder aus diesem Heim?“, hatten wir in Folge 50/13 gefragt. Es gibt darüber die unterschiedlichsten Informationen, aber nun scheint es sicher zu sein, dass die Evakuierung der Heimkinder bereits vor dem großen Aufbruch zur Flucht am 27. Januar 1945 erfolgte. Der Transport soll in Richtung Westen gegangen sein. Das hat Herr Krawolitzki in einem Telefongespräch mit einer Rastenburgerin erfahren, die auch heute dort lebt. Der 81-Jährige hat noch immer viele Verbindungen zu seiner Geburtsstadt und unterstützt dort seit 18 Jahren die Deutsche Minderheit. Seit 1976 ist er 33-mal in der Heimat gewesen, vor allem in Soldau, denn von dort stammt die Familie Krawolitzki. Als Kind war Herr Krawolitzki oft bei seinen Großeltern in dem Dorf Kyschienen bei Soldau. Es war eine kinderreiche Familie, Großvater **Jakob** hatte noch sieben Geschwister, darunter auch einen Bruder **Samuel**, der mit **Wilhelmine Robatzek** verheiratet war. Diesen Namen fand unser Leser nun in der *PAZ* Folge 29/2013, in der Frau **Auguste** Robatzek aus Brodau zum 108. Geburtstag gratuliert wurde. Herr Krawolitzki erwähnte dies in einem Telefongespräch mit seiner in den USA lebenden Cousine **Heidi Hermann** geborene Krawolitzki. Sie stammt aus Neidenburg, wo ihr Vater ein Elektro/Radiogeschäft am Markt hatte. Sie meinte, dass zu der im *Ostpreußenblatt* erwähnten Jubilarin eine verwandtschaftliche Beziehung bestehen könnte, denn Brodau war ein Nachbarort von Kyschienen. Deshalb bittet Herr Krawolitzki die Familie der Auguste Robatzek, sich bei ihm zu melden. (Frank-Lothar Krawolitzki, Eskilstunastraße 9 in 91054 Erlangen, Telefon 049/9131/54199.)

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Fröhliche Kinderspiele aus dem Schatz der Erinnerung

Die Goldene Brücke spannt noch immer ihren leuchtenden Bogen

Manchmal löst eine kleine Frage eine unerwartete Antwortwelle aus. Da hatte Frau **Inge-Lore Gratias** nach dem „Schornsteinfegerlied“ gefragt, und umgehend den Text von einer Leserin erhalten. Und ebenso umgehend informierte sie uns darüber. Und weil sie so glücklich darüber war, brachte ich umgehend ihren Dankesbrief. Da hätte ich doch lieber noch etwas warten sollen, denn das war erst der Anfang: Tag für Tag kamen neue Zuschriften, und nun könnte Frau Gratius fast ein Referat über das Schornsteinfegerlied halten, so viel Mühe haben sich die Leserinnen und Leser gegeben. „Alle Antworten sind interessant in jeder Hinsicht“, schreibt Frau Gratius, die es beeindruckend findet, wie unsere Ostpreußische Familie reagiert. Dass dies Lied in ganz Ostpreußen gesungen und gespielt wurde, kann sie nun aufgrund der Zuschriften beweisen: In Königsberg, in der Elchniederung, im Raum Tilsit-Ragnit, in Lyck, in Rastenburg, in Lötzen. Und auch in Wehlau, und da kam für Frau Gratias eine neue Variante ins Spiel. Sie schreibt: „Seltsamerweise hatte ich vergessen, dass auch wir das schöne Spiel mit dem lustigen Lied auf dem Schulhof der Wehlauer Volksschule spielten. Wie auch andere Spiele, die mir plötzlich einfielen, wie „25 Bauernmädchen suchen sich ‘nen Mann“ oder „Ziehe durch, ziehe durch die Goldene Brücke“.

Eine besonders interessante Zuschrift kam von Frau **Sigrid Matthee-Kohl**, denn sie beschreibt eine besondere Spielweise des Schornsteinfegerspiels: „Zwei Kinder hielten sich an den Händen und bildeten den Hauseingang. Ein Mädchen war im Fenster. Draußen ging der Schornsteinfeger spazieren. Es folgten die vielen Strophen mit Fragen und Antworten, in denen Mutter, Vater, Oma, Opa, Onkel und Tante ins Spiel kamen. Wenn noch mehr Kinder anwesend waren, musste auch noch die Nachbarin gefragt werden. Zum Schluss lief das Mädel zur Türe hinaus, der Schornsteinfeger hinterdrein, und nach und nach folgte die ganze Verwandtschaft. Natürlich durfte auch das Haus hinterher rennen. Das hat viel Spaß gemacht.“

Dass das Schornsteinspiel nicht auf Ostpreußen beschränkt war, sondern zum allgemeinen deutschen Kinderliedgut gehörte, ist der Zuschrift einer Kindergärtnerin zu entnehmen. Sie, das Nachkriegskind, 1949 geboren, hörte das Spiel während ihrer Ausbildung, und es kam ihr schon irgendwie bekannt vor. Sie fand es dann im Siegerland wie im Schwäbischen, es gehörte zu ihren liebsten Spielliedern. Ein anderer Leser machte Frau Gratias eine ganz besondere Freude: Am Telefon spielte er ihr das Lied vor, gesungen von zwei Kinderchören.



Die Goldene Brücke – Kinderzeichnung Bild: Archiv

Bei solch reger und persönlicher Anteilnahme ist es kein Wunder, dass Inge-Lore Gratias ihren erneuten Dankesbrief mit diesen Worten beendet: „Für alle Informationen, die mir die Ostpreußische Familie so überaus freundlich übermittelte, bin ich dankbar. Nun wissen wir, dass das Spiel-Liedchen in vielen Gegenden Deutschlands bekannt war.“

Frau Gratias erwähnt das Spiel von der „Goldenen Brücke“. Auch das war in ganz Deutschland bekannt und es konnte nach dem Krieg zu einer Brücke zwischen einheimischen und Flüchtlingskindern werden, wenn sie es gemeinsam auf Schulhöfen oder in Kindergärten spielten. Die Älteren unter uns werden sich gerne an dieses Spiel erinnern, das viele Varianten hatte, selbst in Ostpreußen gab es da regionale Unterschiede. Die bezogen sich auf den Namen der Brücke, die von zwei gegenüberstehenden Spielern, den Königen, gebildet wurde. Die anderen Kinder stellten sich zu einer Reihe auf, fassten sich an den Schultern und zogen gegen die Brücke. Es entwickelte sich ein Wechselgesang, den die Kinder begannen:

„Lass über, lass über!“ – „Wo über?“ – „Über die Honigbrück!“ Das war die Königsberger Fassung, denn dort gab es ja die Honigbrücke. In anderen Gegenden wurde die Brücke nach der dort vorhandenen verzeichnet, so war es in der Labiauer Gegend die „Holländsche Brück“, in und um Wehlau die „Wehlausche Brück“, und wenn es keine lokale Brücke gab, dann war es eben die „Heemskebrück“ – die Ameisenbrücke!

Ja, wie haben wir uns müde gespielt, und schliefen dann nachts wie die Ratzen. Manchmal verstanden wir den Wortsinn nicht ganz, denn diese uralten Spiele, von Generation zu Generation weiter getragen, hatten durch die mündliche Überlieferung manche Änderung erfahren. Aber immer war Spiel und Spannung da, es gab Gewinner und Verlierer, Versteckte und Suchende, Gewählte und Übergangene, und zum Schluss waren alle wieder vereint und bereit zu einem neuen Spiel wie das vom „Plumpsack“ oder von den „Gussegänschen“, „Muss wandern, muss wandern ...“, „Hier ist grün, da ist grün ...“oder „Mutterchen, darf ich?“ Und auch wenn wir nur einfach „Hopschen“ und „Kriegen“ spielten: Spaß hatten wir immer, und Langeweile gab es nie. Und noch heute, wie alt wir auch inzwischen geworden sind, bilden diese Erinnerungen eine Goldene Brücke in die Vergangenheit. *R.G.*



ZUM 104. GEBURTSTAG

Pultke, Gerda, geb. **Böhm**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 14. März

ZUM 102. GEBURTSTAG

Romeike, Pauline, geb. **Riewe**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 17. März

ZUM 98. GEBURTSTAG

Bloch, Martha, geb. **Dannenfeldt**, aus Lyck, am 17. März

ZUM 97. GEBURTSTAG

Wenzek, Käte, geb. **Wichmann**, aus Lyck, Danziger Straße, am 15. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Niski, Elfriede, geb. **Danielzik**, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 18. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Hombosch, Ottilie, geb. **Warda**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 21. März
Szislo, Liesbeth, geb. **Czerwonka**, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 19. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Baum, Margarete, geb. **Podworny**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 21. März
Böhmer, Doris, geb. **Putzki**, aus Wehlau, am 20. März
Gawlista, Ottilie, geb. **Wawrzyn**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 15. März
Klowersa, Ruth, geb. **Tautorus**, aus Wickenfeld, Kreis Ebenrode, am 3. März
Lolies, Oskar, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 19. März
Rahmel, Meta, geb. **Sulimma**, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 17. März
Sembritzki, Wilhelm, aus Sargensee, Kreis Treuburg, am 19. März
Wohlgemuth, Ernst, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 1. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Essmann, Erika, geb. **Godau**, aus Weischkitten, Kreis Samland, am 20. März
Hamester, Käthe, verwitwete **Hennig**, geb. **Rehberg**, aus Ludwigsort, und Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 21. März
Hartmann, Eva, geb. **Gleich**, aus Rautenberg, Kreis Elchniederung, am 16. März
Hölzner, Frieda, geb. **Duddeck**, aus Lyck, Bismarckstraße, am 16. März
Kremp, Elfriede, geb. **Brzoska**, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 19. März
Schmid, Hildegard, aus Goldschmiede, Kreis Samland, am 19. März
Treppner, Margarete, geb. **Rieck**, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 17. März
Willumeit, Erna, geb. **Weßlowski**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 14. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Babace, Heinz, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 15. März
Dietze, Siegfried, aus Wehlau, am 16. März
Gysbers, Herta, geb. **Hagenbach**, aus Klein Engelau, Kreis Wehlau, am 18. März
Hülse, Fritz, aus Arissau, Kreis Samland, am 15. März
Jeworutzki, Ewald, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 18. März
Meyer, Edith, geb. **Brandstädter**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 9. März
Nadrowski, Marie, geb. **Frassa**, aus Seedanzig, Kreis Ortelsburg, am 15. März
Schlieben, Gisela, Gräfin von, geb. **Schlieben**, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 16. März
Sperling, Rosemarie, geb. **Schüssler**, aus Pillau, Kreis Samland, am 19. März
Wieking, Helene, geb. **Robatzek**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 17. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Albrecht, Gisela, aus Lyck, am 17. März
Breistähl, Christa, geb. **Motzkuhn**, aus Buttken, Kreis Treuburg, am 15. März
Brendel, Edith, geb. **Pollul**, aus Treuburg, am 18. März
Bretz, Eleonore, geb. **Beinert**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 20. März
Budnick, Hilde, geb. **Pucks**, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 15. März
Freundt, Ursula, aus Geigenau, Kreis Lyck, am 20. März
Herboth, Gisela, geb. **Timsries**, aus Kripfelde, Kreis Elchniederung, am 21. März
Meyhöfer, Heinz, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 20. März
Olschewski, Willi, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 16. März
Orlowski, Max, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, am 19. März
Otto, Hildegard, geb. Schwesig, aus Wehlau, am 16. März
Paare, Helmut, aus Ebenrode, am 21. März
Pilz, Margarete, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 6. März
Schultz, Johannes, aus Lyck, am 20. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Berke, Kurt, aus Lyck, Morgenstraße, am 16. März
Blök, Emma, geb. **Gause**, aus Hohensprindt, Kreis Elchniederung, am 16. März
Conrad, Friedel, geb. **Berger**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 18. März
Dannat, Liesbeth, geb. **Jebramek**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 18. März
Dudda, Meta, geb. **Bartschat**, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 15. März
Flick, Engelhard, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 20. März
Gutthat, Helmut, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 15. März
Mattke, Helmut, aus Forsthaus Plauen, Kreis Wehlau, und Forsthaus Rossen, Kreis Heiligenbeil, am 15. März
Mertins, Karl-Heinz, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 20. März
Mrotzek, Meta, geb. **Zander**, aus Lauken, Kreis Ebenrode, am 1. März
Pachaly, Adelheid, geb. **Jackus**, aus Kripfelde, Kreis Elchniederung, am 21. März
Preuß, Ella, geb. **Scharnowski**, aus Hohendorf, Kreis Neidenburg, am 17. März
Reisel, Anna-Maria, geb. **Griggel**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 15. März
Rimkus, Helmut, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 16. März
Saß, Margarete, geb. **Klemusch**, aus Fuchshügel, Kreis Wehlau, am 15. März
Schulze, Ulrike, aus Lyck, am 18. März
Swida, Rosemarie, geb. **Bludau**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 19. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Burdinski, Elisabeth, geb. **Krossa**, aus Rheinswein, Kreis Ortelsburg, am 19. März
Fischer, Hildegard, geb. **Radmacher**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 19. März
Gusko, Waltraud, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 19. März
Hurtig, Günter, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 18. März
Huthmann, Helene, geb. **Schmeil**, aus Skirwieth, Kreis Heydekrug, am 21. März
Kawka, Helmut, aus Draheim, Kreis Treuburg, am 19. März
Kohn, Waltraut, geb. **Kehlert**, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 16. März
Michalak, Erika, aus Finsterwalde, Kreis Lyck, am 19. März
Motzkus, Edeltraud, geb. **Taubert**, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, am 20. März
Rogait, Gerhard, aus Schneiderende, Kreis Elchniederung, am 21. März
Rutkowski, Horst, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 16. März
Sablotny, Ulrich, aus Neidenburg, am 15. März
Schinowski, Herbert, aus Aulenbach/Insterburg, Kreis Tilsit, am 16. März
Schlüter, Ingeborg, geb. **Hein**, aus Treuburg, am 17. März
Schmidtke, Waltraud, geb. **Kolberg**, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 16. März
Schmotz, Gerda, geb. **Schartinski**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 13. März
Schönholz, Gudrun, aus Lyck, am 17. März
Spindler, Werner, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, am 5. März
Steguweit, Horst, aus Groschenweide, Kreis Tilsit-Ragnit, am 18. März
Szczurko, Edith, geb. **Jung**, aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrungen, am 16. März
Wachlin, Gerda, geb. **Altrock**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 20. März
Windmüller, Hannelore, geb. **Reitenbach**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 21. März

ZUM 80. GEBURTSTAG

Biallas, Erich, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 15. März
Czycholl, Arnold, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 15. März
Czylwik, Edith, geb. **Armoniys**, aus Bismark, Kreis Heydekrug, am 17. März
Fischer, Doris, geb. **Tantow**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 6. März
Gers, Reinhard, aus Treuburg, am 19. März
Heinig, Heinz, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 20. März
Heyer, Irmgard, geb. **Wallendszus**, aus Ansorge, Kreis Elchniederung, am 18. März
Janczyk, Kurt, aus Kobbelhals, Kreis Ortelsburg, am 17. März
Junker, Gerhard, aus Danneberg, Kreis Elchniederung, am 20. März
Keiper, Helga Annemarie, geb. **Zysk**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 16. März
Koschinsky, Gerhard, aus Absteinen, Kreis Ebenrode, am 15. März
Kutz, Gerhard, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 20. März
Leu, Ursula, geb. **Wahrendorf**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 3. März
Nadolny, Annemarie, geb. **Boseniuk**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 20. März
Petersen, Ingrid, geb. **Ossewski**, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 21. März
Plömacher, Anneliese, geb. **Klein**, aus Reichenwalde, Kreis Lyck, am 21. März
Pusch, Alfred, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 16. März
Schulz, Heinz, aus Magotten, Kreis Wehlau, am 20. März
Sokoliss, Werner, aus Ortelsburg, am 15. März
Sommerfeld, Horst, aus Liebstadt, Kreis Mohrungen, am 21. März
Thyzel, Gertrud, geb. **Skrotzki**, aus Altkriewen, Kreis Lyck, am 19. März
Willuweit, Karl, aus Schneckenmoor im Gutsbezirk Schnecken Forst, Kreis Elchniederung, am 20. März
Woiske, Waltraud, geb. **Gräwert**, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 18. März
Zoschke-Rey, Vera, geb. **Lange**, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 16. März

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bredlau, Detlef, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 18. März
Bublies, Else, aus Gowarten, Kreis Elchniederung, am 18. März
Fellechner, Inge, geb. **Steinike**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 17. März
Frisch, Fritz, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 18. März
Grode, Inge, geb. **Killat**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 18. März
Gumz, Doris, geb. **Kuhn**, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 18. März
Hartje, Hiltraud, geb. **Schwabe**, aus Wittkampen, Kreis Ebenrode, am 17. März
Hinz, Ursula, geb. **Hütsch**, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 20. März
Jedinat, Dieter, aus Ebenrode, am 17. März
Heinz, Gerhard, aus Lakendorf, Kreis Elchniederung, am 20. März
Keimel, Gerhard, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 1. März
Klein, Heinz, aus Wildenhoff, Kreis Preußisch Eylau, am 21. März
Kowalzik, Werner, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 17. März
Mackensen, Gerda, geb. **Gawehn**, aus Jägerhöh, Kreis Elchniederung, am 19. März
Mitulla, Ingrid, geb. **Molzahn**, aus Angertal, Kreis Angerburg, am 18. März
Penk, Helmut, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 20. März
Petter, Dietrich, aus Seerappen, Kreis Samland, am 19. März
Sagolt, Gisela, aus Waldbeek, Kreis Neidenburg, am 19. März
Schlicht, Gerhard, aus Königsdorf/Dösenbruch, Kreis Heiligenbeil, am 21. März
Templin, Harry, aus Watzum, Kreis Samland, am 20. März
Thews, Dieter, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 19. März
Wiegmann, Irene, geb. **Malonnek**, aus Neidenburg, am 19. März
Winkler, Dieter, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 21. März



Lasalle, Peter, und Ehefrau Gudrun, geb. **Dombrowski**, aus Lisken, Kreis Lyck, am 20. März

TERMINE DER LO

Jahr 2014

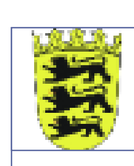
5./6. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
11. bis 13. April: Kulturseminar, Bad Pyrmont.
17./18. Mai: Deutschlandtreffen der Ostpreußen, Messe Kassel.
6. bis 9. Juni: Ostpreußisches Musikwochenende, Bad Pyrmont.
21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein.
19. bis 21. September: Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.
13. bis 19. Oktober: Werkwoche, Bad Pyrmont.
18. Oktober: 7. Deutsch-Russisches Forum im Königsberger Gebiet (geschlossener Teilnehmerkreis).
24. bis 26. Oktober: Schriftleiterseminar, Bad Pyrmont.
3. bis 7. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-26 oder info@ostpreussen.de.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 15. März, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 75 Jahren: Deutsche Truppen marschieren in die Tschechoslowakei ein.
Sonnabend, 15. März, 20.15 Uhr, SWR: Helene Fischer. Sommer-Open-Air 2013.
Sonnabend, 15. März, 21.45 Uhr, 3Sat: Leipziger Buchnacht. Literaturkritiker Denis Scheck leitet die Gesprächsrunde der Leipziger Buchmesse.
Sonnabend, 15. März, 23.05 Uhr, Deutschlandfunk: Fluchtpunkt Türkei. Lange Nacht über Asyl für Deutsche in der NS-Zeit.
Sonntag, 16. März, 19.30 Uhr, ZDF: Terra X. Große Völker: Die Römer.
Sonntag, 16. März, 20.15 Uhr, 3Sat: Ägypten – Im Zeichen des Sonnengottes. Echnaton und der Pharaonenthron.
Sonntag, 16. März, 21.50 Uhr, Arte: Gunter Sachs, der Lebenskünstler. Dokuporträt über den Industriellenerben und Playboy.
Montag, 17. März, 19.30 Uhr, Arte: Wildes Baltikum: Teil 1: Die Küste.
Montag, 17. März, 20.15 Uhr, 3Sat: Hindenburg. Historiker porträtieren den Generalfeldmarschall.
Montag, 17. März, 21.45 Uhr, 3Sat: Berliner Stadtillustrierte. Kaiser Wilhelm II. erklärt den Ersten Weltkrieg.
Montag, 17. März, 23.15 Uhr, ARD: Hitlers Schatz im Berg. Kunstwerke im Salzbergwerk Altaussee.
Dienstag, 18. März, 19.30 Uhr, Arte: Wildes Baltikum. Teil 2: Wälder und Moore.
Dienstag, 18. März, 20.15 Uhr, RBB: Ostlegenden. Über den 1991 verstorbenen Tierparkdirektor Curt Dathe, den „Grzimek der DDR".
Dienstag, 18. März, 20.15 Uhr, Arte: Aufbruch im Vatikan. Ein Jahr Papst Franziskus.
Mittwoch, 19. März, 19.30 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Zeitreisen. Was das Schöne sei. Philosophin Svenja Flaßpöhler und Kulturhistoriker Thomas Macho im Gespräch.
Mittwoch, 19. März, 21 Uhr, Phoenix: Schicksalsjahr am Hindukusch. Der Rückzug aus Afghanistan.
Mittwoch, 19. März, 21.50 Uhr, Arte: Der seltsame Herr Gurlitt. Ist der Erbe des Münchener Kunstschatzes Opfer oder Täter?
Donnerstag, 20. März, 10.10 Uhr, Deutschlandfunk: Marktplatz. Riester für Häuslebauer und Hausbesitzer. Was ist neu seit Jahresanfang?
Donnerstag, 20. März, 13.07 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Länderreport. Will ich dann noch weg? Über die Sehnsucht nach Amerika und das Bleiben in Berlin.
Donnerstag, 20. März, 14.05 Uhr 3Sat: **Masuren. In der fernen Heimat.** 14.50 Uhr: Im russischen Grenzland. Von Wolf von Lojewski.
Donnerstag, 20. März, 20.15 3Sat: Gefährliche Geheimnisse. Wie die USA und die EU den Freihandel planen.
Freitag, 21. März, 19.15 Uhr, Deutschlandfunk: Dossier. Guben/Gubin. Stadt in zwei Ländern.
Freitag, 21. März, 20.10 Uhr, Deutschlandfunk: Das Feature Menschen ohne Gesicht. Ein Kapitel aus dem Ersten Weltkrieg.
Freitag, 21. März, 20.15 Uhr, 3Sat: Die Lebensmittel-Erfinder. Wie unser Appetit geweckt wird.
Freitag, 21. März, 21.00 Uhr, 3Sat: makro. Das Freihandelsabkommen mit den USA.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Mittwoch, 26. März, Haus der Heimat, Großer Saal, Schloßstraße 92, Stuttgart: Erster Vortrag aus der Reihe der Wintervorträge 2014. Referent Dipl.-Geogr. Rolf Siemon, Hann. Münden, spricht über „Georg Forster (1754–1794), Naturforscher, Weltreisender, Schriftsteller und Revolutionär aus dem Danziger Werder“. (Powerpoint-Präsentation.

Sonnabend, 29. März, 11 bis 17 Uhr, Haus der Heimat, Schloßstraße 92, Stuttgart: 7. Ostermarkt des DJO mit allen teilnehmenden Landsmannschaften. Gezeigt werden Osterbräuche, Traditionelles wie textile Volkskunst, Trachten, Spezialitäten aus den Vertreibungsgebieten, Tombola und auch für das Wohl ist gesorgt. Die LO-Landes- und Kreisgruppe sind mit einem Stand vertreten.

Mittwoch, 2. April, 19 Uhr, Parkhotel Pforzheim, Salon Dachgarten, Deimlingstraße 36: 135. Preußische Tafelrunde. Wolfgang Freyberg, Direktor der Kulturstiftung Ostpreußen im Deutschordensschloss Ellingen spricht über das Thema „Der Deutsche Orden“.

Vorankündigung: Sonnabend, 24. Mai, 9.45 Uhr, Hotel Wartburg, Stuttgart, Langestraße 49: Frauentagung. Der Vormittag ist zum großen Teil der Arbeit der Gruppe gewidmet. Um 14 Uhr beginnt nach der Mittagspause der kulturelle Teil der Tagung mit einem Vortrag über „Bedeutende ostpreußische Persönlichkeiten“.

Buchen – Busfahrt nach Kassel zum Deutschlandtreffen – Freitag, 16., bis Sonntag, 18. Mai: Die Gruppe fährt zum Deutschlandtreffen, mit Übernachtung in einem guten Hotel, Stadtrundfahrt, Besuch des Schlosses Wilhelmshöhe und des Museums der Gebrüder Grimm. Interessenten mögen bitte unter Telefon (06281) 8137 anrufen.

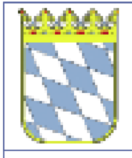
Sonnabend, 8. März, 14.30 Uhr, Gasthaus Reichsadler: Rosemarie Schuran berichtet über ein heute noch interessantes Thema: „Aus der Arbeit des kirchlichen Suchdienstes nach 1945“. Frau Schuran kommt aus Stuttgart.

Mittwoch, 19. März: Ein Nachmittag bei der Firma Adler in Haibach mit der Sängerin Cindy (bekannt von Cindy und Bert) und mit Modenschau bei Kaffee und Kuchen. Informationen unter Telefon (06281) 8137.

Esslingen – Ordentliche Jahreshauptversammlung am 27. Februar. Nach der Begrüßung durch die Vorsitzende der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen Esslingen, Helga Hornick, erinnerte sie im Rechenschaftsbericht an die geleisteten Aktivitäten im Jahr 2013. Programmgemäß folgten die Berichte des Kassenwarts und Kassenprüfers über das vergangene Geschäftsjahr. Dem gesamten Vorstand wurde einstimmig die Entlastung ausgesprochen. Die anschließende Neuwahl ergab das einstimmige Ergebnis: 1. Vorsitzende Helga Hornick, 2. Vorsitzender Georg Kolke, 3. Vorsitzende Elisabeth Bonacker, Schriftführer Michael Hornick, Kassenwart Erich Thiel, Beisitzer Herbert Katryniak und Gertraut Wörner, Kassenprüfer Michael Hornick und Gerda Kersten. Die Vorsitzende wies auf den Termin des Deutschlandtreffens der Ostpreußen vom 17. bis 18. Mai auf dem Messegelände in Kassel unter dem Motto „Ostpreußen hat Zukunft“ hin. Der Landesvorstand Stuttgart bietet dazu eine interessante Busreise vom 12. bis 18. Mai an. Hingewiesen wurde auch auf die Gedenkveranstaltung anlässlich des Tages der Heimat am 14. September, 11 Uhr, auf dem Pliensaufriedhof in Esslingen und auf die Veranstaltung in der Liederhalle Stuttgart am 21. September, 14 Uhr. Abschließend erfreute man sich in gemütlicher Runde am heimatlichen Essen. Das Ost- und Westpreußenlied beendete den lebhaften Vereinsnachmittag.

Ludwigsburg – Donnerstag, 20. März, 15 Uhr, Krauthof, Beihinger Straße 27: Frühlingsfest.

Ulm/Neu-Ulm – Sonnabend, 15. März, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Monatliches Treffen der Gruppe.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 21. März, 19 Uhr, Gasthof Hotel Krone, Gunzenhausen: Gemeinsames Essen „Pommersche Kartoffelsupp“. Anschließend Vortrag von Edith Richter über „Ernst Moritz Arndt – Leben und Werk“.

Ansbach – Sonnabend, 15. März, 15 Uhr, Orangerie: „Meine Heimatstadt Danzig“. Rafael Glabikowski (25) erzählt von der Stadt und der Deutschen Gruppe.

Bamberg – Mittwoch, 19. März, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Monatstreffen mit Jahreshauptversammlung.

Ingolstadt – Sonntag, 16. März, 14.30 Uhr, Gasthaus Bonschab, Münchener Straße 8: Monatliches Heimattreffen.

Landshut – Dienstag, 18. März, 14 Uhr, Insel: Frühlingsfest mit Rückblick. Video Wolfgang.

München – Sonnabend, 15. März, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5: „Der Heimat Mutterlaut“, CD mit Willy Rosenau. Zu Beginn gemeinsame Kaffeetafel. – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Kontakt: Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.

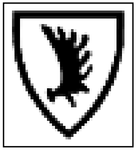
Das Jahr begann mit einem Nachmittag in Gedenken an Agnes Miegel, mit einem Blick auf ihr privates Leben und Lesungen aus ihren Erzählungen und Gedichten. Im Februar fand die **Jahreshauptversammlung** mit Neuwahlen statt, die folgendes Ergebnis brachten: Vorsitzende Edith Gleisl, Stellvertreterin Gisela Holz, Schatzmeister Jürgen Wisch und dessen Stellvertreter Dieter Kröhnert, Schriftführerin Margrit Bühnemann, Kulturwartin Erika Lausch, die Leitung der Frauengruppe hat Gisela Holz, Stellvertreterin ist Hildegard Bendel. Als Beisitzer gewählt wurde Hansjürgen Kudczinski, als Kassenprüferinnen Karin Koznar und Marianne Siedschlag. Die Wahlleitung oblag Reinhard August, dem Bezirksvorsitzenden von Oberbayern. Alle Kandidaten wurden einstimmig mit einer jeweiligen Stimme Enthaltung gewählt. Umrahmt wurde diese Veranstaltung von regem Plachandern und sie war sehr gut besucht, so dass der Wahlvorgang ohne Probleme durchgeführt wurde.

Weiden – Jahreshauptversammlung bei den Ost- und Westpreußen. Die Landsmannschaft traf sich im Café Mitte am Stockerhutpark zur Jahreshauptversammlung. Die Kassiererin Ingrid Uschald leitete die Veranstaltung mit einer kleinen Büttenrede ein und übergab das Wort dem 1. Vorsitzenden Norbert Uschald. Dieser ging zunächst auf die Veranstaltungen des vergangenen Vereinsjahres ein. Er stellte fest, dass die Kreisgruppe weiterhin sehr aktiv ist. Er bedankte sich bei allen Helfern, besonders bei seiner Familie für die Unterstützung. Sein Dank ging auch an das fleißige Team von Cafe Mitte für die hervorragende Aufnahme und Bewirtung. Geplant sind heuer unter anderem wieder eine Muttertagsfeier, ein Gartenfest, eine Erntedankfeier und eine Vorweihnachtsfeier. Uschald lud auch zu einer öffentlichen Kundgebung der UdV (Union der Vertriebenen und Aussiedler) am Samstag, den 22.03. um 14.30 Uhr in die Max-Reger-Halle ein. Die bayerische Sozialministerin Emilia Müller und MdeP Bernd Posselt werden zum Thema Europäische Union sprechen. Nach den Heimatliedern „Land der dunklen Wälder“ und „Westpreußen mein lieb Heimatland“ gratulierte die Kassiererin Ingrid Uschald einigen Mitgliedern zum Geburtstag. Heiter wurde es dann mit musikalischen Beiträgen von Andreas, Katharina, Barbara, Anita und Norbert Uschald. Der 1. Vorsitzende berichtete von Faschingsbräuchen, Andreas Uschald und Karl Weiß sorgten mit lustigen Wortbeiträgen für Vergnügen. Man verabschiedete sich mit dem Lied „Kein schöner Land“ bis zum nächsten Heimatnachmittag am Sonntag, den 6. April um 14.30 Uhr im Cafe Mitte.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



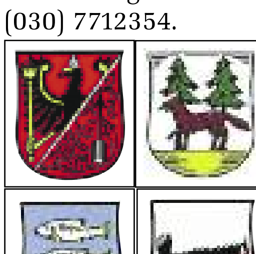
Frauengruppe – Mittwoch, 9. April, 13.30, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 166–117, 10963 Brelin: Rechenschafts- und Kassenbericht. Wir begrüßen den Frühling. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Bartenstein – Sonnabend, 26. April, 14 Uhr, Rathaus Zehlendorf Zimmer 21, Kirchstraße 1 – 3, 14163 Berlin. Anfragen: Elfriede Fortange (030) 4944404.



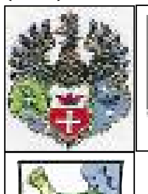
Angerburg, Darkehmen, Goldap – Donnerstag, 24. April, 14 Uhr Restaurant „Oase Amera“, Borussiastraße 62, 12102 Berlin: Kleinostern in Ostpreußen. Anfragen: Marianne Becker (030) 7712354.

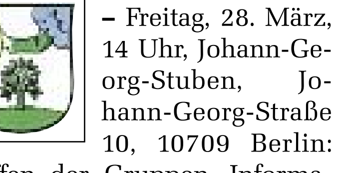


Gumbinnen, Johannisburg, Lötzen, Sensburg – Dienstag, 15. April, 13 Uhr, Restaurant Dalmata, Albrechtstr. 52, 12167 Berlin: Frühlingsfest. Anfragen für Gumbinnen: Joseph Lirche (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg: Andreas Maziul (030) 5429917, für Lötzen: Gabriele Reiß, (030) 75635633.

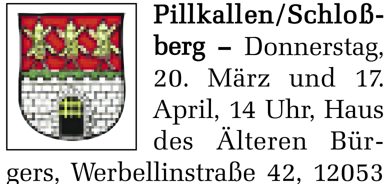


Lyck – Sonnabend, 4. April, 15 Uhr, „Kleiner Ratskeller“ Am Rathaus 9, 10825 Berlin, Anfragen: Peter Dziengel (030) 8245479.



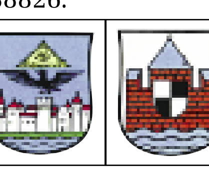


Königsberg, Samland, Labiau – Freitag, 28. März, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin: Treffen der Gruppen. Informationen bei Prof. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.

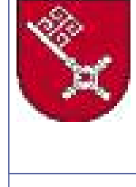


Pillkallen/Schloßberg – Donnerstag, 20. März und 17. April, 14 Uhr, Haus des Älteren Bürgers, Werbellinstraße 42, 12053 Berlin. Anfragen bei Helga Rieck, Telefon 6596822.

Rastenburg – Sonnabend, 5. April, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



Tilsit-Ragnit, Tilsit-Stadt – Sonnabend, 5. April, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin. Anfragen: Hermann Trilus (03303) 403881.



BREMEN

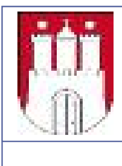
Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertretende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen – Die Gruppe hat eine gemeinsame **Drei-Tagesfahrt zum Deutschlandtreffen** der Ostpreußen vom 16. bis 18. Mai mit „JWD-Busreisen“ vorbereitet und 36 Betten in innerstädtischen Hotelzimmern reservieren lassen. Da eventuell nicht benötigte Zimmer nur bis zum 4. April abbestellt werden können, ist der 4. April auch der Anmeldeschluss für die Busfahrt. Anmeldungen werden daher baldmöglichst direkt bei JWD-Busreisen erbeten (Frau Venderbosch, Telefon 4854633). Es sind noch folgende Zimmerkategorien im zentral gelegenen Novostar Hotel Kassel Zwei-Sterne-Garni: Doppelzimmer (Standard): 169 Euro (5x Nichtraucher und 1x Raucher), Doppelzimmer (Komfort): 176 Euro (4x Nichtraucher und 2x Raucher). Die Busfahrt hin und zurück ab Bremen ist im Preis eingeschlossen sowie die Transfers in Kassel, ebenso der Eintritt zum Deutschlandtreffen. Die Mitfahrt ohne Hotelübernachtung kostet 59 Euro einschließlich Eintritt.

Am Donnerstag, 27. März, findet ab 15.30 Uhr im Hotel zur Post Bremen, Bahnhofsplatz unsere diesjährige Mitgliederversammlung mit Vorstandswahlen statt. Hierzu laden wir herzlich ein. Im Anschluss an die Tagesordnung trägt uns Klaus Papies aus seinem „Ostpreußischen Wortschatzkästlein“ vor.

Bremerhaven (Elbing) – Gemeinsame Busfahrt mit der Gruppe Bremen-Nord vom 17. bis 19. Mai zum **Deutschlandtreffen**. 6.30 Uhr. Abholung Bremerhaven Hauptbahnhof, kostenloser Transfer nach Bremen, dort Zustieg der Bremer Gruppe, Fahrt Richtung Kassel. Leistungen: Fahrt mit modernem Reisebus, zwei Übernachtungen mit Frühstück im Vier-Sterne-Hotel Ramadan Kassel, City Center, Doppelzimmer mit Bad oder Dusche/WC, Stadtrundfahrt Kassel am 19. Mai (zirka zwei Stunden), Transfer zum Messegelände, Deutschlandtreffen der Ostpreußen. Preis: 219 Euro im Doppelzimmer, 40 Euro Einzelzimmer-Zuschlag. Anmeldung bei Walter Schröder, Telefon (0421) 483424, oder Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, Bremerhaven, Telefon (0471) 86176.

Freitag, 28. März, 14.30 Uhr, Barlach-Haus: Kulturnachmittag mit Filmvorführung.



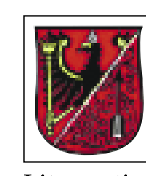
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

LANDESGRUPPE

Donnerstag, 20. März, 15 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8 (gegenüber der S-Bahnstation Stadthausbrücke): Delegiertenversammlung. – Sonnabend, 5. April, 10 bis 17 Uhr, Ostermarkt der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften im Haus der Heimat, Teilfeld 1, gegenüber der S-Bahnstation Stadthausbrücke. Die Landesgruppe ist im 2. Stock mit einem Angebot heimatlicher Spezialitäten und Literatur vertreten und lädt herzlich zu einem Besuch ein.

KREISGRUPPE



Gumbinnen – Sonnabend, 29. März, 14 Uhr (Einlass 13 Uhr), Restaurant Lackemann, Litzowstieg 8 (Nähe Einkaufs-Center Quarree, Pkw-Parkhochhaus vorhanden, U-Bahn 1 bis Wandsbek-Markt, dann 5 Minuten Fußweg durch Hausdurchgang): Treffen der Gruppe. Anmeldung bis spätestens Montag, 22. März bei Schriftführerin Hilde Janssen-Kaydan, Rathenaustraße 53, 22297 Hamburg, Telefon (040) 517931. „Winter ade, Scheiden tut weh“ wird der Titel der kulturellen Veranstaltung sein, bei der Humor nicht fehlen darf. Der Vorstand freut sich auf ein Wiedersehen. Gäste sind herzlich willkommen.

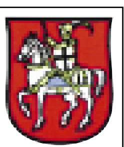


Heiligenbeil – Sonnabend, 22. März, 14 Uhr, AWO-Seniorentreff, Bauerbergweg 7: Die Heimatgruppe feiert ihr Frühlingsfest. Der Vorstand lädt alle Mitglieder und Freunde der Gruppe herzlich ein, um gemeinsam bei Kaffee und Kuchen einige fröhliche Stunden in geselliger Runde zu verbringen. Gleichzeitig ist Jahreshauptversammlung laut Satzung der Landesgruppe Hamburg e.V. Der Seniorentreff kann mit der Bus-Linie 116 ab U-Bahnstation Hammer Kirche, Wandsbek-Markt oder Billstedt erreicht werden. Der Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen beträgt 5 Euro. Anmeldung bei Lm. Konrad Wien, Telefon (040) 53254950 bis zum 21. März erbeten.

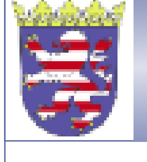
Fahrt zum Deutschlandtreffen: Die Kreisgruppe fährt zum Deutschlandtreffen der LO am 17. und 18. Mai in Kassel. Anmeldung und Auskunft unter Telefon (040) 53254950 ab 18 Uhr. Leistungen: Fahrt im modernen Reisebus, zwei Übernachtungen, zweimal Frühstücksbuffet, zweimal Abendessen (Drei-Gang-Menü), geführte Stadtrundfahrt, Transfer zu den Messehallen an beiden Tagen. Preis pro Person im DZ 196 Euro, Einzelzimmerzuschlag 30 Euro. Empfohlen wird eine Reiserücktrittsversicherung. Reisebeginn 16. Mai. Abfahrtsorte: Harburg-Bahnhof 8 Uhr, ZOB Hamburg 8.30 Uhr.



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Osterode – Sonnabend, 15. März, 14 Uhr, Café Prinzess, Hamburg-Ohlsdorf, Alsterdorfer Straße 574: Das Frühlingsfest der Gruppen beginnt mit einer gemeinsamen Kaffeetafel. Danach soll mit fröhlichen Liedern der Frühling begrüßt werden. Gäste sind herzlich willkommen. Der Eintritt ist frei.



HESSEN

Kommissarischer Vorsitzender: Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039652.

Dillenburg – Die nächste Monatsversammlung findet am Mittwoch, 26. März, um 15 Uhr im Café Eckstein statt. Dann wird Gundborg Hoffmann über den vielseitigen Künstler Leonardo da Vinci sprechen, vor allem über sein Fresko „Das letzte Abendmahl“ (nach dem Evangelium Lukas 22, Verse 15 bis 20).

Hanau – Wir haben Abschied genommen von **Ewald Okrafka**, unserem Ehrenvorsitzenden der Landsmannschaft Ost-und Westpreußen Kreisgruppe Hanau, der im Alter von 97 Jahren in seinem Wohnort Freigericht Somborn am 24. Februar verstorben ist. Mehr als 20 Jahre leitete Herr Okrafka als 1. Vorsitzender die Kreisgruppe. Außerdem war er 15 Jahre Vorsitzender des Bundes der Vertriebenen. Er organisierte zahlreiche Veranstaltungen wie den Tag der Heimat an der Martin Luther Anlage mit Musikkapel-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

le, Festrede und Kranzniederlegung am Ehrenmal. Auch das jährliche Erntedankfest stand unter seiner Regie. Mit der Kreisgruppe führte er Busreisen durch, unter anderem mehrfach in seine alte Heimat Ostpreußen. Am letzten Ostpreußentreffen in Erfurt vor drei Jahren hat er noch teilgenommen. In seinem langen Leben hat er immer Sport getrieben. In seinem großen Garten war er stets tätig. Ein außergewöhnlicher Ostpreuße hat nun seine letzte Reise angetreten.

Wiesbaden – Sonnabend, 15. März, 15 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35: Monatstreffen. „Westpreußen: Land an der unteren Weichsel". Lichtbildervortrag von Dieter Schetat. Zuvor Beisammensein bei Kaffee und Kuchen.

Donnerstag, 20. März, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Stammtisch. Serviert wird Grützwurst. Es kann auch nach der Karte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essensdisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 13. März bei Irmgard Steffen unter Telefon (0611) 844938.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Anklam – Sonnabend, 15. März, 10 bis 17 Uhr, Mehrzweckhalle „Volkshaus" Anklam, Baustraße 48-49 (Stadtzentrum/Nähe Markt): **Großes Frühlingstreffen der Ostpreußen**. Dazu sind alle Landsleute aus Ostpreußen, Danzig und Westpreußen, aber auch Pommern, Schlesier und Sudetendeutsche mit Angehörigen sowie alle Interessenten von nah und fern sehr herzlich eingeladen. Ehrengast ist Pfarrer Philip Kiril Prinz von Preußen, ältester Urenkel des letzten deutschen Kaisers. Eine weite Anreise aus dem Königsberger Gebiet nimmt der russische „Kant-Chor Gumbinnen" auf sich, um in Anklam dabei zu sein, während das Fritz-Reuter-Ensemble Anklam ein buntes Volkstanzprogramm vorbereitet hat. Beide Ensembles verbindet ein Jubiläum – sie sind gerade 40 Jahre jung. Das Heimattreffen wird vom Posaunenchor Friedrich-Bansin festlich umrahmt. Wie immer ist für Königsberger Klopse, Kaffee, Kuchen, Bärenfang, Heimatbücher, Landkarten und genügend Parkplätze gesorgt. Erwartet werden 600 bis 700 Besucher. Für die Busfahrt nach Kassel zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen 16 bis 18. Mai sind noch Anmeldungen möglich.

Busreisen 2014 – Von Mecklenburg-Vorpommern werden dieses Jahr folgende Fahrten in den Osten unternommen: Danzig, 1. bis 4. Mai; Königsberg, 28. Mai bis 3. Juni; Stolp, 7. bis 10. Juni; Osterode, 16. Bis 22. Juni; Karlsbad 27. Juni bis 1. Juli; Lötzen 7. bis 13. Juli; Breslau – Krakau 24. bis 30. Juli; Königsberg 6. bis 12. August; Stetttin 29. bis 31. August und Memel – Reval [Tallinn] – Riga 9. bis 20. September. Diese letzte Reise geht ab Kiel mit der Fähre nach Memel und zurück. Die Busse werden ab Rostock, Stralsund und Anklam beziehungsweise Neubrandenburg eingesetzt. Nähere Informationen und Programm sind erhältlich bei Manfred Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Buxtehude – Sonntag, 23. März: Theaterfahrt zur Dittchenbühne in Elmshorn. Gespielt wird „Die Möwe, ein Drama von Anton Tschechow", das auf dem Lande im zaristischen Russland spielt. 13 Uhr Busabfahrt Stade, 13.30 Uhr Horneburg, 13.40 Uhr Buxtehude, Stader Straße, 14 Uhr Neu-Wulmstorf, B 73. Einsteigepunkte zwischen Stade und Buxtehude mit genauer Uhrzeit werden bei der Anmeldung angesagt. Die Kosten für Busfahrt, Kaffeegedeck und Eintritt betragen 26 Euro pro Person. Anmeldung bitte bis zum 15. März.

Osnabrück – Die Kreisgruppe plant eine **Fahrt zum Deutschlandtreffen** nach Kassel. Um die nähere Umgebung der Stadt kennenzulernen, bietet die Firma HB-Reisen, Bad Essen, diese Fahrt von Freitag, 16., bis Dienstag, 20. Mai, an. Geboten werden eine Stadtführung in Kassel, ein Ausflug in das Waldecker Land. „Unterwegs mit Dr. Eisenbart" – ein Rundgang mit dem berühmten Medicus in Hannoversch Münden sowie eine Schifffahrt auf Fulda und Weser. Anmeldungen nimmt die Firma Bonkowski bis zum 30. März entgegen.

Freitag, 21. März, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.

Sonnabend, 22. März, 11 Uhr, Parkhotel (Altes Gasthaus Kampmeyer): Jahreshauptversammlung mit Grützwurst-Essen. Anmeldung bis 10. März bei Gertrud Franke, Telefon 67479, oder Gerhard Reihs, Telefon 83646, erbeten.

Donnerstag, 27. März, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Für die **Fahrt zum Ostpreußentreffen** am 17./18. Mai in Kassel sind noch einige wenige Plätze frei, ebenso Zimmer im gebuchten Hotel. Bei Interesse bitte melden bei Manfred Ruhnau, Kreisgruppe Bonn, Telefon (02241) 311395.

Die diesjährige **Frühjahrs-Delegierten-, Kultur- und Frauentagung** der Landesgruppe findet am 15. März 2014 wieder in Oberhausen statt. Beginn: 10 Uhr. Der Vorstand freut sich über zahlreiches Erscheinen. Wir haben wieder ein interessantes Programm zusammengestellt und freuen uns ganz besonders, dass wir Herrn H. Heckel von der *PAZ* und Herrn Eifler, beide vielen bekannt, für Vorträge gewinnen konnten.

Frau Dr. Beutner erinnert an Agnes Miegel zu deren 50. Todestag. Wir sind froh, dass folgende Broschüren großen Anklang fanden: Prof. Dr. Hartmut Fröschle „Die Deutschen in Polen 1918–1939", Gerd Schultze-Rhonhof „Danzig und Ostpreußen zwei Kriegsanlässe 1939" und Walter T. Rix „Tauroggen 1812: Vorgeschichte, Konvention und Wirkung". Wir möchten es nicht versäumen, auch Ihnen diese Broschüre ans Herz zu legen. Sie sind auf unserer Tagung zu erwerben

Bielefeld – Sonnabend, 15 März, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Die Gruppe führt ihre Jahreshauptversammlung durch. Es wird um zahlreiches Erscheinen gebeten, da unter anderem Nachwahlen anstehen. Außerdem gibt es einen Rückblick auf 2013, beziehungsweise einen Ausblick auf ein hoffentlich erfolgreiches Jahr 2014. – Donnerstag, 20. März, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Literaturkreis.

Bonn – Jeden 1. Mittwoch, Stadthalle Bad Godesberg: Treffen der Frauengruppe. – Jeden 3. Mittwoch, 17.30 Uhr, Stadthalle Bad Godesberg, Erkerzimmer: Stammtisch.

Detmold – Mittwoch, 19. März, 15 Uhr, Stadthalle, Kleiner Festsaal: Frühjahrsveranstaltung der Kreisgruppe. Im Mittelpunkt stehen die Jahreshauptversammlung mit Tätigkeitsbericht und der Vortrag „Heimatliches Brauchtum zum Osterfest" von Ekkehard Schlicht, Bad Salzuflen. Alle Ostpreußen und Freunde sind herzlich eingeladen.

Dortmund – Jeden dritten Montag von 14.30 bis 16.45 Uhr Treffen in der Heimatstube Märkische Straße. Auskünfte erteilt Marlies Hein unter Telefon (0209) 98894112. Im Februar fand die Mitgliederversammlung statt mit der Wahl der Kassiererin. Frau Wirth wurde einstimmig zur neuen Kassenwartin gewählt. Frau Schulz hat den Kassenbericht für 2013 erstellt. Für ihre langjährige Tätigkeit wird sich die Gruppe im März bedanken.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, GHH/Eichendorff-Saal, 1. Etage: Chorprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen – Westpreußen – Sudetenland. – Donnerstag, 20. März, 15 Uhr (Einlass 14 Uhr), GHH/Konferenzraum: Frühling in Schlesien mit dem Männerchor MGV Duisburg-Buchholz 1858.

Ennepetal – am 20. Februar fand unsere turnusmäßige Monatsversammlung, diesmal in verkürzter Form, statt. Danach führten wir unsere **Jahreshauptversammlung** mit Vorstandswahlen durch. Zwischen den beiden Veranstaltungen aßen wir gemeinsam Grützwurst mit Sauerkraut und Salzkartoffeln. Auf Vorschlag unseres „alten" ersten Vorsitzenden, Gerhard Sadlowski, wurde Werner Dietz zum Wahlleiter für die Wahl des ersten Vorsitzenden einstimmig gewählt. Aus der Versammlung wurde wiederum Gerhard Sadlowski vorgeschlagen. Die Wahl für ihn erfolgte einstimmig. Sadlowski nahm die Wahl an und übernahm wieder den Vorsitz. Auf seinen Vorschlag wurde Monika Gräf, ebenfalls wie in den Jahren zuvor, einstimmig zur zweiten Vorsitzenden gewählt, ebenso die weiteren Vorstandsmitglieder. Es war, wie immer, eine harmonische Veranstaltung.

Darauf hingewiesen wird noch, dass unsere nächste Monatsversammlung am Donnerstag, 20. März, in unserer Heimatstube, Kirchstraße 52, 18 Uhr, mit kleinem Imbiss, stattfinden wird.

Gütersloh – Montags, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Realschule, Moltkestraße 13: In unregelmäßigen Abständen findet der Ostpreußische Singkreis statt. Informationen bei Renate Thamm, Telefon (05241) 40422.

Busfahrt zum Deutschlandtreffen in Kassel vom 16. bis 18. Mai – Bitte schon jetzt einen Platz für die Busfahrt reservieren bei Marianne Bartnik, Telefon (05241) 29211. Näheres bezüglich Ablauf, Programm und Preis wird in einem Faltblatt nach erfolgter Anmeldung mitgeteilt.

Sonntag, 23. März, 15 Uhr, Brauhaus, Unter den Ulmen: Jahreshauptversammlung. Anträge und Wahlvorschläge bitte bis zum 17. März einreichen beim Vorsitzenden Eckard Jagalla, Telefon (05241) 403872.

Köln – Am Dienstag, den 18. März trifft sich die Ostpreußenrunde um 14.30 Uhr im Bürgerzentrum Köln-Deutz, Tempelstraße 41–43, zur monatlichen Versammlung. Es wird noch darauf hingewiesen, dass eine vor Kurzem von G. Donder veröffentlichte Erzählung **„Gustav oder wie ein Mann seine Scholle in Masuren fand"** noch zu haben ist. In der Niederschrift erfährt man, was sich im Kreis Lyck, oder auch in Masuren, in den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts zugetragen hatte. Ein besonderes Augenmerk wirft der Autor auf den 35-jährigen Gustav, der auf der Suche nach einer neuen Existenz, auf einen mitten in den Feldern gelegenen Hof stößt. Unerwartet schnell tritt in sein Leben eine Wende ein. Außerdem erfährt der Leser viel, nicht nur über den Alltag, sondern auch über Schicksale, die sich zu dieser Zeit abspielten. Kriminelles nicht ausgeschlossen. Näheres unter: Tel. (0221) 712 35 72.

Lüdenscheid – Sonnabend, 22. März, 15 Uhr, Haus der Landsmannschaften, Sauerfelderstraße 27: Jahreshauptversammlung mit Wahlen und Grützwurstessen. Anmeldungen bis zum 15. März bei Jutta Scholz, Telefon (02351) 14548, und Rosemarie Biallas, Telefon (02351) 40720. – Die Lüdenscheider Gruppe fährt mit Gästen aus Iserlohn und Unna vom 17. Bis 19. Mai zum Deutschlandtreffen nach Kassel.

Neuss – Donnerstag, 3. April, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstuben, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür mit Kaffee und Kuchen. Programm wird in der Presse bekannt gegeben.

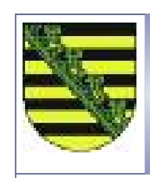
Witten – Montag, 17. März, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Romantisches Masuren, Land der tausend Seen.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen.

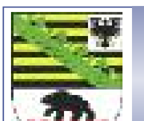


SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Gottesdienst zum Kirchentag der evangelischen Ostpreußen am Sonnabend, den 5. April in der St. Matthäus Gemeinde Zinsendorferstr. 14 in 09116 Chemnitz: Der Landesvorstand möchte alle interessierte Bürger ab 9.30 Uhr zum beginnenden Gottesdienst um 10 Uhr eingeladen. Dieser Gottesdienst wird Pfarrer in Rente Klaus Plorin halten und er wird an der Orgel von Werner Peter Seiferth und dem Gemeinde Posaunenchor unterstützt.

Im Anschluss wird Alexander Dierks ein Referat über Ostpreußen „gestern-heute-morgen" aus weltlicher Sicht halten. Danach wird Pfarrer i. R. Klaus Plorin ein Referat aus der kirchlichen Sicht über Ostpreußen „gestern-heute-morgen" halten. Am Nachmittag wird Werner P. Seiferth uns in seinem Referat „Auf die Spuren von Richard Wagner in Ostpreußen" führen. Ein kleines Kulturprogramm wird dann der Kindergarten der St. Matthäus Gemeinde auf führen. Und zum Schluss wird uns Hubertus Unfried zur Entstehung unser Stiftung „Erinnerung und Begegnung" einige Ausführungen machen. Das Schlusswort wird der Landesvorsitzende Alexander Schulz gegen 17 Uhr halten.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 28. März, 14 Uhr, Begegnungsstätte der Volkssolidarität: Dia-Vortrag „Eine Reise durch Ostpreußen".

Magdeburg – Freitag, 28. März, 15 Uhr, TuS, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. – Dienstag, 1. April, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Flensburg – Freitag, 21. März, 15 Uhr, Treffpunkt Mürwik, Kielseng: Kaffeerunde. **Vortrag** mit Bildern zum Thema „Flensburg-Mürwik aus alter Zeit". Referentin Frau Mikolejewicz. Anmeldung bei H. und W. Brandes, Telefon (0461) 74816. – Dienstag, 25. März, 19 Uhr, Restaurant Borgerforeningen: 75. Preußische Tafelrunde in Flensburg. Vortragsthema: „150 Jahre Deutsch-Dänischer Krieg 1864: Ursachen, Verlauf, Folgen und Bedeutung für die Gegenwart". Referent: Dr. Jürgen Schmidt, Berlin, Historiker mit Forschungsschwerpunkten deutsche (besonders preußische), osteuropäische und russische Geschichte. Anmeldung bitte nur bei Wolfgang Kanstorf, Telefon (0461) 64847.

Mölln – Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen des Ortsverbands Mölln führten am 26. Februar ihre **Jahreshauptversammlung** in Mölln durch. Nach Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit, wurde mit einer Gedenkminute den im letzten Jahr verstorbenen Mit-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Anzeigen



*Heimat, wohlgeborgen
zwischen Strand und Strom,
blüht heut' und morgen
unterm Friedensdom.
(aus dem Ostpreußenlied)*

Sieglinde Faby
geb. Majunke
* 23. 5. 1925 † 6. 3. 2014

Ihre Liebe galt uns – Ihre Sehnsucht der ostpreußischen Heimat.

In großer Liebe und Dankbarkeit
Im Namen aller Angehörigen
Christine Müller-Menzel

23560 Lübeck, Paul-Steen-Straße 42 A

Die Beisetzung fand im engsten Familienkreis statt.



*Das kostbarste Vermächtnis
eines Menschen ist die Spur,
die seine Liebe in unseren
Herzen zurückgelassen hat.
Vinzenz Erath*

Wolfgang Passlack

* 13. März 1934 Königsberg Preußisch Eylau — † 4. März 2014 Eutin

In Liebe
**Doris und Annette Passlack
seine Schwestern Karin, Ursel und Heidi
mit Familien
sowie alle Angehörigen und Freunde**

Wir haben im Familienkreis Abschied genommen.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

gliedern gedacht. Unser erster Vorsitzender Klaus Kuhr ging dann auf die Themen der Zusammenkünfte des vorigen Jahres ein. Hervorzuheben waren unsere Fachvorträge, Ausfahrten, Erntedankfest und unsere Adventsfeier mit einer kleinen Tombola. Der Gewinn aus dieser Tombola ist für die Jugendarbeit in Königsberg bestimmt. Alle Veranstaltungen waren immer gut besucht, im Durchschnitt 40 Personen. Nach Entlastung des Vorstandes durch unsere Kassenprüferin Ute Elbers, der einstimmig von den Mitgliedern genehmigt wurde, kamen wir zu den Neuwahlen. Als zweiter Vorsitzende wurde Herr Bruno Schumacher gewählt, als Beisitzer Herr Erwin Horning, Schriftführer Herr Joachim Oelers und Kassenprüferin Frau Edith Baltrusch. Alle wurden einstimmig gewählt und nahmen die Wahl an. Nach der Bekanntgabe des vorläufigen Veranstaltungsplanes für 2014 begann unser traditionelles Königsberger-Klopse-Essen. Es war wie immer hervorragend und reichlich wie es bei uns Ostpreußen so war. Nach dem gemeinsamen Singen des Liedes Land der dunklen Wälder bedankte sich der 1. Vorsitzende Klaus Kuhr für die geleistete Mitarbeit und wünschte allen eine gute Heimfahrt.

Unsere nächste Mitgliederversammlung findet am 26. März um 15 Uhr in Mölln im Quellenhof statt, und Herr Kämpfert aus Stockelsdorf hält einen Vortrag über den ersten Frieden von Thorn im Jahre 1411 unter dem Titel „Von Thorn zur Marienburg, die Geschichte des Deutschen Ordens im Preußenland und Ihre Akzeptanz bei Deutschen und Polen". Über einen zahlreichen Besuch würde die Landsmannschaft sich sehr freuen.

Schönwalde am Bungsberg – Donnertag, 20. und 27. März, 14 Uhr, Jugendherberge: Senioren-Begegnung.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Jena – Freitag, 28. März, 14 Uhr, Panorama Gaststätte Schlegelsberg, Oskar-Zachau-Straße 6, 07749 Jena: Gruppentreffen mit Lichtbildvortrag von Herrn Hamm zum Thema „Ostpreußen". Alle Landsleute sind herzlich willkommen.

Ostpreußisches Landesmuseum

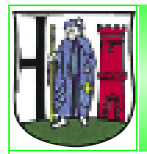
Noch bis zum 24. April wird die Sonderausstellung „,Alles brannte!' Jüdisches Leben und seine Zerstörung in den preußischen Provinzen Hannover und Ostpreußen" im Ostpreußischen Landesmuseum (OL) Lüneburg gezeigt.

Am Dienstag, 1. April, um 14.30 Uhr Vortrag von Hans-Jürgen Schalinski über „Das nördliche Ostpreußen. Einblikke in das Heute". Seit Öffnung des Kaliningrader Gebiets zu Beginn der 1990er Jahre bereiste der Referent viele Male das nördliche Ostpreußen. Neben einer interessanten Dokumentation seiner vielseitigen Erfahrungen liefert Schalinski zahlreiche wertvolle Tipps für Personen, die das Kaliningrader Gebiet auf eigene Faust kennen lernen wollen. Das OL empfiehlt eine rechtzeitige Reservierung. Kosten: 5 Euro (inklusive Kaffee und Gebäck).

Vorschau: Am Freitag, 28. März, um 19 Uhr Ausstellungseröffnung von „Karl Storch 1864–1954. Zwischen Holstein und Königsberg. Ein Berliner Sezessionist der ersten Stunde". Der Eintritt ist frei. Zu den einfallsreichsten und beliebtesten Malern in Königsberg gehörte der im schleswig-holsteinischem Bad Segeberg geborene Karl Storch d.Ä., dessen 150. Geburtstag in diesem Jahr gedacht wird. Die 27-jährige Wirkenszeit Storchs als Lehrer der Königsberger Kunstakademie (1902–29) stellt ein gewichtiges Kapitel der ostpreußischen Kunstgeschichte dar. Sein Werk umfasst Landschaften, Städteansichten und Porträts. Die Ausstellung läuft vom 29. März bis 15. Juni. *tws*

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

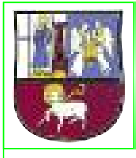


ALLENSTEIN STADT

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Danziger Str. 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131 und Fax (0209) 4084891, E-Mail: Stadt-Allenstein@ t-online.de

Gemeinsames Jahrestreffen

Das Jahrestreffen der Stadtgemeinschaft Allenstein findet gemeinsam mit dem Jahrestreffen der Kreisgemeinschaft Allenstein am 11. Oktober im Schloss Horst in Gelsenkirchen statt.



ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Hans-Peter Blasche, Lankerstraße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 17181290; (02131) 902700 (dienstl.), Telefax (02131) 902430 (dienstl.) Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Telefon (05401) 9770. www.alleinstein-landkreis.de

Vorstandssitzung

Der Kreisausschuss und die Vorsitzenden des Kreistages der Kreisgemeinschaft kamen Mitte Januar in Hagen a.T.W zur l. Vorstandssitzung im neuen Jahr zusammen. Gegenstand der Tagesordnung waren das gerade erst erschienene Heimatjahrbuch, dessen Auflagenreduzierung, die neue Versandliste, die Heimatkartei, die Familiennachrichten und die neu eingeführte Vereinsmitgliedschaft. Nach Einschätzung des Kreisvertreters hat auch das neue Heimatjahrbuch regen Zuspruch gefunden. Infolge der notwendig gewordenen Verringerung der Auflagenstärke konnten Druck- und Versandkosten wesentlich gesenkt werden. Wer das Heimatjahrbuch nicht erhalten hat, aber gleichwohl in die Versandkartei aufgenommen werden möchte, kann durch Ausfüllen und Einsenden der Postkarte „Neuanmeldung", enthalten am Ende des vorangegangenen Heimatjahrbuches (Nr. 43), abermals Aufnahme in die Versandliste finden. Familiennachrichten, wie hohe Geburtstage, Jubiläen und Todesfälle, werden aus Datenschutzgründen nur noch auf Wunsch veröffentlicht. Benutzen Sie hierfür bitte vorerst die Ende des Buches eingeheftete Postkarte „Anschriftenänderung".

In Ausführung der neuen Satzung ist es der Kreisgemeinschaft an Beitrittserklärungen unserer Leser zur Kreisgemeinschaft Allenstein Land sehr gelegen. Bei Interesse füllen Sie bitte das Formular Seite 177 des letzten Buches aus und senden es per Briefpost an den Kreisvertreter (wie oben). Sie gehen kein Risiko ein, erhalten hingegen volles Stimmrecht und haben Anspruch auf aktive Mitgestaltung. Im Anschluss an die Sitzung kam der Vorstand im Hotel Buller mit den Spitzen unserer Paten aus Osnabrück und Hagen sowie mit Vertretern unseres Partners des Landkreises Allenstein, Powiat Olsztyn, zum Gedankenaustausch im Rahmen der Versöhnungsarbeit zusammen. Der Schriftleiter übergab den Allensteinern ältere Ausgaben unseres Heimatjahrbuches, aus denen herzuleiten ist, dass unser langjähriger Landrat Georg Graf von Brühl, geb. 1882 auf Schloss Pförten Kreis Sorau in der Niederlausitz (Niederschlesien, heute polnisches Staatsgebiet) einen bedeutenden Vorfahren hatte, der einst Premierminister in Polen war, nämlich Heinrich Graf von Brühl, Freiherr zu Forst (1700–1763) unter dem Kurfürsten von Sachsen und König von Polen, August III, und dass Schloss Pförten seinerzeit häufig Begegnungsstätte zwischen Dresden und Warschau war. Auch das Rittergut und Schloss Bansen bei Groß Köllen in Ostpreußen, heute zum Landkreis Allenstein (Powiat Olsztyn) gehörig, stand bis 1945 im Besitz der Familie von Brühl, nachdem Landrat Georg Graf von Brühl im Jahre 1924 Jeanne von Stockhausen geheiratet und diese ihren Vater Clemens von Stockhausen, Landeshauptmann der Provinz Ostpreußen, allein beerbt hatte. Schloss Bansen ist heute Jugendbegegnungsstätte des Landkreises Allenstein.

Reger Zuspruch für neues Heimatjahrbuch

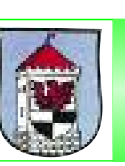
Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Nachrufe

Am 15. Dezember 2013 verstarb kurz vor Vollendung seines 85. Lebensjahres an seinem Wohnsitz in Remscheid unser früherer Kreisvertreter Leo Michalski (Gillau), der von Oktober 1989 bis April 2008 an der Spitze des Vereins stand. In den nahezu 20 Jahren seiner Amtsführung hatte er, die Gunst der Stunde nutzend (politische Wende des Jahres 1989), sich besonders um die Annäherung an die Kommunalbehörden in Allenstein Stadt und Land bemüht und zahlreiche Partnerschaften zwischen Großgemeinden aus den Landkreisen Osnabrück und Allenstein angebahnt. Ein ausführlicher Nachruf wird im kommenden Heimatjahrbuch erfolgen.

Zu beklagen ist leider auch der Tod von Helga Monkowski, (Jomendorf), der Ehefrau unseres Kreisvertreters a.D. Herbert Monkowski. Sie wurde am 28 Januar an ihrem Wohnsitz in Meinerzhagen unter großer Beteiligung besonders von unseren Landsleuten zu Grabe getragen. Die Verstorbene hatte sich durch jahrelange Bruderhilfe zugunsten unserer Heimatverbliebenen verdient gemacht.

Der Vorstand setzte den nach der neuen Satzung erforderlichen Termin zur Mitgliederversammlung mit Neuwahlen fest auf Sonnabend, den 14. Juni, 10 Uhr im Großen Sitzungssaal des Rathauses Hagen am Teutoburger Wald und den Termin zur 2. Kreisausschusssitzung 2014 auf Freitag, den 4. April, 15.30 Uhr in 58095 Hagen/Westfalen im Kolpinghaus, Bergischer Ring 18/ Ecke Hochstraße (schräg gegenüber den früheren Ostdeutschen Heimatstuben). Die Einladungen zur Mitgliederversammlung mit Wahlaufruf und Tagesordnung sowie die Bekanntgabe durch die *Preußische Allgemeine Zeitung* und die „Ermland Briefe" werden rechtzeitig erfolgen.



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

K.-W. Sadowski mit Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet

Kurt-Werner Sadowski, Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Angerburg, erhielt anlässlich seines 80. Geburtstages das Bundesverdienstkreuz. Landrat Hermann Luttmann ehrte das jahrzehntelange Engagement für die Völkerverständigung und Sport des in Bremen lebenden Angerburgers. Bereits seit 1958 engagiert sich Sadowski ehrenamtlich in der Kreisgemeinschaft Angerburg. Seit 1962 hat er einen Sitz im Angerburger Kreistag, im

Vorstand der Kreisgemeinschaft seit 1981. 1993 folgte die Wahl zum stellvertretenden Kreisvertreter und 2001 zum Kreisvertreter. Seitdem setzt sich der Geehrte für die Völkerverständigung und für die Verbesserung der Beziehungen zu den heutigen polnischen Bewohnern und den dortigen Kreisbehörden des früheren ostpreußischen Landkreises ein. Aufgrund dieses Engagements entstanden seinerzeit die partnerschaftlichen Beziehungen des Landkreises zum heutigen polnischen Landkreis Wegorzewo. Landrat Hermann Luttmann betonte in seiner Laudatio: „Dies ist der Grund, warum die Patenschaft für die Angerburger auch heute noch von allen im Kreistag vertretenen Parteien getragen und unterstützt wird. Die Angerburger blicken nämlich nicht nur zurück in die Vergangenheit, sondern schauen offen in die Gegenwart und Zukunft". Besondere Verdienste erwarb sich Sadowski bei der Wiederherstellung des deutschen Friedhofes in seinem Heimatort Benkheim im heutigen polnischen Landkreis Wegorzewo. Nach langen Verhandlungen mit den polnischen Behörden konnte dieser 2012 als Ort des Gedenkens eingeweiht werden. Neben seinem Einsatz für die

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 18

Kreisgemeinschaft Angerburg setzt sich Sadowski seit den 1960er Jahren für seine zweite große Leidenschaft ein, den Tischtennissport. Auch im Alter von 80 Jahren spielt er noch regelmäßig Tischtennis im Sportverein Weser Barme e. V., den er 1964 mitgründete, bis 1987 als Vorsitzender leitete und der ihn 1987 zum Ehrenvorsitzenden ernannte.

Daneben führte Sadowski den Tischtenniskreisverband Verden von 1971 bis 1975 als stellvertretender Kreisvorsitzender und von 1975 bis 2004 als Kreisvorsitzender. Auch dieser Verband ernannte ihn 2004 zum Ehrenvorsitzenden. Bleibt noch ein wenig Zeit übrig, verbringt er diese gerne mit seiner Ehefrau Ruth auf Reisen und Ausflügen.

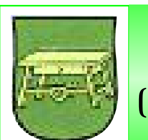


Bundesverdienstkreuzträger: Kurt-Werner Sadowski (m.) Bild: privat

Trauer um Werner Grisar

Angerburger trauern um Werner Grisar. Wieder hat die Kreisgemeinschaft Angerburg einen großen Verlust zu beklagen. Am 24. Februar 2014 verstarb Werner Grisar, Beauftragter für die Mitgliederbetreuung, im Alter von 74 Jahren an den Folgen einer heimtückischen Krankheit. Dieses arbeitsaufwendige Amt hat Werner Grisar seit dem 1. Oktober 1996 bis zuletzt mit großem Einsatz und sehr sorgfältig ausgeübt. Bereits vor der Wende im Osten Europas im Jahr 1989 und danach war Werner Grisar auf vielen Reisen nach Angerburg und Masuren als Reiseleiter dabei. Bei Begegnungen mit den heutigen Bewohnern und Gesprächen mit polnischen Verwaltungsstellen war er als Übersetzer, auch von Publikationen in polnischer Sprache, unverzichtbar. Bis zuletzt hatte der Verstorbene persönliche Beziehungen zu den heutigen Bewohnern in unserer Heimat. Erst 1957 war es Werner Grisar gelungen in die Bundesrepublik auszureisen, wo er sich beruflich neu orientieren musste.

Als Werkmeister im Bremer Mercedes Werk beendete Grisar seine berufliche Laufbahn und stellte sich für die Heimatarbeit in unserer Kreisgemeinschaft zur Verfügung. Seine Arbeit wurde hier sehr geschätzt. Sein vorbildlicher Einsatz für Angerburg und Ostpreußen wurde im Jahr 2007 mit der Verleihung des „Silbernen Ehrenzeichens der Landsmannschaft Ostpreußen“ gewürdigt. Mit Werner Grisar haben wir einen engagierten Heimatfreund verloren der eine große Lücke hinterlässt, die nur schwer zu schließen sein wird. Werner Grisar wird uns stets in Erinnerung bleiben als hilfsbereiter Mensch und heimattreuer Ostpreuße. Sein Wirken in unserer Gemeinschaft wird unvergessen bleiben. Unser Mitgefühl gilt seiner Frau und seiner Familie.

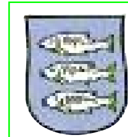


EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Mitarbeiter gesucht

Die Kreisgemeinschaft Ebenrode(Stallupönen) sucht für die Redaktion des jährlich erscheinenden Heimatbriefs und für das Bildarchiv der Kreisgemeinschaft je einen Mitarbeiter/Mitarbeiterin auf ehrenamtlicher Basis. Ein Computer oder Laptop, Internetanschluss und einige Kenntnisse der Bedienung sollten vorhanden sein. Die anfallenden Arbeiten sind bequem von zu Hause aus zu verrichten. Der Umfang der Tätigkeit kann frei vereinbart werden. Laufende Unkosten werden erstattet. Interessenten bitte beim Kreisvertreter melden.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Termine

17. Mai: Mitgliederversammlung (Beginn 17 Uhr) im Restaurant „Bootshaus“, Auedamm 27 in Kassel. Im Anschluss Lötzener Heimattreffen.

8. Juni: Goldene Konfirmation (ab 9 Uhr) der Jahrgänge 1963/64 in Ryn (Rhein). Kontakt: Pfarrer Jan Neumann.

8. Juni: Goldene Konfirmation (ab 11 Uhr) der Jahrgänge 1963/64 in Gizycko (Lötzen). Kontakt: Barbara Rothenberger (07256) 5288 oder M. K. Niezurawska (0048) 874286819.

22. Juni: Diamantene Konfirmation (ab 9.30 Uhr) der Geburtsjahrgänge 1938 bis 1942 in Gizycko (Lötzen). Kontakt: Christa Grenz (04821) 75188 oder Ursula Rätzel (07022) 9901585.

31. August: Rheiner Treffen im Kolping-Haus, Max.-Kolbe-Str. 14 – 18 in Bochum. Kontakt: Heinz Rothkamm (02204) 5869835.

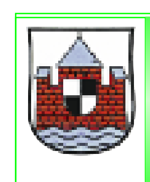
Ausstellungen

„Ostpreußen verzaubert“ – eine vom Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen/Bayern erarbeitete Tafelausstellung. Zu sehen im Foyer des Neuen Rathauses Neumünster, Großflecken 59, noch bis Freitag, den 11. April.

„Ostpreußen, wie es war – Kindheitserinnerungen in der Malerei von Helene Dauter“ – die neue Ausstellung im Heimatmuseum der Kreisgemeinschaft Lötzen, Sudetenlandstr. 18 h (Böklersiedlung) in der Patenstadt Neumünster.

Helene Lascheit wurde 1920 in Gilge, Kreis Labiau, im Nordwesten Ostpreußens, geboren; sie wuchs auf mit 12 Geschwistern. Bald nach ihrer Hochzeit mit Fritz Dauter müsste das Ehepaar auf die Flucht gehen, die für sie in Schleswig-Holstein endete. Erst als ihre beiden Kinder erwachsen waren, begann Helene Dauter mit der Malerei. Sehr rasch stellte sich heraus: „Ihre Bilder haben Seele.“ (Kieler Nachrichten 1986). Das bevorzugte Thema: Die eigene glückliche Kindheit am Kurischen Haff im Fischerdorf Gilge. Der Malerin ist in der Darstellung gelungen, dass jedes ihrer Bilder eine Geschichte erzählt. Von der Heuernte, von der Fahrt mit dem Klingerschlitten, von der Wäschebleiche, vom Spiel der Kinder, vom Elch im Winterwald, vom Vater, der zum Fischfang fährt ... Helene Dauter starb 1996; sie hat einen Bilderschatz hinterlassen.

Teile dieses Kunsterbes, dazu Informationstafeln, werden vom 15. März (Eröffnung um 14 Uhr) bis zum 21. Juni 2014 im schönen Ausstellungsraum des Heimatmuseums der Kreisgemeinschaft Lötzen mit seiner besonderen Atmosphäre zu sehen sein. Zur Ausstellung ist ein besonders gelungenes Begleitheft mit farbigen Abbildungen erhältlich.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Neuerscheinung

In der Tilsiter Regionalgeschichte ist die Rolle der pruzzischen Schalauer, der deutschen Siedler, der litauischen Zuwanderer und der Salzburger Glaubensflüchtlinge bei der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Stadtentwicklung ausführlich geschildert worden. Sie alle drückten der Stadt ihren Stempel auf. Nur wenig findet man in der heimatkundlichen Literatur über die Rolle der Juden. Doch auch sie waren Tilsiter. Die Stadtgemeinschaft Tilsit hat versucht, die bestehende Lücke zu schließen. Mit der Herausgabe der Schrift „Auch sie gehörten zu Tilsit“ wurde ein Beitrag zur Geschichte der Tilsiter Juden veröffentlicht. Die Schrift schildert auf 62 Seiten und mit 32 Bildern die Einwanderung der Juden nach Tilsit, besonders nach den preußischen Reformen, ihren wirtschaftlichen Aufstieg und ihre Integration in das Tilsiter Bürgertum, schließlich die Verfolgung unterm Hakenkreuz, die mit der Deportation im Jahre 1942 endete. Die Broschüre ist gegen eine Spende erhältlich und kann bei der Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz angefordert werden.

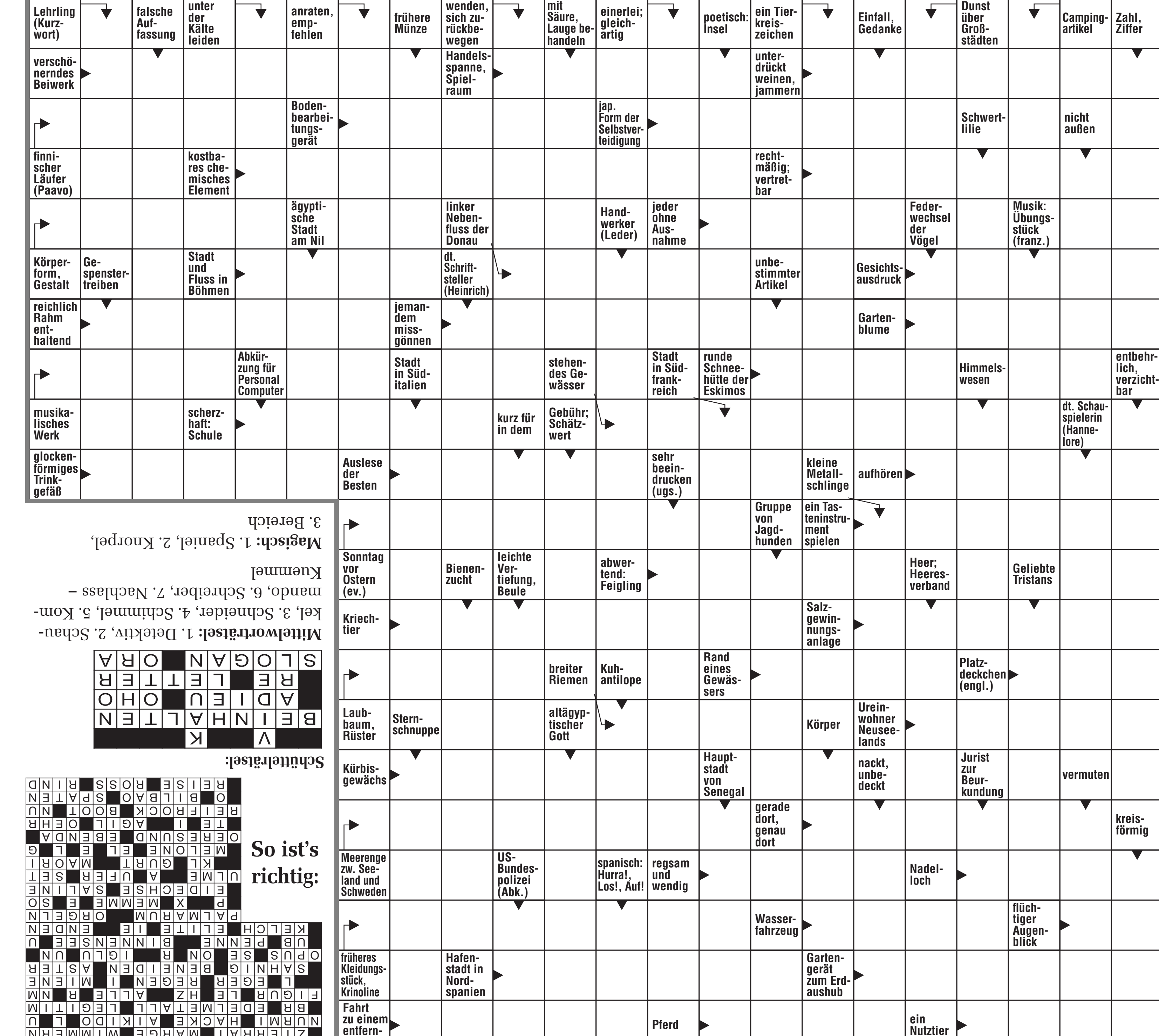
Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Kulturpreis

Der Bund der Vertriebenen in Bayern und seine in ihm zusammengeschlossenen Landsmannschaften schreiben den Kulturpreis 2014 aus.

Der Kulturpreis wird vergeben für künstlerische, literarische oder wissenschaftliche Beiträge oder für solche aus dem Bereich der Brauchtumspflege, die in den letzten drei Jahren in Bayern erstellt oder veröffentlicht wurden, oder Themen der Vertriebenen oder Spätaussiedler in Deutschland, des deutschen Ostens oder der deutschen Siedlungsgebiete in Ost- und Südosteuropa behandelten, oder das Verhältnis zwischen den Deutschen und den Völkern und Staaten Ost- und Südosteuropas in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zum Gegenstand hatten.

Für die Verleihung des Preises in Höhe bis zu 2000 Euro vorschlagsberechtigt sind die BdV-Kreis- und Bezirksverbände, die landsmannschaftlichen Landesverbände sowie die Mitglieder des Landesvorstandes des BdV-Bayern. Der Kulturpreis wird vom Landesvorstand des BdV-Bayern auf Vorschlag einer Jury vergeben. Die Jury besteht aus Vertretern des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration und des BdV-Bayerns. Die Verleihung findet beim Zentralen Tag der Heimat, am 20. Juli in Passau statt. Bewerbungen und Vorschläge sind mit den erforderlichen Unterlagen bis zum 15. Mai beim Bund der Vertriebenen, Landesverband Bayern e.V., Am Lilienberg 5, 81669 München einzureichen. *PAZ*



Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

ABEEH ILNNT | AELR | DEIOV | AEHL | AEKNU | OOTT | EEHR | ANOR

ADEIU | HOO

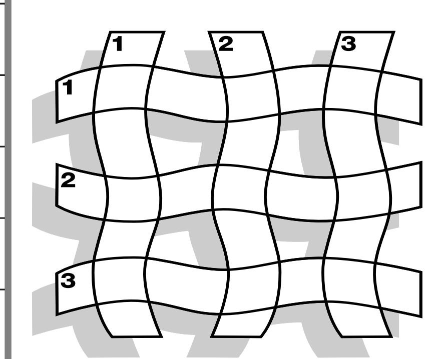
AGLN OS | EELR TT

AOR

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung eine Gewürzpflanze.

1	PRIVAT		BUERO
2	LUFT		PFERD
3	GLAS		GESELLE
4	GRAU		PILZ
5	SEGEL		BRUECKE
6	FERN		SEELE
7	PREIS		GERICHT



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

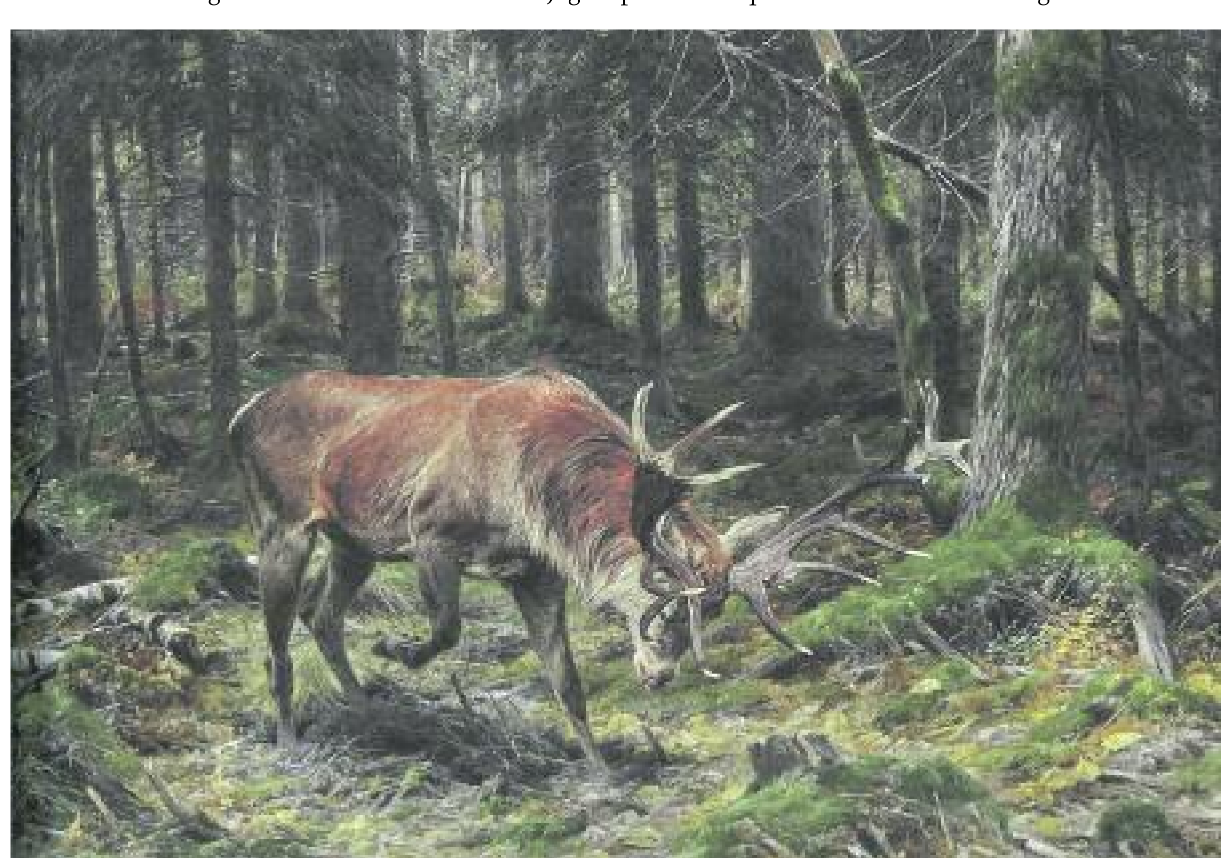
1 Rassehund
2 Stützgewebe
3 Gebiet; Wirkungskreis

Majestäten Ostpreußens

Neuer Bildband des Tiermalers Richard Friese erschienen

Richard Friese gilt neben Hans Kallmeyer als der Elch-Maler schlechthin. Der 1854 in Gumbinnen geborene Künstler hat in seinen 63 Lebensjahren auf unzähligen Blättern jede Elchpose festgehalten: der röhrende Elch, der kämpfende Elch, der erlegte Elch.

In dem wunderschönen mit einem Schuber ausgestatteten Bildband „Richard Friese. Sein Leben – seine Kunst“, das jetzt im Neumann-Neudamm Verlag erschienen ist (128 Euro), sind neben vielen Elchbildern auch Zeichnungen und Aquarelle exotischer Zootiere wie Löwen, Tiger oder Eisbären zu bewundern. Einer der Herausgeber dieses prächtigen Bandes ist kein geringerer als der Schweizer Jagdexperte und Spezialist der Rominter Heide, Andreas Gautschi. In dem 570-Seiten-Buch, das auf 165 Textseiten auch Frieses Leben beleuchtet, heißt es treffend: „Was bei der Betrachtung von Frieses Tierdarstellungen, je länger man es tut, vielleicht am meisten berührt, ist die Majestät der Urnatur, wenn sie unbelauscht und unbespäht vom menschlichen Auge ist.“ *H. Tews*



„Pascha“ als er noch lebte. Friese notierte: „Erlegt am 29. September 1910“ Bild: Verlag

Gedenkkonzert für Opfer

Königsberg-Reise aus Anlass des 70. Jahrestags der Bombardierung

Ein halbes Jahr vor der Vernichtung Dresdens hatte Königsberg ein ebenso schreckliches Schicksal erlitten. In der Nacht vom 29. zum 30. August 1944 haben 600 britische Bomber die Königsberger Innenstadt vernichtet. Tausende von Menschen verloren ihr Leben; über 150000 Menschen wurden obdachlos. Seit vielen Jahren lässt der russische Dombaumeister Igor Odinzow jedes Jahr in der Nacht vom 29./30. August zum Gedenken an diese Schreckensnacht die Glocken des Königsberger Doms läuten.

Am Freitag, dem 29. August 2014, dem 70. Jahrestag der Zerstörung Königsbergs, wird ein Gedenkkonzert im Dom stattfinden – die Gäste und die heutigen Einwohner der Stadt werden gemeinsam die Toten ehren und einander die Hand zur Versöhnung reichen.

Im Deutsch-Russischen Haus werden ein offizieller Empfang und eine Lesung aus einem aktuellen Buch von Gerfried Horst „Gedanken über die Zerstörung Königsbergs. Ein philosophischer Entwurf“ stattfinden. Nach der Lesung werden Zeitzeugen berichten, und im Anschluss kommt es zur feierlichen Übergabe der Zeitzeugenberichte an das Staatliche Gebietsarchiv.

Aus diesem Anlass veranstaltet die in Hamburg ansässige Reiseagentur Russland Reisen Romanova eine Gruppenreise vom 28. August bis 1. September nach Königsberg. Der Preis beträgt 850 Euro pro Person. Anmeldung und weitere Informationen zum Reiseprogramm: Russland Reisen Romanova, Mühlendamm 84a, 22087 Hamburg, Telefon: (040) 22697074. Die E-Mail lautet: info@romanova-reisen.de, Web: www.romanova-reisen.de. *PAZ*

Fleißiger Schotte

Wie Adam Miller nach Königsberg kam

Geschichte wird lebendig, wenn man sie mit den Wandlungen und Geschehnissen der Gegenwart verbindet, und dafür kann die Nachzeichnung des Lebens oder Erlebens unserer Vorfahren eine gute Brücke bilden.

In diesem Sinne hat der Berliner Autor Dietrich Miller den Versuch unternommen, den Lebensweg seines Ururgroßvaters Adam Miller zu verfolgen, der im Jahr 1816 in Falkirk/Zentralschottland geboren wurde, dort den Beruf des Eisengießers erlernte, später nach Königsberg zog, heiratete und eine Familie gründete. Da bezüglich der Lebensumstände Millers sowohl in Falkirk als auch in Königsberg zwangsläufig manches im geschichtlichen Dunkel liegt, war es schwer herauszufinden, was ihn nach Königsberg geführt hat und wie er sich hier seine Hoffnungen und Erwartungen erfüllen konnte.

Nachfahre berichtet über Urgroßvater

Im Buch werden bestehende historische Verbindungen zwischen Schottland und Preußen aufgezeigt und die Bedingungen für die berufliche, familiäre, religiöse, soziale, kulturelle Integration von Adam Miller in Ostpreußen zu untersucht. Dazu wird der historischen Entwicklung Preußens – speziell in Königsberg – in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nachgegangen und die Beziehungen zum Leben Millers ergründet.

Beleuchtet werden auch die Anfänge und das Aufstreben der Eisengießereiindustrie in Königsberg, in der Miller Arbeit fand, die Familie des Kahnschiffers, (Pregel-) Stromdieners und Gastwirts Gottlieb Ludwig Wendel, dessen Tochter Friederike Amalie den Schotten Adam Miller heiratete, die religiösen Bestrebungen und Auseinandersetzungen in dieser Zeit in Preußen, besonders das Verhältnis zwischen calvinistisch Reformierten und Lutheranern, die Bedingungen für das Wohnen und die Schulbildung der Kinder, schließlich auch die Möglichkeiten für die Teilnahme der Familie am kulturellen Leben in Königsberg.

Es war aber gleichermaßen notwendig, sich der Herkunft von Adam Miller und dem sozialen Umfeld seiner Familie in Falkirk zuzuwenden. Falkirks Geschichte ist ganz dazu angetan, den Stolz eines Schotten auf die Traditionen seines Volkes wachzuhalten. Im Sinne dieser Traditionen werden auf die schottischen Clans eingegangen und die Zugehörigkeit der Familie Miller zum Clan Mac Farlane begründet.

Besondere Würdigung findet das schottische 92. Regiment of Foot, die berühmten Gordon Highlanders, das in den Napoleonischen Kriegen auf dem Kontinent kämpfte und dem in dieser Zeit des Vater Millers als Soldat angehörte. Ein wesentlicher Teil ist dann der Entwicklung und dem weiteren Schicksal der Eisengießereien in Falkirk gewidmet. Angeführt wurden auch Angehörige bedeutender schottischer Familien, die in Osteuropa – in Ostpreußen ebenfalls – zu hohem Ansehen und Wohlstand gelangt sind.

Ein Bericht über das Leben des Schotten Adam Miller, wie er sich in die neue gesellschaftliche Umwelt integrierte, wäre unvollständig, ohne auf die weitere Entwicklung seiner Familie zumindest hinzuweisen. Hierfür wurde der 1846 geborene dritte Sohn von Friederike Amalie und Adam Miller und Urgroßvater des Autors –, Carl Rudolph – ausgewählt. Sein Beruf als Königlicher Lokomotivführer bei der Preußischen Ostbahn und die zeitweise Tätigkeit als persönlicher Lokführer Kaiser Wilhelm II. waren Veranlassung dafür, die Bedeutung des Eisenbahnbaus für die Industrialisierung in Deutschland hervorzuheben und das auch mit der anwachsenden Produktion von Lokomotiven in Königsberg zu verbinden.

Rudolph Carl und seine Geschwister – erst recht ihre Nachkommen – gingen voll in der deutschen Gesellschaft auf. Den Ausgangspunkt dafür hatte ihr Vater Adam mit seiner allseitigen Integration geschaffen. *D. Miller*

Das Buch „Adam Miller – Ein Schotte in Königsberg. Zeitgeschichtliche Studie einer Integration“, 212 Seiten, ist beim Cardamina Verlag in Plaidt für 30 Euro erhältlich. www.cardamina.net.

MELDUNGEN

Adorator aus Polen gekört

Neumünster – Der Trakehner Verband hat im Rahmen der Frühjahrskörung und Hengstschau in Münster-Handorf den dreijährigen Adorator von Cedrus aus der Alana von Agar gekört. Der Dunkelschimmel ist ein Halbbruder des bereits 2012 in Neumünster beim Hengstmarkt gekörten und als bester Springhengst ausgezeichneten Avatar. Mit Adorator körte der Verband erstmals einen Hengst, der nicht nur in Polen gezüchtet wurde, sondern auch in polnischem Besitz steht.

Züchter des sehr sportlichen dreijährigen Hengstes ist Krysztof Wojsiat, Besitzer des eben gekörten Adorator ist Marek Przeczewski aus Milakowo. Adorator zeigte sich in Münster mit großer Galoppade und viel Mechanik und Aktion im Trab. Souverän zeigte sich der Trakehner Hengst auch bei der Pflastermusterung und im Freispringen. Adorator geht über seinen Großvater mütterlicherseits, Agar, auf den in der Warmblutzucht so erfolgreichen Veredler Hyperion zurück, väterlicherseits unter anderem auf den Trakehner Poprad, eines der erfolgreichsten Trakehner Springpferde (7. Platz Olympische Spiele 1972). Wie sein Halbbruder führt Adorator mit über 50 Prozent einen hohen Vollblutanteil.

Insgesamt vier Hengste präsentierten sich der Körkommission der Trakehner Verbandes, restlos überzeugen konnte die Kommission als Hengstanwärter lediglich Adorator. *PAZ*

Ostern bei den Schlesiern

Ratingen – Das Oberschlesische Landesmuseum zeigt vom 23. März bis 4. Mai die Ausstellung „Ei-Faszination. Ostereier und Osterbräuche“. Dabei werden auch handgefertigte Ostereier aus dem Oppelner Raum zum Kauf angeboten. Als Eröffnungskonzert der Ratinger Richard-Strauss-Tage findet am 6. April um 17 Uhr ein Liederabend mit Strauss-Werken statt. Eintritt: 10 Euro. Ort: Oberschlesisches Landesmuseum, Bahnhofstraße 62, 40883 Ratingen. Infos unter www.oslm.de. *tws*

Vierbeiner als Heilmittel

Hippotherapie erfreut sich wachsender Beliebtheit – Pferde helfen Menschen bei psychischen Sorgen und Problemen

Ein Pferd ist nicht bloß „Sportgerät", sondern kann auch äußerst wirksames Therapiemittel sein. Immer mehr Einrichtungen bieten therapiebegleitende Maßnahmen an, um durch die Kommunikation zwischen Mensch und Tier altersbedingte Depressionen bei Senioren, Stresssymptome bei Managern, Essstörungen bei jungen Menschen, Aufmerksamkeitsstörungen bei Kindern oder Traumata heilen zu helfen.

War das Pferd einst nur nützlich gewesen, so sei es heute unentbehrlich, meint Therapeut Jérôme Garcin aus Frankreich. Damit ist auch gesagt, dass der Einsatz des Pferdes als therapeutisches Hilfsmittel längst internationale Dimensionen erreicht hat. Denn neben seiner Rolle als Athlet und Freizeitgefährte ist das Pferd fast unbemerkt in eine weitere, immer wichtiger werdende Rolle geschlüpft: die des Mediums. Vor allem beim Therapeutischen Reiten, das inzwischen pädagogische, psychologische, psychotherapeutische, rehabilitative und sozial-integrative Maßnahmen umfasst.

Die therapeutischen Eigenschaften des Pferdes sind seit der frühen Antike bekannt. Schon in den Äskulap geweihten Tempeln, die als Heilstätten dienten, wurden Patienten zur Stärkung der Glieder und Heilung von psychosomatischen Krankheiten aufs Pferd gesetzt. Auch der Sokrates-Schüler Xenophon betrachtete das Pferd als Lehrmeister nicht nur für den Körper, sondern ebenso für Geist und Seele. Schließlich sah selbst Goethe das Pferd als „Organ des Menschen" an und wies auf die Heilwirkung des Reitens hin.

In der Praxis greift man schon lange auf diese Weisheiten zurück. Dennoch sind sie nicht offiziell anerkannt. Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) begründet das so: „Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) als oberstes Organ der Selbstverwaltung im deutschen Gesundheitswesen hat im Jahr 2006 die Hippotherapie einem formellen Bewertungsverfahren unterzogen und festgestellt, dass es keine zuverlässigen Aussagen gibt, die den zusätzlichen Nutzen und die medizinische Notwendigkeit der Hippotherapie im Vergleich zu bereits angewandten Heilmitteln belegen." Im Ergebnis heißt das, dass die krankengymnastische Reittherapie nicht von der Gesetzlichen Krankenversicherung bezahlt wird, da billigere Alternativen der Physiotherapie zur Verfügung stünden und so keine Versorgungslücke vorliege.

Jeder Mensch, der Umgang mit Pferden hat, wird bestätigen, dass diese Beziehung eine besondere ist. Die wachsende Bedeutung des Pferdes in Zeiten, wo die Seele auf der Strecke zu bleiben droht, ist daher nur eine logische Folge. Immer mehr Fachärzte und Kliniken, zum Beispiel die Charité in Berlin oder die Klinik Hennigsdorf der Oberhavel Klinik, beziehen daher bei psychischen Erkrankungen das Pferd in ihre Therapie mit ein.

Entsprechend wächst das pferdegestützte Angebot. So arbeitet etwa Silke Ritthaler aus Groß Kordshagen bei Stralsund mit der Tagesklinik Uhlenhaus zusammen und das nicht nur zur Stärkung und Wiedererlangung des Selbstwertgefühls von Erwachsenen, sondern auch von Kindern. Mit ihren vierbeinigen Partnern unterstützt die examinierte Lehrerin und erfolgreiche Managerin therapiebegleitend traumatisierte, depressive und Borderline-Patienten ebenso wie jene mit Burnout-Syndrom und Angststörungen.

Ritthaler sagt: „Das Pferd ist ein Quell von Informationen. Es liest aus der Körpersprache des Menschen dessen Gefühle und Wünsche und kann seine Wahrnehmung sehr gut ausdrücken. Man muss die Mitteilung nur verstehen. Durch die Weiterleitung meiner Beobachtungen an den behandelnden Psychotherapeuten entsteht eine interessante Wechselwirkung. Bisher haben schon etwa 125 Patienten an einer Gruppentherapie teilgenommen. Die Fortsetzung in Einzeltherapie ist danach immer möglich."


Glück auf Erden auf dem Rücken der Pferde gefunden: Auch für behinderte Menschen ist Reittherapie segensreich Bild: action press

Kostbare Qualitäten, die längst Eingang ins Wirtschaftsleben gefunden haben. Diskret und individuell bietet daher Ritthaler ebenso pferdegestütztes Management-Training an. Genauso wie beispielsweise Bianca Glöe aus Klein-Nienhagen bei Rostock, die in gepflegter Landhaus-Atmosphäre besonders Frauen-Seminare mit pferdegestützten Übungen zum Konflikt-Management und Führungskräfte-Training veranstaltet. „Hauptsächlich Firmen greifen auf dieses Angebot zurück", so Glöe, „daneben aber auch Einzelpersonen." Man muss sich das spezielle Coaching nur leisten können. Selbstzahler berappen 560 Euro.

Training kostet 560 Euro

Auf ganz anderem Niveau dient das Pferd im Fördercentrum Mensch & Pferd e.V. seit 2001 als Qualifizierungshelfer. Die Idee kommt aus England, wo seit 1976 The Fortune Centre of Riding Therapy ein ähnliches Projekt erfolgreich praktiziert. Ziel ist es, Jugendlichen am Rande der Gesellschaft ohne Perspektive und Lobby, mit Sonder-, Hauptschul- oder ohne Schulabschluss sowie mit leichter Behinderung zum Pferdepfleger auszubilden und damit einen Weg in die Arbeitswelt zu eröffnen. Über 100 Teilnehmer sind ihn bisher gegangen. Die Erfolgsquote liegt bei über 90 Prozent. Unterstützt wird das Projekt von der Agentur für Arbeit.

„Träger des pädagogischen Konzeptes ist das Pferd", so die Stiftungs-Vorsitzende. Denn, wie Peter Bamm in seinen Erinnerungen „Eines Menschen Zeit" schreibt: „Wer gelernt hat, mit einem Pferd umzugehen, hat ein Stück Erziehung an sich selbst vollbracht. Er wird es immer leichter haben, mit Menschen umzugehen."

Eines der neuesten Projekte wendet sich mit Unterstützung der Deutschen Reiterlichen Vereinigung (FN) an Senioren. 2010 lud erstmals ein ambulanter Pflegedienst seine Klientel in den Kleinbus und fuhr mit ihr zum Schimmelhof in Bremen. Seitdem freuen sich bis zu 20 ältere Leute regelmäßig auf die „Führzügelklasse für Senioren".

Im Vordergrund steht dabei nicht so sehr der therapeutische Ansatz, sondern vielmehr die Freude am Umgang mit dem Pferd. Die Teilnehmer sind in der Regel über 80 Jahre alt, sitzen sogar im Rollstuhl oder müssen sich mit einem Rollator bewegen. Neben anfassen und in die Augen schauen können sie sogar etwas mit den Tieren unternehmen. Wer möchte, kann die Pferde putzen oder sich sogar auf ihren Rücken setzen und führen lassen. Selbst Demenzkranke finden auf dem Pferderücken wieder ihr Vergnügen. Zur Nachahmung empfohlen! *Helga Schnehagen*

Sorglose »Reychs«-Herren

In Böhmen entdeckt man deutsche Schlaraffen-Kultur – Die Genießer-Zirkel sahen sich als Parodie auf elitäre Männerbünde

Vor mehr als anderthalb Jahrhunderten nahm von Prag der Geselligkeitsverein Schlaraffia seinen Ausgang. Entstanden ist der Männerbund als ein selbstironischer Reflex auf den Hochmut der Arrivierten. Heute gehören ihm weltweit rund 10000 Mitglieder an, die in etwa 240 verschiedenen „Reych" genannten Niederlassungen das schlaraffische Spiel pflegen, ganz so wie es einst von der „Urmutter Praga" herausgebildet wurde.

Um zu wissen, was es damit auf sich hat, müssen wir zurückblikken auf das Jahr 1859, als auf Europas Thronen noch gekrönte Häupter walteten. Damals ersuchte ein Sänger des Ständetheaters um Aufnahme in die Künstlervereinigung „Arcadia". Wegen seiner Mittellosigkeit wurde er als „Prolet" abgewiesen. Sein Intendant Thomé trat daraufhin aus der bigotten „Arcadia" aus und gründete den „Proletenklub" der bald in „Schlaraffia" mündete.

Von Oktober bis Mai werden seither wöchentlich „Sippungen" genannte Zusammenkünfte abgehalten. Die gravitätische Wichtigtuerei von Adel, Klerus und Großbürgertum wurde dabei persifliert. Das schlaraffische Spiel hat die Monarchie überlebt. Das Miteinander beruht auf Kunst, Humor und Freundschaft. Und damit diese drei Säulen nicht wanken, darf von Religion, Politik und Wirtschaft nie die Rede sein. Frauen bleiben ausgeschlossen, was dazu angetan ist, diese ungefähr so tief zu kränken, wie Männer, die nicht an Damenkränzchen teilhaben dürfen.

Naturgemäß blühte die Schlaraffia in den habsburgischen Ländern, deren Kind sie war, besonders üppig. Im Mutterland Böhmen kam sie mit der Vertreibung des deutschen Bevölkerungsanteils völlig zum Erliegen. In Iglau und Prag gibt es derzeit Versuche, aus dem alten Wesen neue Funken sprühen zu lassen.

Neißeburg war eine Schlaraffia-Hochburg

Obwohl die Slawisierung Deutschböhmens demografisch abgeschlossen ist, entdecken die dort lebenden Tschechen immer wieder die Deutschheit des Landes als eine deutsche. Keiner will mehr aus ideologischen Gründen diese Spuren verwischen. Im Gegenteil zeigen sich immer mehr Menschen fasziniert von den Spuren einer untergegangenen Kulturblüte. Zu der gehörte auch das Schlaraffentum, dessen Reyche hier besonders dicht gesät waren. Zwischen Friedland, Varnsdorf, Trautnau, Reichenberg und Gablonz gab es einen regen Besuchsverkehr, schlaraffisch Ausritt, respektive Einritt, genannt.

In Gablonz hat sich mit der Neißeburg das einzige genuin schlaraffische Bauwerk erhalten. Geschaffen wurde es vom Erzritter Bramante (dem Architekten Arwed Thamarus) des 1909 dort gegründeten Reyches „Preciosa Iserina". Für die würdige Innenausstattung sorgten die schlaraffischen Professoren der Kunstgewerbeschule der Glasmacherstadt. In seiner Eigenschaft als Bürgermeister der Stadt vermochte der Erzritter Jucundus durchzusetzen, dass die anliegende Straße den kuriosen Namen „Burggasse" verpasst bekam.

Obwohl die Schlaraffen mit den Freimaurern ebenso wenig gemeinsam haben wie mit Karnevalisten, hat das nationalsozialistische Gesetz gegen die Geheimgesellschaften auch ihnen nachhaltig den Spaß an der Freude verdorben. Das 30. Stiftungsfest musste 1939 abgeblasen werden und die Neißeburg wurde der Stadt übereignet.

Jan Strnad, der in der Städtischen Galerie arbeitet, versammelte vor Kurzem über 100 Interessierte im Souterrain der Buchhandlung „Serius" am Platz des Friedens in Gablonz. An einem Bücherregal war die alte Reychsfahne der Schlaraffia Reichenbergia befestigt. In der ersten Reihe saßen drei aus Teplitz angereiste „Profane", die sich mit via Internet erworbenen schlaraffischen Insignien, Kappe, Schärpe und Abzeichen versehen hatten und


Schlaraffen-Treffen: Säbelrasseln nur mit Holz Bild: imago

mit dem Schlaraffengruß „Lulu" den Raum betraten, als kämen sie in die alte Neißeburg. Und die gibt es wirklich noch. Sie liegt fünf Minuten zu Fuß entfernt am Ufer des Flüsschens und befindet sich in jämmerlichem Zustand. Nun hat das lokale Bildungsbürgertum eine Petition initiiert, die den Erhalt des Bauwerkes verlangt.

Als Lehrer an einer kunsthandwerklich orientierten Mittelschule entdeckte Strnad bei einem Restaurierungsauftrag vor 25 Jahren den früheren Versammlungssaal der Reichenberger Schlaraffen mit Schmuck und Vitrinen. Das war der Beginn seiner Beschäftigung mit dem Thema. Seitdem setzt er sich für eine Sanierung der Ruine ein: „Die schlaraffischen Ideale sind so aktuell wie nie. Sind wir doch immer noch und stärker denn je betroffen vom seelenlosen Materialismus und der eitlen Gier nach Geld und Geltung. Wenn wir auch keine modernen Schlaraffen sind, so finden doch deren Bemühungen um geistige Verfeinerung unsere begeisterte Zustimmung."

Seit Jahren bemüht sich das Feldlager in Görlitz die Sanktionierung des Allschlaraffenrats für das Wiedererstehen eines eigenen Reyches zu erlangen. Auch die drei Teplitzer würden gern an frühere Tage anknüpfen. Allein es mangelt dort noch an echten Schlaraffen vor Ort, die unabdingbar sind für eine Neugründung.

In Prag kommt im Restaurant „U Purkmistr" auf der Vodicka unregelmäßig ein schlaraffischer Stammtisch zusammen. Neugierige Gäste sind immer gern gesehen. Einzige, offenbar sehr schwierige Bedingung, welche die Renaissance der Schlaraffia am Ursprungsort verhindert, ist die Erfordernis der deutschen Verkehrssprache bei den Zusammenkünften, wie es Spiegel und Ceremoniale der Urmutter Praga vorschreiben. In Kapstadt, Washington, Paris und auf Mallorca gibt es Schlaraffenreyche, in Böhmen nicht mehr, oder noch nicht wieder. *Sebastian Hennig*



Als die SPD weiter war

Reformen kamen aus Partei

Gerhard Schröder praktizierte als Bundeskanzler gern einen „Basta“-Führungsstil. Oder kokettierte er damit eher? Das Bild des „Basta-Kanzlers“ trug jedenfalls maßgeblich dazu bei, dass sich bis heute die Ansicht hält, Schröder habe die als wenig sozialdemokratisch wahrgenommene Agenda 2010 seiner Partei, der SPD, quasi hinterrücks übergestülpt.

Sebastian Nawrat zeigt in seiner Dissertation überzeugend, dass davon nicht die Rede sein könne. Anhand der programmatischen Debatten der deutschen Sozialdemokratie in den letzten drei Jahrzehnten wird deutlich, dass sich die sozial- und wirtschaftspolitische Wandlung nicht abrupt, sondern langfristig vollzog.

Nach einem kurzen Resümee der Debatten bis 1982, also bis zur Ablösung der sozialliberalen Koalition, betrachtet Nawrat die Entwicklung in drei Abschnitten. Für die Zeit bis 1989/90 stellt er fest, „dass die SPD unter Wahrung ihrer Identität als Sozialstaatspartei eine ökologische Transformation ihres weiterhin hohen wirtschaftspolitischen Steuerungsanspruchs vornahm“. Stagnation bezüglich der Sozialpolitik, die enge Verbindung mit den Gewerkschaften und Nachfrageorientierung seien kennzeichnend gewesen. Nicht zuletzt habe man die sich etablierenden Grünen als Koalitionspartner im Auge gehabt. All das kommt in der Kapitelüberschrift „Ein grüner Keynes“ treffend zum Ausdruck.

Mit der Wiedervereinigung begann sich eine Änderung abzuzeichnen. Seit Anfang der 1990er Jahre wurden in der programmatischen Diskussion der SPD deutlich die Linien sichtbar, welche dann 2003 mit der „Agenda 2010“ konkret Gestalt annehmen sollten. Ursprüngliche theoretisch-programmatische Grundlagen waren angesichts sich verändernder ökonomischer und gesellschaftlicher Realitäten nur bedingt oder gar nicht mehr aufrecht zu erhalten. Unter anderem sah sich die SPD „mit einem zugespitzten Zwang zur Haushaltkonsolidierung konfrontiert“. Eine starke Ausrichtung an einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik sei nun festzustellen gewesen. Wichtiges Schlüsselmoment war nach Nawrat die Privatisierung der Post. Die Vorstellungen der Gewerkschaften hätten sich immer weniger durchsetzen können, vorherrschend sei Sparzwang und die entsprechende Beteiligung der SPD an der Verringerung des sozialstaatlichen Leistungsspektrums gewesen. Für diese Wandlung, welche Nawrat als „heimliches Godesberg“ bezeichnet, sei die Standortdebatte von entscheidender Bedeutung gewesen, die marktliberale Wende sei von den Medien eingefordert und positiv begleitet worden.

Agenda 2010 nicht Schröders Kind allein

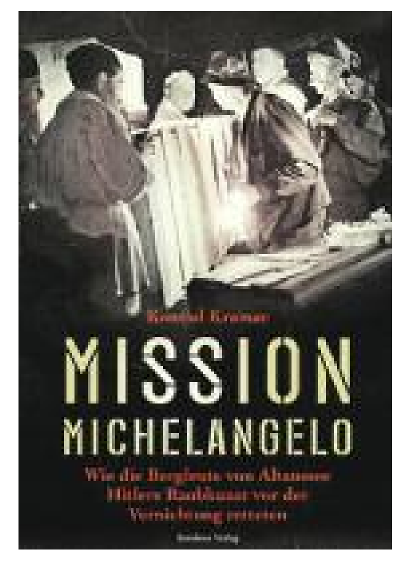
Dieselben Medien waren es dann aber, welche die Umsetzung der Arbeitsmarktreformen äußerst kritisch begleiteten. Im Juni 2003 wurde die „Agenda 2010“ auf einem Bundesparteitag mit 90 Prozent der Stimmen verabschiedet. Für die Zeit danach ist bekanntlich eine „partielle Distanzierung“ der SPD von ihrer eigenen Politik zu konstatieren – einer Politik, die sich den Herausforderungen an der Schwelle vom 20. zum 21. Jahrhundert gestellt hat.

Erik Lommatzsch

***Sebastian Nawrat: „Agenda 2010 – ein Überraschungscoup? Kontinuität und Wandel in den wirtschafts- und sozialpolitischen Programmdebatten der SPD seit 1982“**, Verlag J. W. H. Dietz, Bonn, geb., 320 Seiten, 32 Euro*

Falsche Retter gefeiert

Altaussee: NSDAP-Mitglieder und Bergleute sicherten NS-Raubkunst



Derzeit läuft in den Kinos George Clooneys Film „Monuments Men. Ungewöhnliche Helden“, in dem die Tätigkeit der Angehörigen der „Monuments, Fine Arts and Archives Section“ (MFA&A) der US-Army glorifiziert wird. Diese Männer sollten zum Ende des Zweiten Weltkrieges Kunstschätze sicherstellen, die von den Nationalsozialisten verschleppt worden waren und in den Wirren des Endkampfes der Vernichtung anheim zu fallen drohten.

Im Gegensatz zu Hollywood hatten aber deutsche und österreichische Zivilisten oft schon den gefährlichsten Teil der Rettung erledigt, bevor die GIs eintrafen. So auch im Salzbergwerk von Altaussee in der Steiermark. Allerdings ranken sich um die Details der Bergung der hier eingelagerten Kunstwerke von Weltrang, darunter Michelangelos Brügger Madonna und van Eycks Genter Flügelaltar, zahlreiche Mythen, die es schwer machen, Realität und Fiktion zu unterscheiden. Umso verdienstvoller ist es, dass der Journalist Konrad Kramar und die Historikerin Inge Korneck, welche Kramar bei seinen Recherchen unterstützte, jetzt eine sorgfältig gearbeitete Studie vorlegen, in der nur gesicherten Fakten auf den Tisch kommen.

Tatsache ist beispielsweise, dass Hitler zwar am 19. März 1945 den apokalyptischen „Nero-Befehl“ erließ, der besagte, dass nichts von ökonomischem Wert in die Hände des Feindes fallen dürfe. Damit meinte er jedoch keinesfalls die Kunstschätze, welche ab 1943 aus ganz Europa herangeschafft und in die Salzstollen der „Ostmark“ verbracht worden waren.

Reichssicherheitschef der SS gab grünes Licht

Vielmehr handelte der Gauleiter von Oberdonau, SS-Obergruppenführer August Eigruber, vollkommen eigenmächtig, als er Ende April 1945 acht 500-Kilo-Bomben in das Salzbergwerk von Altaussee schmuggeln ließ, durch deren Sprengung die eingelagerten Kulturgüter vernichtet und somit dem befürchteten bolschewistischen Zugriff entzogen werden sollten.

Fest steht weiterhin, dass die Rettungsaktion vom 3. Mai 1945 – also sechs Tage, bevor eine erste Abteilung der Monuments Men unter Captain Robert Posey eintraf – nicht von österreichischen „Widerstandskämpfern“ durchgeführt wurde, sondern von Restauratoren und Mitarbeitern des Bergwerkes, welche sich vorher bei Ernst Kaltenbrunner grünes Licht dafür geholt hatten. Ja, kein Geringerer als der in die „Alpenfestung“ geflüchtete Chef des SS-Reichssicherheitshauptamtes sorgte dafür, dass Eigrubers irrsinnige Befehle ohne Gefahr der Handelnden konterkariert werden konnten – wohl weil Kaltenbrunner hoffte, sich so das Wohlwollen der Amerikaner zu erkaufen.

Wie Kramar und Korneck zeigen, waren der Generaldirektor der Salinen, Emmerich Pöchmüller, Bergrat Otto Högler und der Restaurator Herbert Seiberl führend an der Unschädlichmachung der Sprengkörper sowie der Sicherung der Stolleneingänge beteiligt. Allerdings handelte es sich hier um NSDAP-Mitglieder, die nach Kriegsende in Internierungslager kamen, woraufhin die Stunde der Opportunisten und Lügner schlug, welche sich den Amerikanern andienten und behaupteten, ihnen komme das Verdienst zu, die 6577 Gemälde, 230 Zeichnungen, 954 Grafiken, 173 Statuen und 1200 Bücherkisten gesichert zu haben. An erster Stelle zu nennen wären hier der Mineraloge Hermann Michel sowie der äußerst zwielichtige „Widerstandskämpfer“ Albrecht Gaiswinkler, dessen selbstherrlich-kriminelles Gebaren am Ende sogar der Besatzungsmacht zu arg wurde, was aber nicht verhinderte, dass Gaiswinkler später für die SPÖ in den Nationalrat in Wien einziehen konnte und lange als der Held galt, dem die Menschheit verdankt, dass Kulturgüter von unschätzbarem Wert erhalten blieben.

Mit ihrer Demontage der Legenden um die Rettung der Kunstschätze in der Salzmine von Altaussee haben Kramar und Korneck eine weitere Geschichtsfälschung aufgedeckt und gezeigt, wie wenig Verlass doch auf bestimmte „historische Gewissheiten“ ist.

Wolfgang Kaufmann

***Konrad Kramar: „Mission Michelangelo. Wie die Bergleute von Altaussee Hitlers Raubkunst vor der Vernichtung retteten“**, Residenz-Verlag, St. Pölten 2013, geb., 181 Seiten, 21,90 Euro*

Weitere Rätsel dank Google Earth

Können gigantische Monolithe von Menschenhand geschaffen sein?



Erich von Däniken ist zweifellos eine Legende – und das bereits seit 1968, dem Jahr, in dem er mit seinem Buch „Erinnerungen an die Zukunft“ einen weltweiten Verkaufserfolg landete. Damals trat der mittlerweile 78-Jährige zum ersten Mal mit der viel belächelten Theorie an die Öffentlichkeit, dass die Menschheit in der Vergangenheit Kontakt mit außerirdischen „Lehrmeistern“ gehabt habe. Dem Erstlingswerk folgten weitere Titel, welche eine Gesamtauflage von 65 Millionen Exemplaren erreichten und in 32 Sprachen übersetzt wurden. „Unmögliche Wahrheiten“ ist die Nummer 38 und versucht insbesondere durch ein reiches und qualitativ hochwertiges Bildmaterial zu punkten: Den 198 Fotos und Zeichnungen stehen diesmal bloß rund 100 Seiten Text gegenüber.

Seine unorthodoxen Auffassungen braucht man nicht zu teilen, jedoch bleibt die Tatsache bestehen, dass die etablierte Wissenschaft immer noch keine plausiblen Erklärungen für die Linien und Zeichnungen anbieten kann, die er erwähnt. Der Schweizer Ex-Hotelier ohne wissenschaftliche Ausbildung fragt, wer die Linien auf der Hochebene von Nazca und die gigantischen Monolithe in der Felsenburg von Sacsayhuaman in Peru geschaffen habe. Auch präsentiert von Däniken anhand von eindrucksvollen Fotos, dass die Linien von Nazca beileibe nichts Einzigartiges sind, sondern zahlreiche Ebenbilder auf der ganzen Welt haben, welche dank Google Earth nun entdeckt werden. Dies interpretiert Däniken erneut als Indiz für eine weltweit einheitliche „Ideologie unserer steinzeitlichen Vorfahren“, die angeblich nur infolge zahlreicher Kontakte mit einer technologisch überlegenen außerirdischen Zivilisation entstanden sein könne.

Das Gleiche gilt für die im Buch erwähnten rätselhaften Technologien, welche bei der Fertigung der Megalithe von Puma Punku im Hochland von Bolivien zum Einsatz gekommen sein müssen. Tatsächlich erscheint es de facto unmöglich, mit steinzeitlichen Methoden ausgedehnte und hochexakte Vertiefungen in extrem hartes, granitähnliches Gestein zu hauen.

Die Archäologen wären also gut beraten, die Beispiele aufzugreifen: Sie existieren nun einmal und fordern die etablierte Wissenschaft zu einer Erklärung heraus, die nachvollziehbar ist.

W.K.

***Erich von Däniken: „Unmögliche Wahrheiten. Von Südamerika nach anderswo“**, Kopp, Rottenburg 2013, geb., 239 Seiten, 19,95 Euro*

In den Tod geschüttelt

Rechtsmediziner fragen, warum Kindesmisshandlung in Deutschland trotz hohen Mitteleinsatzes möglich ist

Dass Anwälte mit Berichten aus ihrem Berufsalltag Bestseller landen können, hat der Promi-Anwalt Ferdinand von Schirach in den letzten Jahren bereits mehrfach bewiesen. Dass Rechtsmediziner mit nüchternen Fallschilderungen und einer Analyse der Missstände dies auch können, belegen gerade Michael Tsokos und Saskia Guddat. Die beiden Mediziner der Berliner Charité haben mit „Deutschland misshandelt seine Kinder“ zudem in vielen Medien eine Diskussion über die Probleme im deutschen System ausgelöst.

Tsokos, der Professor für Rechtsmedizin ist und auf dem Gebiet der Forensik einen guten Ruf hat, ist bereits seit einigen Jahren auch als Autor erfolgreich, erst seine junge Kollegin Guddat gibt dem Buch jedoch die nötige Praxisnähe. Die 1980 geborene Fachärztin berät Berliner Kinderkliniken, den Berliner Kinder- und Jugendgesundheitsdienst sowie Ermittlungsbehörden, Gerichte und Jugendämter.

„Schon an den Vornamen mancher Kinder lässt sich die Risikolage ableiten: Kinder mit Namen wie Collien Joe, Jayden oder Tyler Reese wachsen meist in sozial benachteiligten Umgebungen auf – und sind entsprechend gefährdet, als Säuglinge Schütteltraumata zu erleiden, als Kleinkind zu Tode geprügelt, mit glühenden Zigaretten gefoltert zu werden“, so die Autoren, die davon ausgehen, dass pro Jahr rund 200000 Kinder in Deutschland Opfer von Gewalt würden. Viele Eltern seien selbst als Kind misshandelt worden. Hier sprechen die Autoren von der „Generation Kevin“, deren Angehörige inzwischen um die 20 Jahre alt sind und selber Kinder in die Welt setzen. Zwar erzählen die Rechtsmediziner auch von Fällen, in denen wohlsituierte Eltern ihr Kind in die Behinderung geschüttelt haben, gäbe es Misshandlungen auch in privilegierteren Schichten, doch seien die Misshandlungen in privilegierten Schichten tendenziell eher psychischer statt physischer Natur.

Tsokos und Guddat fordern die Gesellschaft auf, aus reinem Egoismus heraus das System zu ändern, denn aus Gewaltopfern würden allzu oft Gewalttäter. Vor allem sollten Kinderärzte in Praxen und Kliniken sich nicht zu schnell mit den Hinweis auf einen Unfall bei Verletzungen von Kindern zufriedengeben. Auch sei es zwar jahrtausendelang in unserer Kultur gang und gäbe gewesen, Kinder durch Körperstrafen zu „erziehen“, doch erstens hätten sich die Zeiten geändert und zweitens sorge ein sogenannter kleiner Klaps auch nicht für Hämatome, gerissene Darmwände, gebrochene Knochen oder was für Grauen erregende Beispiele noch im Buch angeführt werden.

Täter sind meistens die Eltern

Mediziner sollten ihre Skrupel überwinden, Verdachtsfälle zu melden, auch wenn sie denken, Eltern täten ihren Kindern derartiges doch nicht an. Diese Einschätzung sei falsch, so die Autoren, die anhand zahlreicher Fallbeispiele verdeutlichen, dass es gerade Vater, Mutter oder der Lebenspartner seien, die die Kleinen misshandelten. Dies müsse keineswegs aus Sadismus geschehen, sondern könne Folge von Überforderung, Nachlässigkeit oder Gleichgültigkeit sein. Um die Folgen von elterlichen Gewaltanwendungen besser zu erkennen, fordern die Autoren, dass Ärzte rechtsmedizinische Schulungen erhalten und schneller Polizei und Jungendamt informieren.

Wobei vor allem die Jugendämter von Tsokos und Guddat scharf kritisiert werden. Viele krankheitsbedingte Ausfälle und steigende Fallzahlen sorgten für Überlastung bei den verbliebenen Mitarbeitern, die oft abgestumpft oder naiv seien. Auch von Familienhelferinnen wird berichtet, die eine direkt vor ihrer Nase erfolgte Misshandlung nicht erkannt hätten, da sie die Aussagen der Eltern ohne Überprüfung hingenommen hätten. Hier stehen dem Leser die Haare zu Berge, wenn er liest, wie Zweijährige nackt im Keller gehalten werden oder sterbend im Nebenzimmer liegen, während sich die Familienhelferin das ältere, gesunde Geschwisterchen präsentieren lässt, ohne zu merken, dass dies gar nicht ihr Schützling ist.

Selbst zu Müllhalden avancierte Wohnungen würden akzeptiert. „Das sind eben die Gebräuche in Afrika. Wir können den Leuten schließlich nicht unsere bürgerlichen Wertvorstellungen aufzwingen“, wird eine vom Staat bezahlte Familienhelferin zitiert. Überhaupt stören sich die Autoren an der zynischen Gleichgültigkeit gegenüber Kindern aus Migrantenfamilien, die sogar trotz unbestrittener Misshandlungsfälle zurück zur Familie kämen, da man die Tat niemanden in der Großfamilie direkt zuordnen könne.

Tsokos und Guddat sind überzeugt, dass mit 7,5 Milliarden Euro pro Jahr genügend Geld im Kinder- und Jugendschutzhilfe-System vorhanden ist, nur müsse es effektiver eingesetzt werden. So fordern sie, dass Kinder schneller ihren Eltern weggenommen werden, es für überforderte Eltern mehr Anlaufstellen gibt, damit sie vor einer infolge eines Ausrasters erfolgten Misshandlung Hilfe erhalten, und Fremdbetreuung für Kleinkinder Pflicht wird. Letzteres ist eine sehr übertriebene Forderung, denn auch wenn pro Jahr unzählige Kinder misshandelt werden, so geht es doch Millionen bei ihren Eltern gut, und das sollte man auch so belassen, zumal die Autoren ja selbst schreiben, dass sogar in betreuten Mutter-Kind-Heimen und vor den Augen von Betreuern Misshandlungen erfolgen.

Rebecca Bellano

***Michael Tsokos, Saskia Guddat: „Deutschland misshandelt seine Kinder“**, Droemer, München 2014, gebunden, 255 Seiten, 19,99 Euro*



Richard Freiherr von Rosen
Als Panzeroffizier in Ost und West
Im Panzer III, Tiger und Königstiger in Russland, Frankreich und Ungarn
Am 22. Juni 1941 beginnt mit dem Unternehmen „Barbarossa" für Richard Freiherr von Rosen als Richtschütze im Panzer III der Krieg gegen die Sowjetunion. Im Rahmen der 4. Panzerdivision in der Heeresgruppe Mitte eingesetzt, erlebt er seine Feuertaufe beim schweren Kampf seines Regiments um Stary Bychow. Nach seiner Versetzung zur schweren Panzerabteilung 502 kämpft er ab Januar 1943 mit dem Panzer VI „Tiger" zunächst in der Kalmückensteppe. Noch im selben Jahr nimmt Rosen – jetzt als Leutnant und Zugführer bei der 3. Kompanie der Tigerabteilung 503 – an der Operation „Zitadelle", der größten Panzerschlacht des Zweiten Weltkriegs teil. Es folgen Einsätze an der Invasionsfront in der Normandie und die Operation „Horthy" sowie die Rückzugskämpfe der schweren Panzerabteilung 503 in Ungarn mit „Königstigern". Format 24 x 30 cm. 445 Abb. 316 S.
Nr. P 540044 Gebunden mit Schutzumschlag 29,95 €



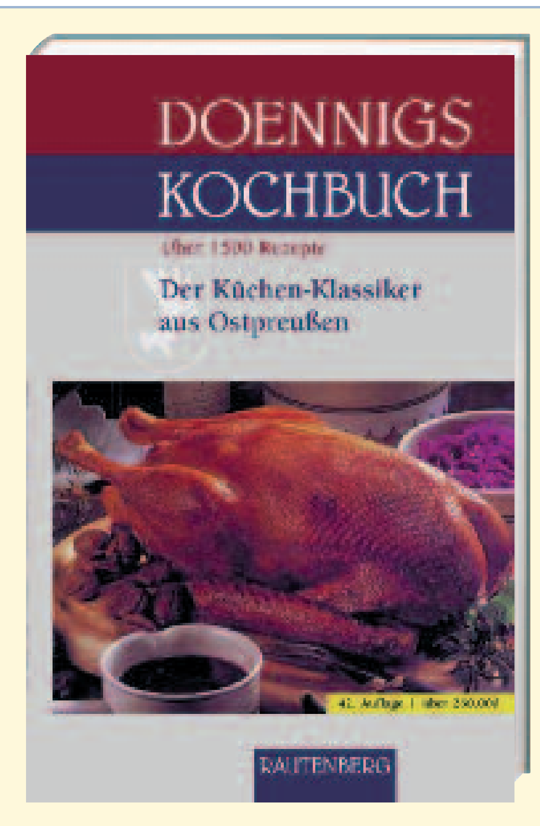
Ulrich Jakubzik
Sensburg
Stadt unseres Herzens
Mit 400 zum Teil farbigen Abb.
392 Seiten/Gebunden
Nr. P 1089 9,95 €

Ulrich Jakubzik hat in diesem Band ein Fülle von Bildern, Texten und Dokumenten zu Sensburg zusammengestellt. Neben der Chronik der Stadt sind ein Stadtplan, das Fernsprechverzeichnis aus dem Jahr 1940, Informationen aus dem Kultur- und Wirtschaftsleben der Stadt, Heimatdokumente und viele, viele Erzählungen, in Prosa und Reimform rund um Sensburg und Masuren in diesem Buch enthalten. Ein masurisches Tanzliedchen, Abbildungen aus 33 Ortschaften aus dem Kreis Sensburg und „Große Mutter Masuren" – eine Heimathymne in 24 Bildern, runden das Werk ab. Ein Muss für jeden der sich gerne an die Heimat erinnert.

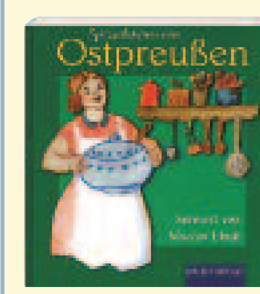


Walter Dignath/
Herbert Ziesmann
Die Kirchen im Samland
Mit 156 S/W-Abbildungen.
232 Seiten/Gebunden mit SU
Nr. P 1046 6,95 €

Diese reichhaltig illustrierte Dokumentation vermittelt in Wort und Bild eine umfassende Übersicht über die Kirchen im Samland, über ihre Geschichte und über die Menschen, die in ihnen gewirkt haben. Ebenfalls enthalten sind die Kirchen der Gemeinden, die später zu Königsberg gehörten. Das Buch ist so angelegt, dass in einem ersten Teil nach gleichbleibendem Schema zu jeder Kirche die erforderlichen Angaben gemacht werden, und dann in einem zweiten Teil unter der Überschrift „Bemerkungen" historische und sonstige Besonderheiten der jeweiligen Kirchengemeinde wiedergegeben werden. Viele historische Abbildungen runden das Werk ab.



M. und E. Doennig/Gertrud Brostowski
Doennigs Kochbuch
Das ostpreußische Familien-Kochbuch
Im Jahr 1891 begründeten die Geschwister Doennig in Königsberg eine Kochschule. Sie arbeiteten drei Jahre lang mit solchem Erfolg, dass sie gezwungen waren, wesenlich größere Räume anzumieten, um die stetig wachsende Schülerinnenzahl aufnehmen zu können. Um das zeitraubende Diktieren von Rezepten zu vermeiden, entstand dieses Kochbuch, dass als Standardwerk der Kochkunst in alle ostpreußischen Haushalte Einzug hielt. Das inzwischen in 43. Auflage erschienene Werk enthält über 1.500 Rezepte. 632 Seiten
Nr. P 1061 Gebunden 19,95 €



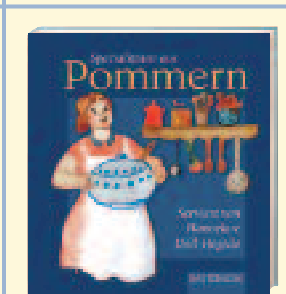
Marion Lindt
Spezialitäten aus Ostpreußen
gewürzt mit Anekdoten
Mit vielen ostpreußischen Spezialitäten wie Suppen, Fisch- und Fleischgerichte, Eintöpfe, Kartoffelgerichte, Mehl- und Eierspeisen, Süßes zum Nachtisch, Backwerk u. Seelenwärmer. 104 Seiten
Nr. P 1050 Gebunden 12,95 €



M. Haslinger/Ruth Maria Wagner
Rezepte aus der guten ostpreußischen Küche
Von Beetenbartsch bis Schmandschinken
Mit vielen herzhaften Rezepten aus der ostpreußischen Küche, leckeren Vor- und Hauptspeisen, Backwerk, Marzipan uvm. 162 S.
Nr. P 1009 Gebunden 14,95 €



Hanna Grandel
Spezialitäten aus Schlesien
gewürzt mit Anekdoten
In einem jahreszeitlichen Reigen zusammengestellte Rezepte schlesischer Spezialitäten wie Suppen, Fisch- und Fleischgerichte, Beilagen, Salate, Mehl- und Eierspeisen, Süßes u. Backwerk. 84 Seiten
Nr. P 4010 Gebunden 12,95 €



Hannelore Doll-Hegedo
Spezialitäten aus Pommern
gewürzt mit Anekdoten
Mit typischen Spezialitäten aus der pommerschen Küche: Fisch-, Geflügel- und Fleischgerichte, Suppen, Kartoffelgerichte, Süßspeisen, Kuchen und Gebäck sowie typische Getränke. 82 Seiten
Nr. P 3021 Gebunden 12,95 €



Alexander Fürst
zu Dohna-Schlobitten
Erinnerungen
eines alten Ostpreußen
66 S/W-Abbildungen.
384 Seiten/Gebunden mit SU
Nr. P 533115 14,95 €

Der vor einigen Jahren verstorbene Autor Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten nimmt uns mit auf eine Reise in die Vergangenheit. Von den gut behüteten Kindertagen zu Anfang des letzten Jahrhunderts auf Schloss Schlobitten bis hin zu den dramatischen Ereignissen des Jahres 1945, der Flucht und der Nachkriegszeit zieht sich der Bogen seiner Erinnerungen. Das Landleben auf den ostpreußischen Gütern, rauschende Feste, aber auch Sorgen vor dem heraufziehenden Unheil prägten sein Leben und lassen eine untergegangene Welt noch einmal auferstehen! Kaum ein zweiter Name ist so eng mit Ostpreußen verknüpft wie der des Fürsten.



Edeltraut Wagner
Omi, erzähl' von früher
Jugenderinnerungen
einer Ostpreußin
60 S/W-Abbildungen.
320 Seiten/Gebunden mit SU
Nr. P 533153 14,95 €

Edeltraut Wagner wurde 1923 in dem kleinen ostpreußischen Dörfchen Kubillen (ab 1938 Nordenfeld), Kreis Goldap, geboren. Dort wuchs sie zusammen mit zwei Schwestern auf dem elterlichen Bauernhof auf. Am 19. Oktober 1944 setzte der Beginn einer abenteuerlichen Flucht vor den Russen der Idylle ein Ende. Hier hat Edeltraut Wagner ihre Kindheits- und Jugenderinnerungen aufgeschrieben. Sie handeln von ihrer Familie, ihrer Schulzeit in der kleinen Dorfschule und dem Leben mit den Tieren. Auf spannende und lebendige Weise berichtet die Autorin unter anderem von Ausflügen in die Rominter Heide, nach Trakehnen und an den Marinowo-See.




Christian Graf von Krockow
Begegnung mit Ostpreußen
In Begleitung von Alexander-Pascal Graf von Bellenhaus hat Christian Graf von Krockow Ostpreußen zu den verschiedenen Jahreszeiten besucht und Vergangenes hinter Gegenwärtigem aufgespürt. In seinem persönlichen Erzählen wird die Schönheit der Landschaft, werden Menschen, Städte und Dörfer greifbar. Er berichtet von der Geschichte des Landes und beschreibt die beinahe versunkene Welt Ostpreußens. Der eindrucksvolle Text lädt ein zum Wiedersehen und Kennenlernen dieses herrlichen Landstrichs. Das Buch enthält ca. 30 S/W-Abbildungen. 320 Seiten.
Nr. P 533144 Gebunden mit Schutzumschlag 14,95 €

Kaffeebecher Ostpreußen
Porzellanbecher mit Goldrandverzierung
Nr. P A0652 12,95 €

Leselupe mit Licht
(ohne Batterie)
Hauptlinse mit 2-facher u. kleine Linse mit 6-facher Vergrößerung
Nr. P A0445 11,95 €



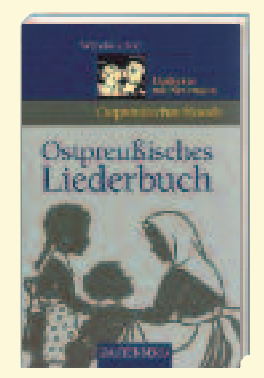
Schlüsselanhänger mit Wappen Pommern
45 mm in der Diagonale
Nr. P A0259 (1 Expl.) 4,95 €
Nr. P A0260 (3 Expl.) 13,95 €



Marion Gräfin Dönhoff/Dietrich Weldt (Fotograf)
Ritt durch Masuren
Im Herbst 1941 brechen Marion Gräfin Dönhoff, 1909 auf Schloss Friedrichstein bei Löwenhagen in Ostpreußen geboren und ihre Cousine Sißi Lehndorff zu einem Ritt durch Masuren auf. Auf eine ganz besondere Art erleben sie das „stille Land". Seither sind viele Jahre vergangen und in Masuren hat sich viel verändert. Geblieben ist die Landschaft mit ihren Seen inmitten großer Wälder. Geblieben ist auch die Stille. Damals wie heute ist dieses Land in seiner einzigartigen Urwüchsigkeit wunderschön. Die Schönheit Masurens hat der Fotograf Dietrich Weldt eingefangen, der den Weg der beiden Reiterinnen fünfzig Jahre später nachvollzogen und die herrlichen Bilder dem Text „Ritt durch Masuren" von Marion Gräfin Dönhoff zugeordnet hat.
67 Abbildungen. 80 Seiten.
Nr. P 1087 Gebunden mit Schutzumschlag 19,95 €



Bärbel Beutner
Auf der Flucht geboren
Kinder und Mütterschicksale
Obwohl Flucht und Vertreibung Jahrzehnte zurückliegen, ist die Erinnerung an das einschneidende Erlebnis, ein Kind auf der Flucht geboren zu haben, frisch geblieben. Die authentischen Berichte – zusammengestellt von Bärbel Beutner, selbst als „Fluchtkind" geboren – enthalten viele Details: Da wurde ein vergessenes Fläschchen zur Katastrophe; unmittelbar nach einer Geburt flogen bei einem Fliegerangriff Fenster und Türen auf das Bett der Wöchnerin, die das Neugeborene mit ihrem Körper schützte. Man wollte überleben – die doppelte Herausforderung von Flucht und Vertreibung und dazu noch die Strapazen einer Geburt, setzte wohl besondere Kräfte frei. Das Kind, das überlebte, wurde zum Zeichen neuer Hoffnung. 176 S.
Nr. P 533100 Gebunden mit Schutzumschlag 12,95 €



Wilhelm Scholz
Ostpreußisches Liederbuch
Liedtexte und Notensatz
64 Seiten/Gebunden mit Schutzumschlag
Nr. P 533112 9,95 €

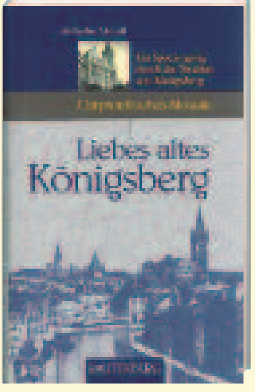
61 Lieder (mit Notensatz) herausgegeben von Wilhelm Scholz, erinnern an das alte Ostpreußen. In ihnen klingen die dunklen Wälder und weiten Wiesen, die bedeutenden Kirchen und Burgen und auch der Bernstein wieder. Besinnliches und Heiteres finden sich in dieser Sammlung, die Buntheit des alten ostpreußischen Lebens spiegelt sich in den Liedtexten und Noten wieder. Lieder aus niederdeutscher Wurzel gemeinsam mit solchen masurischer Prägung und denen dem Litauischen verwandten ergeben ein unteilbares Gesamtbild des ostpreußischen Liedgutes. Lieder erhalten die Stimme der Heimat lebendig.



Königsberger Marzipan Teekonfekt
225 Gramm vakuumverpackt im Geschenkkarton
Nr. P 5664 Marzipan 11,00 €



Königsberger Marzipan „Königsberger Schloß"
225 Gramm vakuumverpackt im Geschenkkarton
Nr. P 5666 Marzipan 11,00 €




Wilhelm Matull
Liebes altes Königsberg
Ein Spaziergang durch die Straßen von Königsberg 248 S./Geb.
Nr. P 1041 12,95 €

Menschen, Gebäude, Geschichte und Geschichten – Wilhelm Matull lädt ein zu einem Spaziergang durch die alten Straßen Königsbergs, bei dem die einzelnen Stadtteile besucht, namhafte Baudenkmäler besichtigt und von bedeutenden Menschen der Stadt erzählt wird. Die geistigen, musischen und politischen Leistungen der alten Krönungsstadt sind in besonderen Abschnitten dargestellt. Königsberg, die Hauptstadt, Verkehrs- und Wirtschaftszentrum der Provinz Ostpreußen, wird vor dem inneren Auge wieder lebendig. Am Ende des Erinnerungsspaziergangs kommen in bewegenden Schilderungen Augenzeugen zu Wort, die den Untergang Königsbergs miterlebt haben.

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Noch nie so viele Ausländer

Wiesbaden – Nie lebten mehr Ausländer in Deutschland als im vergangenen Jahr. Ihre Zahl stieg um 5,8 Prozent auf 7,6 Millionen, damit ist dies auch der größte Zuwachs seit 1992, so das Statistische Bundesamt. 113 000 Menschen wurden 2013 eingebürgert. Die meisten Einwanderer kamen aus EU-Staaten, vor allem aus dem Süden und Osten der Union. Größte Ausländergruppe im Lande aber bleiben die Türken, auch wenn ihr Anteil sinkt. *H.H.*

Israel kippt Staatssender

Tel Aviv – Israel löst seine staatliche Rundfunkbehörde IBA auf und schafft die Rundfunkgebühr, zuletzt rund 70 Euro pro Jahr, gleich mit ab. An ihre Stelle soll eine neue, deutlich kleinere Anstalt treten, die statt der bisher 1600 nur noch 600 Mitarbeiter umfasst. Das Parlament hatte vor allem kritisiert, dass die Anstalt viel zu viel Geld für das Aufspüren säumiger Gebührenzahler ausgegeben habe und einen zu großen Apparat unterhalte. *H.H.*

ZUR PERSON

Ein »Goblin« für die Krim

Da hat jemand mal so richtig die Gunst der Stunde genutzt. Vor dem 27. Februar war **Sergeij Aksjonow** ein politischer Niemand, ein Hinterbänkler im Parlament der Autonomen Krim-Republik. Als aber die Kiewer Maidan-Proteste zur Absetzung der Janukowitsch-Regierung führten, hat sich Aksjonow selbst aus dem Hut gezaubert. Er nutzte das politische Wirrwarr, nachdem eine möglicherweise von ihm selbst befehligte pro-russische Miliz das Parlament in der Krim-Hauptstadt Simferopol besetzt und in der Folge die verbliebenen Abgeordneten den bisherigen Ministerpräsidenten Mohiljow für abgesetzt erklärt hatte. An seiner statt wurde Aksjonow in einer nicht-öffentlichen Sitzung gewählt. Dabei hatte er bei den letzten Wahlen mit seiner pro-russischen Partei gerade einmal vier Prozent der Stimmen geholt.

Seitdem schafft der 1972 in der moldawischen Stadt Belz geborene Politiker eilig Fakten. Auf sein Bestreben hin wird am Sonntag die Volksabstimmung über die Zukunft der Krim stattfinden, die ohnehin nur Formsache ist, nachdem am Dienstag bereits das Parlament eine „Unabhängigkeitserklärung der autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol“ beschlossen hat.



Ohne Moskaus Hilfe hätte der frühere Gelegenheitsboxer solche politischen Schnellschüsse kaum bewältigt. Er ist erst seit 2008 in der Politik tätig, nachdem er drei moskautreue Parteien zur Partei „Russische Einheit“ zusammengeführt hatte. Davor war er „Geschäftsmann“, wobei im Unklaren ist, was für Geschäfte er betrieb. Hartnäckig halten sich Gerüchte, er sei mit mafiösen Erpresserbanden verstrickt gewesen, weshalb er den Spitznamen „Goblin“ trägt, was so viel heißt wie „böser Kobold“. Wird jetzt dieser Goblin Staatschef der Krim? *Harald Tews*



Münchner Justiz unter Druck

Negative Schlagzeilen

Was EU-Ashton den muslimischen Frauen zu sagen hat, wieso die Polizei lieber die Klappe hielt, und wen Zuwanderung bereichert / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Gerade war ein Telefonat reingekommen, daher hatte ich die Nachrichtensendung im Fernsehen leise gestellt und konnte nur die stummen Bilder deuten. Da saß der iranische Präsident am Tisch, den hatte ich erkannt, mit ein paar weiteren Herren neben sich und zwei landestypisch verhüllten Damen gegenüber. Aha, eine Abordnung persischer Frauenverbände besucht den Präsidenten zum „Internationalen Tag der Frau“, um ihre Nöte zu beklagen.

Aber nein, hoppla: Unter einem der Tücher lugte plötzlich das verdorrte Doppelkinn von Catherine Ashton hervor, der Außenbeauftragten der EU. Ist die jetzt Muslimin geworden, und zwar gleich eine von der ganz strengen Sorte? Gemäßigte Mohammedanerinnen tragen schließlich kein Kopftuch und bestehen darauf, dass im Koran von der Kleidervorschrift gar nichts zu finden sei.

Nein, Lady Ashton ist keineswegs konvertiert. Sie und alle weiblichen Mitglieder ihrer Reisedelegation haben sich den Putz nur umgewickelt, um ihren Gastgebern zu gefallen.

Bei den muslimischen Frauen, die seit Jahrzehnten einen verzweifelten Abwehrkampf gegen das sich überall ausbreitende Kopftuchgebot führen, muss die Botschaft der EU-Vertreterin fabelhaft angekommen sein: Gebt auf, ihr habt keine Chance. Wenn selbst die Repräsentantin von 500 Millionen Bürgern im wirtschaftsstärksten Staatenbund der Welt es nicht fertigbringt, den Herren barhäuptig unter die Augen zu treten, was wollt ihr kleinen Würstchen dann schon ausrichten?

Dass es anders geht, hat die Kanzlerin unlängst unter Beweis gestellt. Bei ihrem jüngsten Besuch in Saudi-Arabien wandelte Angela Merkel in ihrem Hosenanzug über den Boden des (für Moslems heiligen!) Landes, ohne dass auch nur ein Faden Textil auf ihrem Kopf zu finden war. Niemand hat sich darüber mokiert. Es ist halt, wie es immer war: Freiheit wird einem nicht gnädig zugeteilt, wer sie sich nicht selber nimmt, der muss ohne sie leben.

Wieder in Brüssel angekommen, steht Catherine Ashton natürlich wieder voll und ganz hinter den Quoten-Forderungen ihrer EU-Kommission, die allüberall in Europa eine „Benachteiligung der Frauen“ wittert, am Arbeitsplatz, in der Familie, in der Politik und wo sonst noch. Wie echte Etappenhelden, trumpfen Leute wie Ashton eben nur dort auf, wo garantiert ist, dass sie nicht einmal den lauesten Gegenwind zu befürchten haben. Man will sich ja keinen Ärger einhandeln. Früher fanden wir sowas schlicht feige, in unseren fortgeschrittenen Zeiten aber nennt man diese Leute „verantwortungsbewusst“ und „sensibel“ wegen ihres „Respekts vor anderen Kulturen“.

Dieses Bemühen treibt manchmal ziemlich bunte Blüten wie unlängst im 16 000-Einwohner-Städtchen Bobingen bei Augsburg. Dort haben am 19. Februar drei etwa 18-jährige Männer, zwischen eins-achtzig und eins-neunzig groß und der Beschreibung zufolge „sehr sportlich“, einen 13-jährigen Jungen zusammengetreten. Einfach so, ohne Grund, danach zogen sie lachend davon.

> Wenn alle EU-Bürger in ein anderes EU-Land auswanderten, wären wir alle am reichsten, stimmt’s?

Als der Verfasser dieser Zeilen 18 war, wäre ein Aufschrei des Ekels durchs Dorf gegangen. Die drei hätten nur noch ganz schnell wegziehen können. Von den Dreckskerlen hätte keiner mehr ein Stück trocken Brots genommen und sämtliche männlichen Dörfler hätten sich nach ihnen auf die Suche gemacht, um ... Sie wissen schon. Das heißt, hätten sich vermutlich auf die Suche gemacht, denn so einen Fall hat es damals schlicht nicht gegeben.

Doch was geschah in Bobingen? Gar nichts. Warum? Weil so gut wie niemand etwas von dem Vorfall erfuhr. Die Polizei unternahm heimlich Ermittlungen und hängte einen Zettel im Jugendzentrum auf. Das war’s – zunächst.

Erst als das alles nichts brachte, schalteten die Beamten Anfang März die Öffentlichkeit ein. Warum erst jetzt? Die drei waren „aufgrund der Sprache offenbar Türken“, gibt Bobingens Polizeichef bekannt. Deshalb wollte man ursprünglich „negative Schlagzeilen verhindern“ und hielt die Klappe. Ist das nicht hinreißend „sensibel“? Man schwieg, weil es wohl Türken waren. Nachdem die Sache nun doch zugegeben werden musste, sollte die Initiative „Bobingen ist bunt und gegen Rechts“ (Gibt’s die? Wenn nicht: Schleunigst gründen!) zügig aktiv werden. Denn schon im November hatten sechs Türken einen 16-Jährigen quer durch die Stadt gejagt und zusammengeschlagen, was rechte Lügenpropaganda beflügeln könnte, die frech behauptet, sowohl im November als auch im Februar hätten türkische Jugendliche Deutsche verprügelt.

Auch die jüngsten Zahlen von der Arbeitsagentur hätte man besser geheim gehalten wegen der „Schlagzeilen“. Danach hat sich die Zahl rumänischer und bulgarischer Hartz-IV-Empfänger von April bis November 2013 nämlich mehr als verdoppelt.

Solche Zahlen reißen Löcher in die These von der Bereicherung, die uns durch jeden, aber wirklich jeden Zuwanderer zuteilwird. Wer irgendeinen Zuwanderer nicht bereichernd findet, der diskriminiert und ist von „rechtem Gedankengut“ verpestet.

Aber lassen wir die Sozialeinwanderer mal weg und reden nur von den tatsächlich qualifizierten Immigranten. Von der EU bis zur Bundesregierung und in einem Berg von „Experten“-Stellungnahmen wird uns immer wieder eingeimpft, dass die EU-Migration nicht nur uns, sondern alle bereichere, also auch die Länder, aus denen die Fachkräfte abwandern. Der maximale Reichtumsgewinn wäre demzufolge dann erzielt, wenn sämtliche EU-Bürger ihre Heimat in Richtung eines anderen EU-Landes verlassen hätten.

Klingt ziemlich idiotisch, ist aber nur die gängige Behauptung zu Ende gedacht. Aber wieso wird Rumänien dadurch „bereichert“, dass seine Ärzte und Ingenieure abwandern? Selbst wenn sie komplett durch Ärzte und Ingenieure aus den 27 anderen EU-Staaten ersetzt würden (was nicht passiert), bliebe am Ende die gleiche Anzahl von Fachleuten im Lande.

Einerseits. Andererseits zeigt die Erfahrung, dass eingewanderte Fachkräfte anfangs viel kleinlauter und bescheidener sind als einheimische. Und wenn man den Migrationszirkus nur ordentlich in Gang hält, dann ist immer für alle und überall bloß „anfangs“.

Da liegt der Hase im Pfeffer: Die sind pflegeleichter und mucken nicht auf, weder im Betrieb noch in der großen Politik. Und wenn doch, dann nur für die Interessen ihrer kleinen religiösen oder nationalen Minderheit.

Revolutionen aber sind und waren fast immer national. Wenn wir die Nationen also gründlich und andauernd genug durcheinander rühren, sinkt das Risiko von jeder Art von Volkserhebung beträchtlich. Und die Löhne gleich mit – sie sind ja so bescheiden, die Fachkräfte aus den armen Ländern. Sobald also „in gewissen Kreisen“ davon geschwärmt wird, wie Migration „uns alle“ bereichert, dann meinen sie halt „uns alle in gewissen Kreisen“. So gesehen wird wieder alles ganz logisch und plausibel, was eben noch idiotisch klang.

Nationen sind für die „Kreise“ etwas Gefährliches, bestenfalls lästige Relikte. Deshalb hat sich Kanzlerin Merkel auch gar nicht aufgeregt darüber, dass ihr Telefon und die Kommunikation aller Deutschen von britischen, amerikanischen und anderen Diensten abgehört wird. In ihren Sphären denkt man schon lange nicht mehr „rückwärtsgewandt national“, sondern „global“. So sickerte jetzt durch, dass der deutsche BND kräftig mitmischt beim internationalen Abhorchen der Deutschen.

Und das soll noch viel besser werden: Auf der Cebit in Hannover haben Merkel und ihr britischer Kollege David Cameron sich und uns versprochen, dass man in der digitalen Welt noch weit enger zusammenarbeiten und noch viel mehr „Informationen austauschen“ will. Nach der NSA-Geschichte, in die ja auch die Briten und, wie sich zeigt, der BND verstrickt sind, hat jeder Deutsche verstanden, was jene „Kreise“ damit meinen.

MEINUNGEN

***Helmut Karasek** beschäftigt sich mit dem Vorwurf an **Thilo Sarrazin**, der von diesem kritisierte linke **„Tugendterror“** existiere gar nicht. Im „Hamburger Abendblatt“ schrieb Karasek:*

„‚Tugendterror‘, so schmunzelte es in den meisten Rezensionen, das sei ja wohl im freiesten Deutschland der tolerantesten Meinungsvielfalt eine persönliche Empfindlichkeit des wohl zu Ich-bezogenen Autors. Typischer Fall von denkste, sagt da der Berliner, denn der standhafte Tugend-Mob der linken Selbstgerechtigkeit ... verhinderte durch Randale die Diskussion (mit Sarrazin) im Berliner Ensemble. Und bestätigte so die These (von Sarrazin).“

*Als nächstes **Opfer** „dieser **aggressiv aufgeladenen Selbstgerechtigkeit**“ bezeichnet Karasek die Schriftstellerin **Sibylle Lewitscharoff**. Die Trägerin des Büchner-Preises erklärt in der „FAZ“ (7. März), warum sie die Reproduktionsmedizin (künstliche Befruchtung) mitverantwortlich findet für eine „katastrophale Entwicklung“:*

„Ich finde, zu einem Kind gehört auch der Mann. Es gibt natürlich Fälle, in denen der Mann abhandenkommt, durch Krieg oder zerstörte Beziehungen, das ist dann etwas anderes. Aber die Fortpflanzung von vornherein so anzulegen, dass sie ganz und gar in der Hand der Frauen liegt und der Mann nur noch als Samenspender figuriert – das halte ich in der Tat für eine Katastrophe.“

*Auch der bekannte Autor **Harald Martenstein** fordert **Meinungsfreiheit für die Schriftstellerin Sibylle Lewitscharoff**. Im „Tagesspiegel“ (online, 9. März) beklagt er eine „Zweiklassengesellschaft der **Meinungsfreiheit**“, die fast **nur linke** Positionen zulässt:*

„Heute sind es christliche oder konservative Positionen, die im Chor niedergebrüllt werden. Morgen stehen vielleicht die Liberalen auf der Planke. Wer kommt als Nächstes? ... Viele Katholiken neigen zur Intoleranz, weil sie ihre Meinung nicht für Menschenwerk halten, sondern für Gottes Gebot. Ich mag das nicht. Aber die Freiheit der anderen ist der Preis, den ich für meine eigene Freiheit zahlen muss.“

*Der frühere „Focus“-Chefredakteur **Helmut Markwort** erinnert sich in dem Magazin vom 10. März an sein erstes Zusammentreffen mit **Wladimir Putin** und warnt davor, den Kreml-Chef für einen Feind Deutschlands zu halten:*

„Deutsch war die einzige Fremdsprache, die er damals sprach. Seine Sympathie für Deutschland ist nicht gespielt. Beide Töchter sind mit der deutschen Sprache aufgewachsen. Er machte in Deutschland keinerlei negative Erfahrungen.“

*Altkanzler **Gerhard Schröder** fordert auf der Sonntagsmatinee der „Zeit“ in Hamburg (9. März) einen zurückhaltenderen Umgang mit dem **Vorgehen Russlands** auf der Krim:*

„Natürlich ist das, was Putin mit der Krim macht, ein Bruch des Völkerrechts. Ich bin da mit Verurteilungen aber vorsichtig, denn ich habe es schließlich selber gemacht. Wir haben im Kosovo einen souveränen Staat (herbei)gebombt – ohne UN-Beschluss.“